

RALF FÜCKS, JAROSŁAW KUISZ,
KAROLINA WIGURA (HG.)

ENDE DES LIBERALEN ZEIT ALTERS?

Krise und Erneuerung
der freiheitlichen Demokratie

[transcript] X T E X T E

Ralf Fücks, Jarosław Kuisz, Karolina Wigura (Hg.)
Ende des liberalen Zeitalters?

X-Texte zu Kultur und Gesellschaft

Editorial

Das vermeintliche »Ende der Geschichte« hat sich längst vielmehr als ein Ende der Gewissheiten entpuppt. Mehr denn je stellt sich nicht nur die Frage nach der jeweiligen »Generation X«. Jenseits solcher populären Figuren ist auch die Wissenschaft gefordert, ihren Beitrag zu einer anspruchsvollen Zeitdiagnose zu leisten.

Die Reihe X-TEXTE widmet sich dieser Aufgabe und bietet ein Forum für ein Denken »für und wider die Zeit«. Die hier versammelten Essays dechiffrieren unsere Gegenwart jenseits vereinfachender Formeln und Orakel. Sie verbinden sensible Beobachtungen mit scharfer Analyse und präsentieren beides in einer angenehm lesbaren Form.

Ralf Fücks ist einer der Gründer und Direktor des Zentrums Liberale Moderne in Berlin, einem Think-Tank und Diskussionsforum zur Erneuerung der liberalen Demokratie. Zuvor war er 21 Jahre lang Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Senator in Bremen. Er publiziert in deutschen und internationalen Medien zu Fragen ökologischer Transformation, politischer Strategie und internationaler Politik.

Jarosław Kuisz ist Associate im Bereich Russian and East European Studies (REES) an der Oxford School for Global and Area Studies der University of Oxford sowie Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Er ist einer der Gründer der in Warschau ansässigen Kultura-Liberalna-Stiftung. Sein Buch *The New Politics of Poland: A Case of Post-Traumatic Sovereignty* (2024) wurde von Foreign Affairs als eines der besten Bücher des Jahres ausgezeichnet. Er ist regelmäßiger Rezensent von Büchern für Foreign Policy.

Karolina Wigura ist Associate im Bereich Russian and East European Studies (REES) an der Oxford School for Global and Area Studies der University of Oxford sowie Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Sie ist Mitgründerin der Kultura-Liberalna-Stiftung, einer der führenden osteuropäischen Think-Tanks. Als Autorin zu den Themen Demokratie, Erinnerung und politisches Denken ist sie außerdem regelmäßige Beiträgerin für The New York Times, The Guardian und Die Zeit.

Ralf Fücks, Jarosław Kuisz, Karolina Wigura (Hg.)

Ende des liberalen Zeitalters?

Krise und Erneuerung der freiheitlichen Demokratie

[transcript]

Dieser Band wurde ermöglicht durch eine Förderung der Friede Springer Stiftung, der wir ganz herzlich für ihre Unterstützung danken.

friede springer stiftung

Eine Publikation des Zentrums Liberale Moderne.



Zentrum
Liberale
Moderne

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Ralf Fücks, Jarosław Kuisz, Karolina Wigura (Hg.)

transcriptVerlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus

Korrektur: Anette Nagel

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

Redaktion & Lektorat: Christina Russmann, Alexander Schwittek & Dr. Stephan Stach

<https://doi.org/10.14361/9783839452448>

Print-ISBN: 978-3-8376-8012-6 | PDF-ISBN: 978-3-8394-5244-8

Buchreihen-ISSN: 2364-6616 | Buchreihen-eISSN: 2747-3775

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Vorwort

Ralf Fücks, Jarosław Kuisz & Karolina Wigura 9

Einleitung

Die antiliberale Offensive und was wir dagegen tun können

Ralf Fücks 19

Teil I: Ursachen der Krise der liberalen Demokratie

Humpty Dumpty fiel in den Dreck

(Und keiner weiß, wie man ihn wieder auf die Beine kriegt)

Yascha Mounk 31

Liberale Demokratie im digitalen Zeitalter

Jan Zielonka 39

Die Politik der Statusangst

Sabine Döring 49

Die Spätphase der liberalen Demokratie?

Alexander Schwittek 61

Teil II: Liberalismus in der postwestlichen Welt

Der Kampf um Europas Zukunft

Timothy Garton Ash 77

Europa, Liberalismus und der Westen in zweierlei Gestalt

Jarosław Kuisz & Karolina Wigura 87

Liberaler Demokratie im Gegenwind der Weltpolitik

Pierre Buhler 95

Unsere Demokratie in der Krise

Jacques Rupnik 107

Teil III: Verteidigung der liberalen Demokratie

Wehrlose Demokratie?

Lektionen aus den USA

Jan-Werner Müller 119

Was unser Staat leisten kann – und muss

Danyal Bayaz 127

Für einen Zentrismus der heterogenen Mitte

Stefan Kolev 139

Rechtlich frei, gesellschaftlich umkämpft

Meinungsfreiheit an der Konfliktlinie zwischen Liberalismus und
Populismus

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger 145

Zur wehrhaften Demokratie

Sonja Eichwede 155

Die liberale Demokratie in liberaler Klugheit verteidigen

Karen Horn 161

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren169

Vorwort

Ralf Fücks, Jarosław Kuisz & Karolina Wigura

Was ist Liberalismus? Er ist ein Versprechen, eine Verpflichtung und ... ein Garten. Ein Versprechen, weil er ein gutes Leben in Freiheit verheißt – vorsichtig, aber mit Hoffnung. Er ist das Versprechen, dass jede und jeder von uns seine eigene Vorstellung eines guten Lebens verwirklichen kann. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass dabei nicht die Freiheit anderer Menschen eingeschränkt wird. Er ist eine Verpflichtung, nicht müde zu werden im Suchen nach den bestmöglichen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeit.

Schließlich ist der Liberalismus ein Garten. Wie das? Freiheit ist – um ein Wort des polnischen Soziologen Jerzy Szacki zu verwenden – eine »zarte Pflanze«.¹ Der Liberalismus ist ein über Jahrhunderte gewachsener Garten, in dem eine Vielzahl von Gärtnern ihre »zarten Pflanzen« pflegen: John Locke, Immanuel Kant, John Stuart Mill, Adam Smith, Friedrich von Hayek, Isaiah Berlin, Hannah Arendt, Karl Popper, Walter Eucken, Judith Shklar und viele andere. Dieser Garten ist immer wieder von Verwüstung bedroht, besonders dann, wenn eine Zeit so krisenhaft ist wie die unsere. Und besonders dann, wenn wir hören, dass nicht mehr Individuen entscheiden sollen, welche Lebensweisen gut für sie sind, sondern die Mehrheit der Wähler oder – schlimmer noch – eine tyrannische Macht.

Unsere Zeit ist außergewöhnlich instabil. Umso dringender ist eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, seinen Stärken und Schwächen. Sie richtet sich an alle, denen die liberale

1 Szacki, Jerzy (2003): *Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Demokratie am Herzen liegt, unabhängig von ihrer Parteipräferenz. Unser Weg besteht darin, das liberale Erbe zu erkunden und zu erneuern, indem die Herausforderungen und Probleme unserer Zeit benannt und ihre Dynamiken erklärt werden.

Wir geben nicht vor, einfache Antworten zu haben. Umso mehr freut es uns, den deutschen Leserinnen und Leser einen Band mit 15 Texten internationaler Autorinnen und Autoren vorlegen zu können. Sie stellen drei Arten von Fragen. Erstens: Wie lassen sich die wichtigsten Probleme des Liberalismus definieren? Zweitens: Wie kann sich der Liberalismus in einer postwestlichen Welt behaupten? Und schließlich: Was sollten Liberale heute tun?

Der vorliegende Band verbindet Diagnose und Therapie, Analyse und Politik. Nicht im engen Sinn von Parteipolitik – es sind wir, die Bürgerinnen und Bürger, die über die politischen Ordnungen entscheiden, in denen wir und unsere Kinder leben werden. Es ist an der Zeit, nicht nur die Bedrohungen, sondern die Potenziale liberalen Denkens und Handelns in einem hellen Licht zu präsentieren.

Struktur und Beiträge dieses Buches

In der Einleitung beschreibt *Ralf Fücks* die gegenwärtige antiliberale Offensive, die sich gegen den liberalen Kern der Demokratie richtet: Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Bürgerrechte und die Begrenzung politischer Macht. Obwohl die Berufung auf die Demokratie weithin als Legitimationssprache dient, ist sie seit Mitte der 2000er Jahre global auf dem Rückzug. Der Autor beleuchtet Ursachen und Phänomene dieser antiliberalen Gegenbewegung: die Destabilisierung westlicher Demokratien durch Russland und China, das Entstehen hybrider Regime, die demokratische und autoritäre Elemente verbinden, den Aufstieg populistischer Bewegungen und der Figur des »starken Mannes«, den destruktiven Einfluss sozialer Medien sowie die Erosion der internationalen Ordnung.

Die Antwort auf diese Herausforderungen sollte nicht weniger, sondern mehr Liberalismus sein – neu gedacht. Fücks plädiert für einen Liberalismus, der Freiheit und Sicherheit verbindet, individuelle Autonomie mit sozialer Absicherung und

demokratischen Pluralismus mit staatlicher Handlungsfähigkeit. Zentrale Bausteine sind Bildung, breiter Zugang zu Eigentum, ein leistungsfähiger und reformbereiter Sozialstaat sowie die Fähigkeit demokratischer Politik, reale Probleme zu lösen. Die Zukunft des Liberalismus entscheidet sich daran, ob er wieder als Projekt von Mut, Reformfähigkeit und Zuversicht wahrgenommen wird.

Teil I dieses Buches, *Ursachen der Krise der liberalen Demokratie*, versammelt Analysen der inneren Erosion liberaler Demokratien. Im Mittelpunkt stehen strukturelle Defizite liberaler Politik, emotionale Dynamiken wie Statusangst und Kontrollverlust sowie die wachsende Kluft zwischen liberalen Versprechen und gesellschaftlicher Erfahrung. Populismus erscheint hier nicht als bloße Abweichung, sondern als Symptom tiefer liegender Spannungen, die eine grundlegende Selbstprüfung des Liberalismus erzwingen.

Der eröffnende Essay von *Yascha Mounk* diagnostiziert einen tiefgreifenden Umbruch der westlichen politischen Grundordnung, dessen Ausmaß mit dem New Deal oder Reagans Bruch mit dem Nachkriegskonsens vergleichbar sei. Dieser Umbruch verlaufe in zwei Phasen: Zunächst verliere das etablierte politische Modell über Jahre hinweg an Problemlösungsfähigkeit und gesellschaftlicher Zustimmung; anschließend übernehme eine radikal neue Kraft die Macht und zerlege die alte Ordnung. Mit Donald Trumps Amtsantritt im Januar 2025 seien die USA endgültig in diese zweite Phase eingetreten.

Im Anschluss argumentiert *Jan Zielonka*, dass die Krise des Liberalismus tiefer reicht als Populismus, neoliberale Fehlentwicklungen oder moralisches Versagen politischer Eliten. Zielonka versteht Populismus vor allem als Symptom struktureller Defizite liberaler Demokratien, die zunehmend unfähig sind, die realen Probleme der Bürgerinnen und Bürger wirksam zu lösen. Eine Demokratie, die zwar liberale Werte schützt, aber keine Ergebnisse liefert, verliert zwangsläufig ihre gesellschaftliche Legitimation.

Sabine Döring analysiert den Erfolg des Populismus als Folge tiefsitzender Ängste vor Statusverlust. Globalisierung, Migration, Wertepluralismus und sozialer Wandel erzeugen bei vielen Menschen das Gefühl, an Anerkennung, Sicherheit und Selbstachtung

zu verlieren. Populistische Akteure greifen diese Gefühle auf und ordnen sie in emotionale »Angstschemata« ein, die Unsicherheit in ein Gefühl kollektiver Überlegenheit verwandeln. So entsteht aus Angst zunächst ein Opferstatus und anschließend eine heroische Selbstdeutung des »Wir«, verbunden mit der Abwertung anderer Gruppen.

Im folgenden Essay stellt *Alexander Schwittek* die verbreitete Rede von der »Krise der liberalen Demokratie« in einen größeren historischen Zusammenhang. Er argumentiert, dass es sich nicht um einen vorübergehenden Ausnahmezustand handeln könnte, sondern um eine mögliche Spätphase dieser Ordnung, in der ihre inneren Widersprüche offen zutage treten. Der Populismus erscheint dabei nicht als äußerer Schock, sondern als Produkt nicht eingelöster liberaler Versprechen auf ökonomische Sicherheit, soziale Zugehörigkeit und Anerkennung.

Teil II, *Liberalismus in der postwestlichen Welt*, rückt die Krise des Liberalismus in ihren internationalen und geopolitischen Kontext. Sie beschreibt eine Welt im Umbruch, geprägt von Krieg, Machtverschiebungen und dem Aufstieg autoritärer Regime. Der Westen erscheint nicht mehr als einheitliches liberales Projekt, sondern als innerlich gesplante Ordnung, in der liberale und antiliberalen Traditionen miteinander ringen.

Timothy Garton Ash zeichnet Europa als einen Kontinent am Beginn einer neuen historischen Epoche, die mit dem russischen Großangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eingeläutet wurde. Diese »Zeitenwende« markiert nicht einen punktuellen Wendepunkt, sondern einen längeren Prozess, in dem sich entscheidet, ob sich ein liberales, integrationsorientiertes Europa oder ein illiberales, nationalistisches Gegenmodell durchsetzt. Der Ausgang dieses Ringens hängt sowohl von inneren politischen Kräfteverhältnissen als auch von äußeren Faktoren ab, auf die Europa nur begrenzten Einfluss hat. Umso wichtiger, dass es seine Handlungsmöglichkeiten auch energisch wahrnimmt.

Anschließend diagnostizieren *Jarosław Kuisz* und *Karolina Wigura* eine ideologische Spaltung des Westens, die mit Donald Trumps zweiter Amtszeit offen zutage tritt. Während Europa überwiegend am liberal-demokratischen Selbstverständnis fest-

hält, verfolgt die neue US-Politik eine machtpolitische Logik der Einflussosphären, die kleinere Demokratien preisgibt und autoritäre Akteure aufwertet. Für viele Staaten in Mittel- und Osteuropa bedeutet dies einen Bruch mit dem jahrzehntelang von den USA garantierten Ordnungsversprechen. Die Spaltung des Westens stellt eine enorme Herausforderung für den Liberalismus dar, weil sie auf geopolitischer Ebene einen ideologischen Konflikt deutlich macht, der eine zeitgenössische Variante des Kalten Krieges darstellt. Diesmal verläuft der Kampf jedoch nicht zwischen Demokratie und Kommunismus, sondern zwischen Liberalismus und Autoritarismus, der sowohl innerhalb des vormaligen Westens wie global stattfindet.

Pierre Buhler verortet die Krise der liberalen Demokratie im Spannungsfeld globaler Machtverschiebungen und innerer gesellschaftlicher Erosion. Der Liberalismus, historisch getragen vom transatlantischen Verbund Europas und der USA, prägte nach 1945 die internationale Ordnung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Nach 1989 schien sein weltweiter Sieg greifbar – doch seit Mitte der 2000er Jahre hat sich diese Entwicklung umgekehrt: Autokratien dominieren heute die Weltpolitik, während die Zahl liberaler Demokratien drastisch gesunken ist.

Den Abschluss dieses Teils bildet ein Essay von *Jacques Rupnik*, der den Übergang von der Euphorie der Demokratisierung nach 1989 zu einer Epoche des demokratischen Rückschritts analysiert. Die Erosion liberaler Demokratie ist charakterisiert durch den Aufstieg populistischer und illiberaler Regime, den Vertrauensverlust in Eliten und Institutionen sowie die Schwächung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung – auch in Ländern, die lange als demokratische Vorbilder galten.

Das abschließende Kapitel, *Verteidigung der liberalen Demokratie*, richtet den Blick nach vorn. Er fragt, wie liberale Demokratie unter Bedingungen von Polarisierung, Desinformation und Vertrauensverlust verteidigt und erneuert werden kann. Im Zentrum stehen institutionelle Selbstbehauptung, staatliche Handlungsfähigkeit, eine streitbare politische Mitte, der Schutz der Meinungsfreiheit sowie ein erneuertes liberales Ethos jenseits autoritärer Reflexe.

Jan-Werner Müller fragt, ob die USA eine »wehrlose Demokratie« sind, und widerspricht einer vorschnellen Diagnose. Zwar fehlen dort Instrumente wie Parteienverbote, doch existieren auch in den Vereinigten Staaten Mechanismen demokratischer Selbstverteidigung – vor allem das Amtsenthebungsverfahren. Es ist als politisches Mittel vorgesehen, um zukünftigen Schaden von der Demokratie abzuwenden. Sein Scheitern im Fall Donald Trumps erklärt Müller nicht durch institutionelle Schwäche, sondern durch politisches Versagen.

Der folgende Essay von *Danyal Bayaz* ist ein Plädoyer für einen handlungsfähigen, aber nicht allmächtigen demokratischen Staat. Danyal Bayaz warnt, dass kommende Generationen uns fragen könnten, warum wir nicht rechtzeitig gehandelt haben – und skizziert, wie liberale Demokratie ihre Legitimation zurückgewinnen kann: durch sichtbare Problemlösungskraft, faire Chancen und erneuerte Teilhabe.

Stefan Kolev argumentiert, dass die Zukunft der liberalen Ordnung in Deutschland und anderen westlichen Demokratien vom Überleben einer starken politischen Mitte abhängt. Diese Mitte ist heute zugleich bedrängt und zerstritten. Entgegen verbreiteten Annahmen sieht Kolev im Streit jedoch kein Problem, sondern eine notwendige Ressource: Eine selbstbewusst heterogene Mitte, die zivilisiert um Lösungen ringt, kann den politischen Extremen den Raum nehmen, indem sie deren Versuch vereitelt, zentrale Positionen zu »kontaminieren«.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger analysiert die Meinungsfreiheit als zentrales liberales Grundrecht, das rechtlich stark geschützt, gesellschaftlich jedoch zunehmend umkämpft ist. Die Autorin zeigt, dass die wachsende Sorge um Meinungsfreiheit weniger aus juristischen Einschränkungen resultiert als aus tiefgreifenden Veränderungen der Kommunikations- und Konfliktkultur in pluralen Gesellschaften. Im Mittelpunkt steht eine neue politische Konfliktlinie zwischen liberalen Demokraten und populistischen Bewegungen.

Sonja Eichwede erläutert das Konzept der »wehrhaften Demokratie« als konstitutives Element der Bundesrepublik. Aus den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik zog das

Grundgesetz die Lehre, demokratische Offenheit mit der Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu verbinden. Angesichts von Populismus, Desinformation und gezielten Angriffen auf demokratische Institutionen ist diese Idee heute aktueller denn je. Sie betont, dass demokratische Widerstandsfähigkeit nicht allein aus Gesetzen und Institutionen erwächst. Gewaltenteilung, unabhängige Justiz, freie Medien und die Möglichkeit von Parteiverbotsverfahren sind unverzichtbar, doch ebenso wichtig sind die »informellen« Grundlagen: demokratische Überzeugungen, politische Kultur, Toleranz und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Abschließend plädiert *Karen Horn* dafür, die liberale Demokratie nicht durch illiberale Reflexe, sondern durch »liberale Klugheit« zu verteidigen. Sie beschreibt die gegenwärtige Bedrohung der liberalen Ordnung von außen durch autoritäre Staaten und von innen durch rechtspopulistische Bewegungen und formuliert das zentrale Dilemma des Liberalismus: Er kann seine Ziele nicht mit Zwang durchsetzen, ohne sich selbst zu widersprechen. Ausgehend von liberalen Denkern wie Adam Smith, Friedrich Hayek und Karl Popper entwickelt Horn ein Ethos der Klugheit, das auf Mäßigung, Abwägung und Gemeinwohlorientierung setzt. Liberale Politik muss unter Unsicherheit handeln, komplexe gesellschaftliche Dynamiken anerkennen und auf konsensfähige, korrigierbare Maßnahmen vertrauen statt auf den autoritären Durchgriff. Klugheit dient dabei als Prüfstein, um überzogene oder kontraproduktive Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie zurückzuweisen.

Die Drucklegung des Bandes erfolgte Mitte April 2026. Daher war es den meisten Autorinnen und Autoren nicht möglich, die Abwahl Viktor Orbáns und die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten zu berücksichtigen.

Danksagung

Dieser Band war nur möglich mit Unterstützung vieler Menschen und Institutionen. Der Friede Springer Stiftung, die das Projekt finanziell fördert, und ihrer Geschäftsführerin Bettina Quäschnig, die seine Entstehung wertschätzend begleitet hat, danken wir sehr.

Unseren Autorinnen und Autoren sind wir zu großem Dank verpflichtet. Ihre Ideen und Texte tragen das Buch. Die kurze Deadline für ihre Beiträge haben sie ohne Murren akzeptiert. Gemeinsam mit ihnen die Diskussion über einen erneuerten Liberalismus zu führen, ist uns eine Ehre und Freude.

Beim transcript Verlag hat uns Valentin Müller stets unterstützt, auch schwierige Fragen gelöst und maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Band erscheinen konnte. Dr. Annette Nagel danken wir für das Korrektorat des Manuskripts.

Unser besonderer Dank gilt unseren LibMod-Kollegen Christina Russmann, Alexander Schwittek und Stephan Stach, die den Band redaktionell und organisatorisch betreut und damit einen wichtigen Beitrag zum Erscheinen geleistet haben.

Einleitung

Die antiliberale Offensive und was wir dagegen tun können

Ralf Fücks

Wir sind in einer paradoxen Lage. Weltweit berufen sich fast alle Regimes und politischen Führer auf die Demokratie. Das gilt selbst für autoritäre Herrscher wie Putin. Man hält eine pseudodemokratische Fassade mit Wahlen, Parlamenten und Verfassungsgerichten aufrecht und entzieht ihnen zugleich jede Substanz. Als Legitimationsprinzip scheint die Demokratie weitgehend unangefochten. Was die Autoritären verschiedener Couleur ablehnen, ist die liberale Demokratie – und mit ihr auch den Liberalismus als Theorie und Politik der Freiheit.

Wenn man Kriterien wie freie und faire Wahlen, Gewaltenteilung, Presse- und Meinungsfreiheit, politischen Pluralismus und garantierte Bürgerrechte anlegt, so ist die Demokratie weltweit auf dem Rückzug. Folgt man der empirischen Forschung, so kippte die lange Welle der Demokratisierung etwa um das Jahr 2005. Sie hatte in den 1970er Jahren eingesetzt und fand ihren Höhepunkt in der demokratischen Revolution von 1989/90 und dem Kollaps des sowjetischen Imperiums. Für einen kurzen Moment konnte man die Illusion hegen, die liberale Demokratie habe endgültig gesiegt. Fukuyamas berühmte These vom »Ende der Geschichte« war die triumphale Botschaft, es gäbe künftig keine Systemalternative mehr zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Der amerikanische Demokratieforscher Larry Diamond spricht von einer »demokra-

tischen Rezession«.¹ Demokratische Staaten sind in den Vereinten Nationen in der Minderheit, die Meinungsfreiheit ist unter Beschuss, überbordende Desinformation und wachsende Polarisierung befeuern die Krise der Demokratie. Auch der Liberalismus als politische Theorie und theoretisch inspirierte Politik befindet sich in der Defensive.

Es sind gleich mehrere tektonische Verschiebungen der politischen Landschaft, die zu diesem antiliberalen Megatrend beitragen.

Erstens wirken die autoritäre Rückwendung Russlands und die totalitäre Verhärtung Chinas weit über die Innenpolitik dieser Länder hinaus. Der Westen betreibt nicht länger die Demokratisierung autoritärer Regimes, sondern umgekehrt: Peking und Moskau betreiben mittlerweile die systematische Destabilisierung der westlichen Demokratien.

Zweitens führte die autoritäre Regression in Ländern, die zumindest in die Kategorie »elektoraler Demokratien« mit freien Wahlen und einem gewissen politischen Pluralismus fielen, zu »illiberalen Demokratien« unterschiedlicher Schattierung, etwa in der Türkei, Indien und in Mittel-Osteuropa. Bei Lichte besehen ist die »illiberale Demokratie« ein Oxymoron: Entkleidet man die Demokratie von ihren liberalen Elementen, gibt es keine Haltelinien mehr gegen das Abgleiten in ein autoritäres System. Dann wird auch der Rückweg zur liberalen Demokratie immer schwerer. Die ungarischen Parlamentswahlen 2026 waren ein Testfall, wie ein gewaltfreier Machtwechsel durch Wahlen gelingen kann, solange politischer Pluralismus und Meinungsfreiheit noch gewährleistet sind.

Ein drittes Element ist der Aufstieg populistischer – zumeist rechtspopulistischer – Parteien und Politiker, die als die wahre Stimme des Volkes auftreten, nationalistische und fremdenfeindliche Stimmungen anheizen und Ressentiments gegen die »etablierten Eliten« schüren, obwohl sie selbst in aller Regel aus privilegierten Kreisen stammen. Donald Trump ist der Prototyp dieses Phänomens.

1 Diamond, Larry (2015): Facing Up to the Democratic Recession. In: *Journal of Democracy*, Jg. 26, Nr. 1, S. 141–155.

Viertens beobachten wir in unterschiedlichen politischen Systemen die Rückkehr des »starken Mannes« – in der Regel tatsächlich Männer, obwohl Marine Le Pen und Giorgia Meloni zeigen, dass auch Frauen diese Rolle spielen können. Das erinnert an die 30er Jahre des letzten Jahrhunderts mit Mussolini, Hitler, Stalin und anderen »nationalen Führern«. Heute stehen Xi Jinping und Putin für diesen Typus, aber auch Politiker wie Modi, Erdogan und Orbán. Sie alle werden von Trump überschattet, der den Umbau der USA in ein autoritäres Präsidialsystem betreibt.

Fünftens sind die neuen sozialen Medien und digitalen Plattformen ein kaum zu überschätzender Treiber der demokratischen Rezession. Konnte man das Internet zu Beginn seines Siegeszugs noch als demokratische Errungenschaft feiern, die das Wissen der Welt jedem Menschen mit einem Internetanschluss zugänglich macht und jedem eine Stimme im Konzert der öffentlichen Meinung gibt, so sind inzwischen die Schattenseiten unübersehbar: die Zusammenballung digitaler Macht in den Händen weniger dominierender Unternehmen, das Auseinanderfallen der Netzöffentlichkeit in tribalistische Echokammern, das Fluten der Massenkommunikation mit ungefilterter Desinformation, Verschwörungstheorien und verbaler Aggression.

Nicht zuletzt sind wir Zeugen der raschen Erosion des normativen internationalen Systems mit den Vereinten Nationen im Zentrum. Universalistische Werte und Normen werden vielfach als »westliche Werte« abgetan, als imperiale Finte, um die politische und kulturelle Hegemonie des Westens zu verewigen. Russlands Aggressionskrieg gegen die Ukraine ist zugleich ein Frontalangriff auf das Völkerrecht und die regelbasierte europäische Friedensordnung. Auch der aktuelle Iran-Krieg demonstriert die Erosion des internationalen Rechts. Die Spannung zwischen nationaler Souveränität als Eckpfeiler des Staatenrechts, Verteidigung der Menschenrechte und Einhegung aggressiver Regimes lässt sich nicht konfliktfrei auflösen. Mit der Rückkehr Trumps ins Weiße Haus hat sich die bisherige Ankermacht der »liberalen Weltordnung« von ihr abgewandt. Europa ist in seiner jetzigen Verfassung zu schwach, sie zu verteidigen. Dafür brauchen wir mehr politischen

Willen, eine stärkere strategische Ausrichtung unserer Politik und eine globale Allianz der Demokratien.

Resonanzboden für die antiliberale Konterrevolution

Diese Trends wurden vielfach auf den Begriff der »antiliberalen Konterrevolution« gebracht. Er bringt zum Ausdruck, dass es sich um eine Gegenbewegung auf eine überaus erfolgreiche liberal-demokratischen Revolution handelt. Über den Westen hinaus gab es seit der 68er-Bewegung einen anhaltenden Schub kultureller, politischer und ökonomischer Liberalisierung. Autoritäre Regimes wurden von Demokratien abgelöst. Ansprüche auf demokratische Partizipation auch jenseits von Wahlen sind politischer Alltag, eine Vielzahl von Bürgerinitiativen stellt das Monopol politischer Parteien infrage. Wir unterscheiden heute zwischen biologischem Geschlecht und sexueller Orientierung, traditionelle Geschlechterrollen lösen sich auf, Familien werden vielfältiger, Kinder als Subjekte mit eigenen Rechten anerkannt. Ethnische und religiöse Vielfalt wurde zur neuen Normalität. Fortschritt, zweifellos – aber zugleich für Teile unserer Gesellschaften eine fortwährende Irritation.

Ökonomisch schuf der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers einen Weltmarkt, der alle Kontinente in einen wechselseitigen Austausch von Kapital, Waren und Menschen bringt. Der Kapitalismus hatte gesiegt, wenn auch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Zu den falschen liberalen Selbstgewissheiten der 1990er Jahre gehörte die Vorstellung, dass eine ökonomische Liberalisierung auch eine Liberalisierung des politischen Systems nach sich ziehen würde. In Deutschland hieß diese Illusion »Wandel durch Handel«. Wirtschaftliche Verflechtung sollte den Frieden sichern und die politische Konvergenz befördern. Russland und China zeigen aber gerade das Gegenteil: Wir haben unsere Systemrivalen und Gegner durch Handel und Technologietransfer stark gemacht.

Zudem haben diese Modernisierungsschübe eine lange übersehene Kehrseite: die wachsende Kluft zwischen Gewinnern und

Verlierern, die grassierende Furcht vor Statusverlust und die Überforderung eines Teils der Gesellschaft durch die Gleichzeitigkeit fundamentaler Veränderungen. Liberale haben insbesondere den Widerstand gegen eine weitgehend ungesteuerte Masseneinwanderung aus südlichen Kontinenten unterschätzt.

Die andauernde Modernisierung auf Speed bedeutet eine wachsende Verunsicherung im wörtlichen Sinne: die Erosion traditioneller Sicherheiten, wie sie die Großfamilie, langfristige Betriebsbindungen, Nachbarschaften und die Kirchengemeinde boten. Die Kehrseite wachsender individueller Selbstbestimmung ist die Einsamkeit des von allen traditionellen Bindungen und Konventionen befreiten Individuums.

Gleichzeitig wachsen Zweifel an der Krisentauglichkeit und Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen. Legitimation entsteht nicht nur über Beteiligung, sondern zumindest ebenso sehr über die Leistungsfähigkeit von Regierungssystemen. Die neue Systemkonkurrenz wird auch über »Output-Legitimation« ausgetragen. Das gilt vor allem im Wettlauf mit China, das eine völlig neue Kombination von totalitärer Kontrolle und ökonomischer Dynamik verkörpert. Solange das chinesische Modell wirtschaftliches Wachstum und hochmoderne Infrastrukturen bei gleichzeitiger politischer Stabilität verspricht, sollten wir seine Anziehungskraft nicht unterschätzen.

Krise des Liberalismus

In weiten Teilen der westlichen Gesellschaften und darüber hinaus ist der Liberalismus als politische Philosophie und Praxis in Misskredit geraten. Unter kritischen Geistern gilt er als Bastion der Privilegierten gegen notwendige Veränderungen. Man bekennt sich noch zur liberalen Demokratie, hat aber mit Liberalismus nichts am Hut. Dass die FDP aus dem Bundestag katapultiert wurde, liegt im Trend. Schon seit langem ist Neoliberalismus zum antiliberalen Kampfbegriff geworden. Ob Klimawandel, Finanzkrise, wachsende Vermögensungleichheit, Wohnungsnot oder Aufstieg des Rechtspopulismus – an allem ist der Neoliberalismus schuld.

Wenn der Liberalismus als Problemverursacher gilt, werden keine liberalen Antworten gesucht. Das Pendel schlägt in die andere Richtung: wachsende Staatseingriffe, immer neue schuldenfinanzierte Rettungspakete, immer engmaschigere Regulierung. Das neoliberale Credo des Minimalstaats, der finanziell möglichst kurzgehalten werden muss, ist mega-out. Der lenkende, planende, beschützende Staat ist zurück. Bevor man das beklagt, sollte man fragen, weshalb das so ist – und was wären die Alternativen?

Liberalismus zielt auf die Vermehrung individueller Chancen und Wahlmöglichkeiten. Allerdings bedeutet die Erweiterung individueller Optionen – bis hin zur Wahl des eigenen Geschlechts – auch wachsenden Freiheitsstress. Selbstbestimmung bedeutet permanente Übernahme von Verantwortung für die eigenen Entscheidungen, auch Verantwortung für das eigene Scheitern.

Moderne bedeutet eine Zunahme von Diskontinuität, in den Biografien der Einzelnen wie in der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realität. Wenn sich alles verändert, wächst auch das Bedürfnis nach Sicherheit. Ein reflektierter, zeitgemäßer Freiheitsbegriff kann sich nicht auf die Abwehr staatlicher Eingriffe in die Privatautonomie reduzieren. Er muss die Bedingungen für die gleiche Freiheit aller im Auge behalten – bis hin zur abwägenden Einschränkung individueller Freiheiten zum Schutz der Rechte aller.

Zu den offenen Flanken des Liberalismus gehört auch seine Leerstelle mit Blick auf große Erzählungen und Zukunftsentwürfe. Liberales Denken will die Zukunft offenhalten und die Zukunftsoptionen vermehren, statt sich auf eine bestimmte Vision der anzustrebenden Zukunft festzulegen. Diese Skepsis gegenüber menscheitsbeglückenden Utopien ist gut begründet, gerade nach den Erfahrungen des vergangenen »Jahrhunderts der Ideologien«. Reduziert man Liberalismus allerdings auf eine demokratische Spielanleitung, einen Mix aus deliberativen Verfahren, machtbegrenzenden Institutionen und politischen Entscheidungsregeln, wird er zu einer ziemlich dünnen Angelegenheit. Es braucht wohl doch liberale Fortschrittserzählungen, Leitbilder für eine freiheitliche Zukunft als Antwort auf die vorherrschenden kulturpessimistischen Narrative. Ohne Zutrauen, dass die Welt trotz aller

Krisen eine bessere werden kann, dass Freiheit und Wohlstand für alle keine Kategorien von gestern sind, verliert auch die Demokratie an Rückhalt.

Ein weiterer Einfallstor für die Gegner des Liberalismus ist seine Skepsis gegenüber jeder Art von identitärer Gemeinschaft. Karl Popper warnte zu Recht vor dem »Ruf der Horde«², dem Rückfall in Kollektivismus und Stammesdenken und vor der Tyrannei der Mehrheit. Der Liberalismus darf nie verleugnen, dass es ihm um die Selbstbestimmung und Selbstentfaltung des Einzelnen geht. Die wachsende Ausdifferenzierung von Lebensstilen und sexuellen Orientierungen, also die Freiheit, so zu sein und so zu leben, wie ich will, ist ein zivilisatorischer Fortschritt. Dass Herkunft nicht Zukunft bestimmt, ist ein zentrales Versprechen der liberalen Moderne.

Die Betonung individueller Freiheit darf jedoch weder die gesellschaftlichen Bedingungen der Freiheit aus den Augen verlieren noch vergessen, dass Freiheit sich in der Interaktion verwirklicht. Sie ist ein Akt gemeinsamen Handelns freier Bürger.

Auch das traditionelle liberale Misstrauen gegenüber der Macht der Gefühle in der Politik ist eine eingebaute Schwachstelle. Liberale verstehen sich als Verfechter der skeptischen Vernunft. Emotionen gelten als gefährliches Einfallstor des Irrationalen und Nährlösung kollektivistischer Exzesse. Auch dafür gibt es gute Gründe.

Eine rationalistisch-pragmatische Verengung des Liberalismus macht ihn allerdings ziemlich wehrlos gegenüber emotional aufgeladenen Bewegungen. Populisten spielen mit starken Gefühlen: Furcht, Stolz, Hass, Empörung. Was setzen Liberale dagegen außer dem Beharren auf argumentative Vernunft? An welche Emotionen kann liberale Politik appellieren – die Liebe zur Freiheit, republikanischen Stolz, einen demokratisch grundierten Patriotismus, der sich nicht über andere Nationen erhebt?

2 Popper, Karl (1945/2003): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2. Bd. Tübingen: Mohr Siebeck.

Sicherheit und Freiheit

Daran schließt die Frage an, wie wir mit dem »konservativen« Bedürfnis nach Sicherheit umgehen. Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit von Furcht. Sie ist die Mutter aller Freiheiten. Wer von Furcht vor willkürlicher Gewalt oder vor dem sozialen Absturz getrieben ist, kann nicht frei handeln. Liberale müssen deshalb Sicherheit und Freiheit unter einen Hut bringen. Insbesondere in Zeiten stürmischer Veränderungen wächst der Bedarf nach »Sicherheit im Wandel«.

Auf den Einzelnen bezogen geht es um Selbstwirksamkeit, also um die Fähigkeit, selbstbewusst mit Umbrüchen aller Art umzugehen. Bildung und Weiterbildung sind dafür ein Schlüssel, aber auch Eigentum als eine Form ökonomischer Freiheit und sozialer Sicherheit.

»Bildung für alle« ist in einer digitalen Wissensgesellschaft notwendiger denn je, auch als Bedingung für ein Mindestmaß an Chancengerechtigkeit.

Auch »Eigentum für alle« müsste die Losung eines modernen Liberalismus sein, der sich nicht mit der wachsenden Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit abfindet. Das gilt für die Förderung von Wohneigentum wie für die Beteiligung breiter Schichten am Produktivkapital. Ein effektiver Hebel ist der Aufbau einer kapitalgedeckten Alterssicherung, ein anderer die Beteiligung an steuerbegünstigten öffentlichen Investitionsfonds.

Liberale sollten stolz auf einen Sozialstaat sein, der eine solidarische Rückversicherung gegen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersarmut bietet. Das ist kein Plädoyer für den Status quo. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn zielgerichteter und weniger bürokratisch machen, seine Kostendynamik bremsen und Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit stärken. Angesichts des demografischen Wandels und der überschießenden Lohnnebenkosten wäre ein »Weiter so« der sicherste Weg in den Kollaps der sozialen Sicherungssysteme. Am Ende kann der Sozialstaat nicht durch immer mehr Umverteilung finanziert werden. Seine ökonomische Basis ist eine produktive, innovative

und wachsende Wirtschaft. Wenn sich die gegenwärtige Stagnation fortsetzt und die industrielle Basis erodiert, kommen auch die Sozialsysteme ins Rutschen.

Die Fähigkeit zur Reform der Sozialsysteme ist ein Lackmустest für die Handlungsfähigkeit liberaler Demokratien. Wenn sie die Probleme nur immer weiter vor sich herschieben, weil sie nicht die Kraft zu unbequemen Veränderungen finden, verlieren sie zunehmend an Legitimation. Das gilt auch für andere große Herausforderungen wie den Klimawandel, Migration oder die Verteidigungsfähigkeit Europas in einer neuen Weltlage, in der wir uns nicht mehr auf den Beistand der USA verlassen können. Freiheit und Wehrhaftigkeit sind kein Gegensatz. Angesichts der Bedrohung der offenen Gesellschaft von innen und außen brauchen wir einen robusten, kämpferischen Liberalismus.

Die Zukunft des Liberalismus hängt an seiner Fähigkeit, freiheitliche Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Epoche zu finden. Man sollte die liberalen Klassiker kennen. Aber das liberale Erbe muss weiterentwickelt und auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Liberalismus ist eine Wette darauf, dass die freiheitliche Demokratie ein gutes Leben für alle ermöglicht. Eine liberale Ordnung muss sich auch darin beweisen, dass sie mutige Lösungen für neue Probleme findet, statt sich ängstlich an den Status quo zu klammern.

Teil I: Ursachen der Krise der liberalen Demokratie

Humpty Dumpty fiel in den Dreck

(Und keiner weiß, wie man ihn wieder auf die Beine kriegt)

Yascha Mounk*

Wir erleben gerade einen Umbruch der politischen Grundordnung, dessen Ausmaß – vorsichtig geschätzt – dem New Deal Franklin D. Roosevelts oder Ronald Reagans Aufstand gegen den Nachkriegskonsens nahekommmt.

Ein solcher Umbruch vollzieht sich in der Regel in zwei Akten. Zuerst geht der alten Art, Politik zu machen, schlicht die Luft aus. Es ist eine lange Phase, in der sie zunehmend aus der Zeit gefallen wirkt, ihre Fähigkeit zur Problemlösung sichtbar abnimmt und die Zustimmung der Menschen langsam, aber stetig erodiert. Dann erringt ein Politiker neuen Schlags oder eine neue Bewegung die Macht, entschlossen, die alte Ordnung zu durchbrechen – oft auf eine Weise, die anfangs (und manchmal dauerhaft) unausgegoren, chaotisch oder schlicht verantwortungslos wirkt.

Das erste dieser Elemente ist seit mindestens einem Jahrzehnt zu beobachten. Das zweite hat am 20. Januar 2025 volle Fahrt aufgenommen.

In der gesamten westlichen Welt geht den traditionellen politischen Kräften die Puste aus. In Europa gelingt es den moderaten Kräften nicht, ein tragfähiges Leitbild für die wirtschaftliche Zukunft des Kontinents zu entwickeln oder den seit Jahren vorgetragenen Wunsch der Wähler ernst zu nehmen, endlich wieder Kontrolle über die eigenen Grenzen zu gewinnen. Parteien, die einst

* Dieser Text wurde unter dem Originaltitel *Humpty Dumpty Had a Great Fall* erstmals am 14. Februar 2025 in *Persuasion* veröffentlicht.

die Riesen der Nachkriegspolitik waren, schrumpfen derzeit auf Zwergengröße. In Frankreich sind Sozialisten und Republikaner praktisch von der Landkarte verschwunden. In Deutschland liegen die Sozialdemokraten in den Umfragen bei 15 Prozent. In Großbritannien führt Nigel Farages Reform Party laut aktuellen Umfragen sowohl vor Labour als auch vor den Konservativen.

Auch in den USA sieht es für die Parteien des alten Lagers nicht besser aus. Die Republikaner haben sich endgültig der feindlichen Übernahme durch Donald Trump ergeben. Die Partei Ronald Reagans ist Geschichte; jeder Versuch, sie wiederzubeleben, dürfte aussichtslos bleiben. Die Demokratische Partei wiederum ist so unbeliebt wie seit Jahrzehnten nicht mehr – nicht zuletzt, weil sie ihren eigenen Markenkern verleugnet. Während Kandidaten wie etwa Kamala Harris steif und fest behaupten, die Partei der Arbeiter zu sein, erinnert ihr Wahlkampfteam stark an das Bündnis aus Spitzenverdienern und Bildungsbürgern, das der Republikaner Bob Dole 1996 zusammenschmiedete, kaum jedoch an das Team seines Gegners von den Demokraten, Bill Clinton.

Ich habe nicht die Absicht, diese Kräfte zu verteufeln oder lächerlich zu machen. Zur Strafe für all meine Sünden identifiziere ich mich sogar instinktiv immer noch mit ihnen. Aber jede ehrliche Diagnose der gegenwärtigen Stunde muss anerkennen: In ihrer heutigen Gestalt wirken diese Parteien wie Relikte einer vergangenen Epoche – Nebendarsteller, die ihr abgenudeltes Drehbuch aufsagen, lange nachdem das Publikum bereits zur nächsten Aufführung übergelaufen ist.

Umso auffälliger ist das selbstbewusste Auftreten der Herausforderer, die nun im Begriff sind, das alte Establishment abzulösen. Seit einigen Jahren ist klar: Populisten unterschiedlichster Couleur sind zu einem zentralen, vielleicht sogar dominierenden Teil der westlichen Politiklandschaft geworden. Wo sie an die Macht kamen – in der Türkei und in Venezuela, in Indien und Ungarn –, zeigte sich auch, dass sie imstande waren, die Regeln und Normen zu schleifen, die herkömmlicherweise die vollziehende Gewalt einhegten. In den am längsten etablierten Demokratien jedoch blieb lange zweifelhaft, ob sie ihre Macht dauerhaft sichern könnten.

Der Radikalismus und die Geschwindigkeit, mit der die neue Trump-Regierung die Vereinigten Staaten nun umbaut, räumen diesen Zweifel beiseite. In seinen ersten Amtswochen hat Trump Tausende Bundesangestellte entlassen und mehrere Behörden praktisch dichtgemacht. Er hat zentrale Pfeiler der Weltwirtschaft über Bord geworfen, indem er umfassende Zölle durchsetzte, und er hat die Außenpolitik radikal umgestaltet, indem er langjährigen Verbündeten wie Dänemark, Panama und Kanada offen drohte. Er hat sich an politischen Gegnern gerächt, indem er einigen Kritikern den Personenschutz entzog; er hat politische Freunde belohnt, indem er Mittäter des Sturms auf das Kapitol vom 6. Januar 2021 begnadigte. Bald könnte er sogar so weit gehen, das Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative neu zu definieren – und zwar schlicht, indem er Gerichtsurteile ignoriert, die seine Macht einschränken sollen.

Es ist keineswegs eine ausgemachte Sache, dass Trump seine derzeitige Popularität halten kann; ebenso wenig steht fest, dass er einen Nachfolger eigener Wahl im Weißen Haus installieren kann. Doch mit jedem Tag sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Dinge jemals zum *Status quo ante* zurückkehren. Selbst wenn die Demokratische Partei 2028 gewinnen sollte, wird die nächste Regierung wohl kaum in der Lage sein, den Verwaltungsapparat nach dem Exodus von Zehntausenden Angestellten und der Schließung ganzer Abteilungen in alter Form wiederherzustellen.

Im Laufe meines Lebens hat sich eine politische Ordnung, die einst selbstverständlich, ja fast naturgegeben schien, in ein *Ancien Régime* verwandelt, das selbst seinen treuesten Anhängern altbacken vorkommt. Nun sind Kräfte an der Macht, die sich diesem Erbe in keiner Weise verpflichtet fühlen – und sie reißen es mit hämischer Freude nieder.

Vor unseren Augen ist die komische Figur des *Humpty Dumpty* von der hohen Mauer gestürzt. Jahrelang hing er wie im Schwebestand in der Luft, scheinbar den Gesetzen der Physik trotzend. Jetzt ist er im freien Fall. Wir wissen noch nicht, wie hart der Aufprall sein wird. Aber schon jetzt ist klar: Weder alle Mächte der Erde noch alle Kräfte des Establishments werden *Humpty Dumpty* wieder auf die Beine stellen können.

Für jene von uns, die diese Entwicklungen mit Sorge betrachten und meinen, dass es in der alten Grundordnung durchaus einiges gibt, das bewahrt werden sollte, bleibt nur eines: schonungslose Selbstprüfung. Drei Fragen drängen sich auf – grob nach Schwierigkeit sortiert –, auf die wir zumindest einigermaßen plausible Antworten finden sollten:

- Warum hat die alte Grundordnung so viel Rückhalt verloren?
- Woher rührt die Attraktivität radikaler (und ja, oft unverantwortlicher) Alternativen?
- Wie könnte eine Zukunft aussehen, die diese Defizite auf verantwortungsvollere Art ausgleicht – eine Art, die nicht starr an einer Vergangenheit festhält, die wohl ohnehin unwiederbringlich vorbei ist, sondern glaubwürdig versprechen kann, den Hauptwerten und am häufigsten geäußerten Versprechen unserer politischen Grundordnung besser gerecht zu werden?

Diese Fragen sind nur mit größter Mühe zu beantworten. In all den Artikeln, die ich gelesen, und auf all den Konferenzen, die ich besucht habe, ist mir niemand begegnet (mich eingeschlossen), der dazu wirklich ausformulierte oder überzeugende Antworten gehabt hätte – erst recht nicht Antworten auf die für unsere Zukunft entscheidenden Fragen. Was mich am meisten erschüttert, ist jedoch nicht das Fehlen der Antworten, sondern dass kaum jemand eingestehen will, wie sehr wir alle im Dunkeln tappen.

Diese Weigerung, die Tiefe der Krise zu erkennen, zeigte sich exemplarisch in den Worten des neu gewählten Generalsekretärs des Nationalen Lenkungsausschusses der Demokratischen Partei, der erklärte, die Demokraten müssten sich nicht verändern. »Wir haben die richtige Botschaft«, verkündete siegestrunken Ken Martin seinen Parteimitgliedern – und blendete dabei aus, dass mittlerweile fast doppelt so viele Amerikaner eine eher schlechte als eine gute Meinung von seiner Partei haben. Der schlechteste Wert, seitdem die Meinungsforscher von Quinnipiac 2007 damit begonnen hatten, die Frage zu stellen! Und dieser Realitätsverlust reicht weit darüber hinaus – von linken Progressiven bis zur politischen Mitte, von Politikern bis hin zu Sozialwissenschaftlern.

Schon nach Trumps erstem Sieg 2016 bastelten die verschiedenen Lager des Establishments sich ihre eigenen Erklärungen zurecht – teils widersprüchlich, teils sich überschneidend, fast immer selbstgefällig. Linke, die stets behauptet hatten, Amerikas größtes Problem sei die ökonomische Ungleichheit, erklärten, Trumps Aufstieg sei genau dadurch bedingt – würde man nur versprechen, die Ungleichheit zu beseitigen, würde auch Trump verschwinden. Vertreter der Identitätspolitik, die Rassismus, Sexismus und andere Formen von Diskriminierung als Kernproblem sahen, erklärten, genau diese hätten Trump ins Amt gebracht – und man müsse ihn durch Protestmärsche, Gleichstellungsprogramme und Diversity-Trainings besiegen. Sozialwissenschaftler wiederum präsentierten beschwichtigende Erklärungen, die am liebsten gar kein Handeln verlangten: Trump sei gewählt worden, weil alte weiße Männer von Ewiggestrigkeit und »rassistischem Hass« getrieben seien; doch da diese Bevölkerungsgruppe ohnehin schrumpfe, sei die Gefahr zeitlich begrenzt.

Nach Trumps Wiederwahl bedarf es schon akrobatischer Verrenkungen, um an einem dieser Narrative festzuhalten. Was aber nicht heißt, dass ihre Anhänger es nicht unerschrocken weiter versuchen würden.

Die Wählerschaft ist seit 2024 deutlich vielfältiger geworden. Doch während Weiße eher zu den Demokraten tendieren, haben sich Hispanics, asiatischstämmige Amerikaner und sogar Afroamerikaner stärker Trump zugewandt. Die gängige Erklärung für seinen ersten Wahlsieg wird durch die Art seines zweiten Triumphes schlicht ad absurdum geführt.

Seit 2016 wurden zahllose Gleichstellungsinitiativen gestartet, Millionen Amerikaner haben *Diversity-Trainings* durchlaufen. Und trotzdem sollen Rassismus, Sexismus und Bigotterie heute schlimmer sein als vor zehn Jahren – und neuerdings sogar unter Minderheiten auftreten, die man nun als »weißaffin« verdächtigt. Trotz solcher Versuche, am gleichen Drehbuch festzuhalten, wirkt die Behauptung, dass ausgerechnet Rassismus, Sexismus und andere Formen von Bigotterie die Hauptursache des Trump-Phänomens seien, äußerst wackelig.

Auch die große Rezession, die in den 2010er Jahren häufig als Erklärung für den Aufstieg der Populisten herangezogen wurde, liegt längst zurück. Joe Biden, noch in den Vorwahlen von 2020 wirtschaftspolitisch ein Mann der Mitte, verfolgte als Präsident eine entschieden linke Wirtschaftspolitik – mit Extra-Billionen Dollar für Konjunkturprogramme. Wer immer noch erklärt, Trumps Erfolg sei ökonomisch motiviert, muss sich fragen lassen, wie es denn sein kann, dass Wähler ihren Wunsch nach noch mehr linken Maßnahmen ausgerechnet durch die Wahl eines stramm rechten Politikers ausdrücken sollen. Logisch denken geht jedenfalls anders.

All diese Verdrängungsmechanismen ergeben zusammen ein ohrenbetäubendes Grundrauschen der Selbsttäuschung – ein Rauschen, das für alle außerhalb der selbstverkapselten Elite klar hörbar ist. Und wie üblich beginnt diese Verdrängung zu Hause: mit der Unfähigkeit, in den Spiegel zu schauen und sich selbst zu erkennen. Seit zwei Jahrzehnten haben wir ein Establishment, das gerne so tut, als führe es einen großen Aufstand gegen die Mächtigen. In Wahrheit werden wir von einer Kaste der Privilegierten regiert, die größte Virtuosität darin beweisen, die wenigen Wehwehchen lauthals aufzublasen, durch die sie sich benachteiligt fühlen. Wir haben weite Teile unserer Gesellschaft Leuten überlassen, die als Bescheid wissende Experten auftreten – und sich doch wieder und wieder als bemerkenswert unfähig erwiesen haben, die ihnen anvertrauten Aufgaben zu erfüllen.

Ich weiß nicht, was all das bedeutet. Ich weiß nicht, wie ich die drei von mir gestellten Fragen beantworten soll. Ich weiß nicht, wie ich bewahren kann, was ich liebe, und zugleich für eine bessere Zukunft kämpfen kann – oder beides gleichzeitig.

Nur in einem bin ich mir halbwegs sicher: Wer da erzählt, man könne einfach zur bequemsten Erklärung zurückkehren – wer sich einredet, dass die eigenen alten Überzeugungen durch Ereignisse bestätigt worden seien, die man selbst überhaupt nicht vorhergesehen hat –, der belügt andere. Und wahrscheinlich auch sich selbst.

Wir werden dieses Problem nicht lösen, indem wir in einen Trump-Beleidigungswettbewerb eintreten. Wir werden es nicht lösen, indem wir zum Skript *unbeugsamen Widerstands* zurückkehren, das schon einmal gescheitert ist. Wir werden es nicht lösen, indem

wir noch mal einen draufsetzen auf eine Sichtweise, die sich bereits als zutiefst spaltend und toxisch-unattraktiv erwiesen hat. Und jeder, der wie der neue Generalsekretär der Demokratischen Partei behauptet, er habe die richtige Botschaft, hat sie mit Sicherheit nicht.

Das Einzige, was ich derzeit an Rat beisteuern kann, ist zugegebenermaßen wenig spektakulär, ja fast enttäuschend: Wir müssen Tempo rausnehmen. Wir müssen uns im Spiegel betrachten. Wir müssen endlich eingestehen, wie sehr wir die Welt, unser Land und unseren Platz darin missverstanden haben. Wir müssen nachdenken – gründlich, geduldig, ohne Ausreden, ohne vorschnelle Schlüsse, ohne Rückzug in wohlgestanzte Beruhigungsformeln oder in selbstgerechter Empörung.

Und es jagt mir echt Angst ein, dass dies offenbar das Letzte ist, was auch nur ein Einziger genau jetzt tun möchte.

Aus dem Englischen übersetzt von Johannes Hampel

Libérale Demokratie im digitalen Zeitalter

Jan Zielonka

Würden Sie ein Antibiotikum nehmen, ohne zu wissen, ob Sie damit ein Virus oder ein Bakterium bekämpfen? Genau das geschieht aber in der Politik: Wir suchen häufig nach der Lösung für ein Problem, das wir noch nicht einmal richtig erkannt haben. Debatten über das aktuelle Dilemma des Liberalismus konzentrieren sich eher auf die »Pandemie der Populisten«, die die Demokratie pervertieren, Fake News verbreiten und für illiberale Werte stehen. Die eigentliche Frage lautet aber, ob der Populismus Symptom oder Ursache der liberalen Malaise ist. Sollte Ersteres zutreffen, lohnte eine genauere Betrachtung. In der Folge werden die neoliberale Wirtschaft, der Verfall ethischer Standards und illegale internationale Abenteuer als »selbst zugefügte« Ursachen für das Leiden des Liberalismus ausgemacht. Das sind durchaus valide Hypothesen, die alternative Wege zur Wiederherstellung der Resilienz oder sogar zum Triumph der liberalen Demokratie nach den derzeitigen politischen Auseinandersetzungen aufzeigen.

Aus meiner Sicht reicht die Herausforderung aber tiefer und ist wohl nicht zu meistern, indem wir uns nur politischer Demagogen entledigen, einen Kreuzzug der Moral führen oder auch die neoliberale Wirtschaft einhegen. Damit der Liberalismus wieder zu voller Blüte gelangen kann, sollten wir die liberale Demokratie so weiterentwickeln, dass sie auch die tatsächlichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger angeht. Dies erfordert eine Stärkung und Aufwertung der demokratischen Regierungsform, statt sie auf traditionelle liberale Weise zu beschränken. Ist das aber umsetzbar, ohne liberale Werte zu hintergehen? Ich beantworte diese Frage mit »Ja«, denn eine solche Stärkung der demokratischen Regierung

umfasst primär die Schaffung einer Multi-Level-Governance, also echten Regierungshandelns auf mehreren Ebenen mit neuen Formen der Inklusion, Aushandlung und Verantwortlichkeit, die zum Teil über das Internet realisiert werden können.

Liberalismus und Demokratie

Beim Liberalismus geht es nicht darum, effizientes Regierungshandeln zu gewährleisten, um den Klimawandel oder die steigende Staatsverschuldung zu stoppen. Auch eine wirksame Abschreckung gegen eine mögliche Aggression oder die Besteuerung globaler Hightech-Unternehmen ist nicht Gegenstand des Liberalismus. Vielmehr stellt er Werte in den Vordergrund, von denen sich auch staatliches Handeln leiten lassen sollte: Individualismus, Rationalismus, Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Toleranz. Diese Werte stützen Ansätze wie eine begrenzte Staatsgewalt, die Achtung des Privateigentums und die Bedeutung der individuellen Freiheit und Gleichheit. Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Kontrollmechanismen, Transparenz und Verantwortung sind Teil des liberalen Wertekanons. Letzterer führt uns zum Konzept der liberalen Demokratie, das alle genannten Werte in den Blick nimmt.

Sprechen wir über Demokratie, reicht es aber nicht aus, sich ausschließlich auf diese Werte zu konzentrieren. Denn die Demokratie soll öffentliche Güter bereitstellen und wirksame Lösungen für die Probleme der Bürgerinnen und Bürger finden. Eine liberale Demokratie kann nicht nur tolerant, transparent, verantwortungsvoll und inklusiv sein und die individuellen Freiheiten schützen. Sie muss auch in der Lage sein, Probleme effektiv zu lösen, denn ansonsten entscheiden sich die Menschen für andere Regierungsformen, auch wenn diese letztlich illusorisch sind.

In den Anfangsjahren des Liberalismus ging es darum, die absolute und recht willkürliche Macht der Monarchie einzudämmen. Als Liberale aus den Mitte-rechts- und Mitte-links-Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg begannen, Staaten in Europa (und darüber hinaus) zu regieren, änderten sich die Spielregeln. Fortan wurde der Liberalismus zu einer Ideologie

der Machthabenden, die gezwungen waren, ihre Regierung zu legitimieren. Wirksames staatliches Handeln bedarf der Macht, um öffentliche Güter bereitzustellen und aufeinanderfolgenden Herausforderungen zu begegnen. Die Beschränkung der Macht durch rechtsstaatliche Verfahren oder ethische Erwartungen kann die Effektivität des Regierungshandelns allerdings eher schmälern als steigern. Praktisch unleugbar ist, dass die Entscheidungsfindung durch die bestehenden Kontrollmechanismen häufig paralysiert wird. Bürgerbeteiligung, parlamentarische Debatten und komplexe demokratische Verfahren verlangsamten das Regierungshandeln – auch und gerade, wenn es auf schnelles Reagieren ankommt. Um effektiv zu sein, braucht die demokratische Regierung also oft eher mehr als weniger Macht, und im Liberalismus geht es vor allem darum, die Macht der aktuellen Regierung durch die Forderung nach Transparenz, Beteiligung der Öffentlichkeit sowie parlamentarischer und rechtsstaatlicher Kontrolle zu überwachen und zu beschränken. Darüber hinaus müssen liberale Politikerinnen und Politiker, die an der Spitze einer demokratischen Regierung stehen, die Erwartungen der Mehrheit der Wählerschaft erfüllen, während der Liberalismus von ihnen fordert, die Rechte des Einzelnen ebenso wie die Rechte von Minderheiten zu schützen.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen der für die Demokratie bestehenden Notwendigkeit, Ergebnisse zu erzielen, und dem Erfordernis, liberale Werte zu wahren, hat sich während der jüngsten Krisen als problematisch erwiesen. So drängten während der Coronapandemie liberale Regierungen die Europäische Kommission, die Lieferung von Impfstoffen durch die großen Pharmakonzerne auszuhandeln und den Covid-Wiederaufbaufonds aufzulegen, der grundlegende Standards der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Fairness nicht erfüllen konnte. Hätten sie auf der strikten Einhaltung des liberalen Wertekanons bestanden, wäre es zu deutlich mehr Todesfällen gekommen, und zahlreiche Unternehmen wären in die Insolvenz gegangen. Die Einschränkung individueller Freiheiten war während der Pandemie ebenso üblich wie die begrenzte Toleranz gegenüber öffentlichen Protesten und der Missachtung öffentlicher Anordnungen.

Man kann die Außerkraftsetzung, ja sogar den Verrat liberaler Werte beklagen, doch hätte die liberale Demokratie ohne diese eher illiberalen Maßnahmen wohl kaum eine Chance auf Unterstützung durch die Öffentlichkeit gehabt. Das Argument, dass Notmaßnahmen in Notsituationen legitim sind, verkennt die Tatsache, dass Europa seit der Finanzkrise von 2008 eine Reihe weiterer Krisen – in den Bereichen Migration, Umwelt, Gesundheit und Sicherheit – durchlebt hat, die den Krisenbewältigungsmodus quasi zu einem Dauerzustand gemacht haben. Da bisher keine dieser Krisen wirklich gelöst wurde, haben sich unterschiedliche Krisen überlagert. Meines Erachtens ist dies aus historischer Sicht kein Zufall. Die Akkumulation der Krisen ist ein Indiz dafür, dass unsere demokratischen Regierungen bei der Bewältigung der externen Herausforderungen versagt haben – was mich zum Thema Raum und Zeit führt.

Die Kurzsichtigkeit der Demokratie

Für das schlechte Abschneiden liberaler Staaten bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich zahlreiche wirtschaftliche, soziale und auch psychologische Erklärungen finden. Ich sehe es als meine Aufgabe, mich auf die Erklärungen zu konzentrieren, die mit möglichen Defiziten der liberalen Demokratie als solcher im Zusammenhang stehen.

Eine der historischen Schwächen der Demokratie, die von mehreren aufeinanderfolgenden Generationen politischer Theoretiker von Jean-Jacques Rousseau bis hin zu Robert Dahl und Wolfgang Merkel diskutiert wurde, ist die Schwierigkeit, die räumliche und zeitliche Dimension der Moderne angemessen zu erfassen. Die Demokratie stand aus zwei Hauptgründen niemals im Einklang mit Zeit und Raum: Erstens besteht die Demokratie auf der Ebene der Nationalstaaten, während viele Probleme lokal oder transnational verankert sind. Transnationale Herausforderungen wurden von den Demokratien stets relativ schlecht bewältigt, weil sie Lösungen erforderten, die über den Einflussbereich einer bestimmten Demokratie hinausgingen. Selbst in der Europäischen

Union existiert über die Nationalstaaten hinaus keine vollwertige Demokratie.

Zweitens gibt es immer mehr Hinweise darauf, dass Demokratien systematisch die Gegenwart in den Vordergrund stellen und nur einen relativ kurzen Zeithorizont für die Bewältigung der Probleme aufweisen. Das liegt daran, dass die Demokratie der aktuellen Wählerschaft verhaftet ist. Darüber hinaus wird der zeitliche Horizont der Demokratie durch die Wahlperioden von maximal vier oder fünf Jahren bestimmt. Daher werden Probleme, die langfristiges Engagement erfordern, vernachlässigt, was sich vor allem nachteilig auf die künftigen Generationen auswirkt. Aktuelle Probleme nicht prioritär anzugehen, ist für gewählte Politiker quasi selbstmörderisch, und so lassen sie zwangsläufig immer höhere Staatsschulden oder eine fortschreitende Umweltzerstörung zu.

Diese Kurzsichtigkeit der Demokratie in Bezug auf Zeit und Raum ließ sich vor dem Aufkommen des Internets noch gut handhaben. Dieses ließ die Welt aber »flach« erscheinen und beschleunigte ihr Tempo ungemein. Heute tun sich die Demokratien vor allem mit dem »Turbokapitalismus« schwer, der schnell und auf globaler Ebene funktioniert und kaum Beschränkungen unterworfen ist. Zum Teil ist dies auf den Deregulierungseifer neoliberaler Politikerinnen und Politiker zurückzuführen, doch nicht ausschließlich: Als Top-Manager von KI-Unternehmen den Regierungen ein sechsmonatiges Moratorium für die Entwicklung dieser Technologie vorschlugen, stieß dieses Ansinnen eher aus praktischen als aus ideologischen Gründen auf taube Ohren. Sechs Monate sind zwar eine lange Zeit für KI-Spezialisten, doch kann eine Demokratie innerhalb dieses Zeitraums nur wenig bewirken. Hinzu kommt, dass eine wirksame Regulierung der künstlichen Intelligenz nicht nur auf nationaler, sondern auf globaler Ebene erfolgen müsste. Wozu diese Unfähigkeit, die neue Technologie zu regulieren, führt, lässt sich leicht vorhersagen. Man stelle sich vor, die Regierungen hätten es vor einem Jahrhundert versäumt, das rasche Wachstum des Luftverkehrs zu regulieren.

Oder denken Sie an das viel diskutierte Thema der Migration. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Bekämpfung der Migrationsursachen wie Armut, Krieg oder Klimawandel

größere Wirkung zeigt als der Bau von Mauern oder die Verfolgung von Schleppern, die Menschen über Land- oder Seegrenzen schmuggeln. Die Bekämpfung der Fluchtursachen erfordert jedoch ein langfristiges multilaterales Engagement nicht nur von Staaten, sondern auch von Unternehmen, internationalen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen. Die Messlatte für demokratische Nationalstaaten, die sich für eine zwar umsetzbare, doch unwirksame Politik der Grenzkontrollen entscheiden, liegt damit ziemlich hoch. Folglich kommt es geradezu zwangsläufig zu Enttäuschungen, die öffentliche Unzufriedenheit schüren – die sich wiederum illiberale Parteien zunutze machen.

Die illiberale Alternative

Aus der obigen Analyse könnte man schließen – und das geschieht auch recht häufig –, dass an die Stelle der Demokratie zukünftig die Autokratie treten müsse. In Europa mit seiner symbolischen Bindung an die Demokratie, die stärker ist als in einigen anderen Regionen der Welt, wird dieser Ansatz als Wahl zwischen illiberaler und liberaler Demokratie dargestellt. Der Begriff der illiberalen Demokratie trägt jedoch einen Widerspruch in sich. Ein Regierungssystem, in dem die Rechte der Wahlverlierer nicht gewahrt werden, kann nur als autoritär, also undemokratisch bezeichnet werden. Demokratie ist nur möglich, wenn die bei Wahlen Unterlegenen ihre Niederlage anerkennen. Dies können sie, weil es Bestimmungen gibt, die ihre Rechte schützen. Diese ergeben sich aus gemeinsam vereinbarten Verfahren (in erster Linie der Verfassung), Kontrollmechanismen, unabhängigen Medien und einem Kanon von Grundfreiheiten, die die obsiegenden Parteien achten sollen. Respektiert die Mehrheit die Rechte der Minderheiten nicht, rebellieren Letztere, und die Ordnung kann nur mit Gewalt aufrechterhalten werden – der Regelfall bei illiberalen Regierungen.

Noch wichtiger für den Hintergrund unserer Debatte: Die Ablösung der liberalen durch die illiberale Demokratie scheint zu keiner Steigerung der Qualität und Effizienz des Regierungshandelns zu führen. Autokratische, geschweige denn absolute Macht

korruptiert, ist anfällig für Fehler und Irrtümer und entspricht nicht dem Willen des Volkes. Am deutlichsten wird dies, wenn wir die enttäuschende Bilanz der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán in Augenschein nehmen. Einst europäischer »Tigerstaat«, ist Ungarn heute das zweitärmste Land der Europäischen Union (laut Eurostat-Daten aus dem Jahr 2022), mit im Vergleich zu anderen Staaten der Region niedrigeren Geburtenraten und einer kürzeren Lebenserwartung. Auch in anderen Ländern fällt die Bilanz illiberaler Politikerinnen und Politiker nicht besser aus – dort werden die Themen Migration, Wachstum und Sicherheit offenbar nicht so gut gehandhabt wie noch während der Wahlkampagnen versprochen. Grund hierfür ist, dass der illiberale Umgang mit Zeit und Raum noch unzureichender ist als im Falle der liberalen Demokratie. Schnelles Regierungshandeln, das frei von allen liberalen Zwängen ist, reicht nicht aus. Was nottut, ist ein schnelles, jedoch kluges Handeln, das in der Regel eine öffentliche Aushandlung unter Einbeziehung regierungskritischer Stimmen erfordert.

Noch problematischer ist der illiberale Umgang mit der Komponente des Raums. Als Lösung für den Prozess der Entgrenzung wollen illiberale Politiker die Macht von internationalen Institutionen und Märkten wieder zurück in die nationalen Hauptstädte verlagern. Doch das ist leichter gesagt als getan, wie die Kosten des Brexits deutlich zeigen. Globalisierung und Internationalisierung sind keine Ideologie, sondern ein von der technologischen Modernisierung angetriebener Prozess, der den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt – wenn auch in ungleichem Ausmaß. Kann man sich eine wirksame Kriegsführung, eine solide Finanzpolitik oder eine gute medizinische Versorgung ohne das Internet vorstellen? Wollten souveränistische Regierungen die Globalisierung und andere Formen der transnationalen Vernetzung abschaffen, müssten sie das Internet abschalten, anstatt Mauern an ihren Grenzen zu errichten und nationale Industriechampions zu stärken, deren Top-Management aus den Reihen ihrer politischen Freunde stammt.

Eine nativistische und souveränistische Propaganda mag kurzfristig Wahlentscheidungen beeinflussen. Langfristig aber müssen Autokraten ebenso wie Demokraten dafür sorgen, dass die Menschen ein relativ sicheres und angenehmes Leben führen

können. Mythen über die glorreiche Vergangenheit von Nationalstaaten zu kultivieren, die effektiv von aufgeklärten Aristokraten regiert wurden, scheint als Lösung nicht mehr angemessen für die hochgradig interdependente Welt von heute, in der sich kulturelle, wirtschaftliche und rechtliche Grenzen auflösen und die Kommunikation einen grenzenlosen und unmittelbaren Charakter aufweist.

Die Probleme der Autokraten lösen jedoch nicht notwendigerweise die Probleme der Liberalen. Diese können sich nicht nur auf die Heuchelei und das Versagen Ersterer berufen. Sie müssen auch unter Beweis stellen, dass sie selbst in der Lage sind, öffentliche Güter im Sinne der liberalen Programmatik bereitzustellen. Solange die Liberalen ihre Regierungsbilanz nicht verbessern können, wird immer eine Nachfrage nach einer gewissen Kategorie von Populisten bestehen, die bessere Ergebnisse versprechen. Daraus lässt sich die Grundfrage ableiten: Wie kann die Demokratie gestärkt werden, damit sie effektiv mit der neuen Welt umgehen kann? Da ich mir eine Welt ohne Demokratie gut vorstellen kann, aber nicht ohne Internet, muss sich die Demokratie an das digitale Universum anpassen und nicht umgekehrt. Ist das auf liberale Weise möglich?

Wege zu einem liberal-demokratischen Gemeinwesen

In ihrer langen Geschichte hat sich die Demokratie schon mehrmals an eine sich wandelnde Welt angepasst, und es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sie das nicht noch einmal vollbringen kann. Ursprünglich war die Demokratie auf Stadtstaaten wie Athen beschränkt. Als es für die Städte schwierig wurde, ihren Einfluss über ihre Mauern hinaus geltend zu machen, war das aber nicht das Ende der Demokratie. Stattdessen wurde sie auf eine größere Einheit übertragen, die den daraus entstehenden Druck besser abfedern konnte: den Nationalstaat.

Auch die Demokratie als solche hat sich in diesem Prozess verändert: Sie ist repräsentativer und transparenter geworden, sie schützt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und die Rechte der Minderheiten. Sie ist also auch immer liberaler geworden. Fällt

es den Nationalstaaten nun schwer, mit dem »flachen« digitalen Raum umzugehen, ist die Demokratie gehalten, Staatsgrenzen zu überwinden und konkret auf lokaler und transnationaler Ebene aktiv zu werden. Daraus entstünde wohl keine Gefahr für die liberalen Werte, denn die lokalen Regierungen stehen den Bürgerinnen und Bürgern näher als die der Nationalstaaten.

Internationale Organisationen wie die EU verteidigen hingegen nachweislich die Rechtsstaatlichkeit, unterstützen weniger entwickelte Regionen und schützen Minderheiten innerhalb der Nationen. Der Übergang zu einer echten Multi-Level-Governance würde von den Staaten den Verzicht auf ihr Entscheidungs- und Ressourcenmonopol fordern. Daran ist aber nichts illiberal. Gegenwärtig steht es den Nationalstaaten sogar frei, innerhalb der EU gegen die meisten wichtigen Entscheidungen ein Veto einzulegen und über die Höhe des gemeinsamen Haushalts zu entscheiden – und sie nehmen dieses Recht auch häufig wahr. Triebfeder für ihr Handeln ist dabei eher der nationalistische als der libertäre Aspekt – mit nachteiligen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger auf dem gesamten europäischen Kontinent.

Wie aber steht es um die Kontrolle der Zeit in der Ära des Digitalen? Studien zufolge hat die Digitalisierung flexible informelle Netzwerke auf Kosten hochinstitutionalisierter und starrer Staaten gestärkt – aus dem einfachen Grund, dass Netzwerke schneller und kreativer als Staaten auf die neue, mit viel höherer »Drehzahl« laufende Welt reagieren können. Die Befürworter des Status quo führen an, dass Netzwerke im Gegensatz zu Staaten nicht demokratisch seien und ihre Macht daher beschnitten werden sollte.

Ich möchte die gegenteilige Strategie vorschlagen, allerdings mit einigen wichtigen Einschränkungen. Natürlich wäre es falsch, verschiedene Arten von kriminellen Netzwerken zu stärken, aber es gibt auch viele Netzwerke, die nachweislich öffentliche Güter bereitstellen – und dies oft besser als Nationalstaaten. Denken Sie beispielsweise an Umwelt- oder humanitäre Nichtregierungsorganisationen, globale Städtenetzwerke oder auch die EU selbst, die jenseits der althergebrachten Abkommen und Verträge zunehmend wie ein Netzwerk agiert. Zugegebenermaßen dürften Netzwerke flexibler und informeller als Nationalstaaten sein, doch ist dies

in einer sich mit immer höherer Geschwindigkeit bewegenden Welt eher von Vorteil. Informelle regionale Zusammenschlüsse von öffentlichen und privaten Akteuren wie die niederländische Randstad oder das deutsche Ruhrgebiet zeigen, wie man geschickt – und dabei demokratisch – mit den wichtigsten Aspekten von Gesundheit, Energie, Migration, Bildung und Umwelt umgehen kann. In gewisser Weise bilden diese Netzwerke bereits eine fünfte Säule der Demokratie – neben den Gerichten, den Parlamenten, dem öffentlichen Dienst und den Medien. Uns obliegt es, Wege zu finden, sie in die Gestaltung der öffentlichen Politik auf liberale Weise einzubeziehen. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Auf- und Verteilung von Macht, um je nach Kontext und Thematik reaktionsfähiger und wirkmächtiger werden zu können.

Die liberale Programmatik für die Gestaltung des Wandels besteht nicht darin, eine Utopie zu verwirklichen. Für Liberale ist der Weg zum zukünftigen Ziel genauso wichtig wie das Ziel an sich. Bei unserem Voranschreiten in diese Richtung sollten wir uns von öffentlichen Entscheidungsprozessen, Aus- und Verhandlungen leiten lassen. All dies muss sich aber keineswegs auf die Nationalstaaten beschränken. Teil des Prozesses sollten auch lokale und transnationale Akteure sein – unabhängig von der Ausprägung ihres (in)formellen Charakters. Diese sprechen für räumliche Zugehörigkeiten und Zeitperspektiven, die der digitalen Ära besser gerecht werden als die der Nationalstaaten – unabhängig vom Grad ihrer demokratischen Verfasstheit.

Aus dem Englischen übersetzt von Steffen Walter

Die Politik der Statusangst

Sabine Döring

Der Erfolg des Populismus speist sich aus einem komplexen Geflecht gesellschaftlicher Umbrüche: Globalisierung und ökonomische Umbrüche, Migration, Wertepluralismus und tiefgreifender sozialer Wandel nähren bei vielen Menschen das Empfinden, ihre vertraute Lebensweise sei im Niedergang oder zumindest akut bedroht. Dieses Gefühl verstärkt sich durch den verbreiteten Eindruck, nicht gehört zu werden und »abgehängt« zu sein. Eine Analyse dieser »Gefühle« ist Voraussetzung, um zu verstehen, wie populistische Akteure darauf aufbauend komplexe Begriffsschemata entwickeln, die Bedrohungserzählungen systematisieren und politisch instrumentalisieren.¹ Solche Schemata lassen sich als Ordnungssysteme begreifen, die Wahrnehmung und Interpretation politischer Wirklichkeit strukturieren, indem sie zentrale Kategorien (neu) besetzen und moralisch aufladen. Im Kern, so meine These, verwandeln sie Unsicherheit und Angst in ein Gefühl eigener Größe: Durch »Angstschemata« entsteht ein emotional fundiertes Begriffssystem gruppenbezogener Überlegenheit bis hin zu enthusiastischem Heroismus. Um solchen Angstschemata zu begegnen, so werde

1 Döring, Sabine (2009): Philosophie der Gefühle. Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Davidson, Donald (1973–1974): On the Very Idea of a Conceptual Scheme. In: Proceedings and Addresses of the American Philosophical Association 47, S. 5–20; Haslanger, Sally (2012): Resisting Reality: Social Construction and Social Critique. Oxford: Oxford University Press; Kukla, Rebecca and Mark Lance (2009): ›Yo!‹ and ›Lo!‹: The Pragmatic Topography of the Space of Reasons. Cambridge, MA: Harvard University Press.

ich argumentieren, müssen wir das Thema Selbstachtung zum integralen Bestandteil liberaler Politik machen.

»Populismus« verstehe ich hier im weitesten Sinn als den dogmatischen Anspruch, den »wahren Volkswillen« bzw. den »gesunden Menschenverstand« zu vertreten. Mit diesem Anspruch präsentiert der Populist das eigene Schema nicht bloß als alternative Sichtweise, sondern als einzig legitime Ordnung – was als solches bereits eine antipluralistische und damit illiberale Grundhaltung impliziert. Der Populist entwirft mit seinem Bezug auf *das* Volk ein exklusives Zugehörigkeitsversprechen: die Mitgliedschaft in einem imaginären Club. Im Rechtspopulismus ist diese Mitgliedschaft Ausdruck einer vermeintlich »natürlichen« Ordnung: Sie fällt dem Mitglied aufgrund bestimmter »natürlicher Merkmale« (z. B. Nationalität, Religion oder Ethnie) unmittelbar zu; sie muss nicht erworben werden. Essenzielles Charakteristikum des Clubs ist die vermeintliche Überlegenheit seiner Mitglieder.

Ist der Neoliberalismus schuld am Populismus?

Sowohl der Rechts- wie der Linkspopulismus setzen bei vielfältigen Ängsten um den Verlust des eigenen Status an. Mikko Salmela und Christian von Scheve haben hier mit ihrem Ressentiment-Ansatz einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie den Blick auf die affektive Dimension des Populismus lenken.² Sie argumentieren, dass zeitgenössische »neoliberale« Gesellschaften Gefühle von Unsicherheit, Ohnmacht und Wertlosigkeit sowie die Furcht vor Status- und Wohlstandsverlust hervorriefen. Diese Gefühle führten, so ihre These, zu tatsächlicher oder antizipierter Scham, die über einen emotionalen Mechanismus verdrängt werde, den die Autoren in Anlehnung an Friedrich Nietzsche als »Ressentiment« bezeichnen. In der Folge transformiere sich Scham in Zorn, Groll

-
- 2 Salmela, Mikko und Scheve, Christian von (2017): Emotional Roots of Right-Wing Populism. In: Social Science Information 56, S. 567–595; dies. (2018): Emotional Dynamics of Right- and Left-wing Political Populism. In: Humanity & Society 42, S. 434–454.

oder Hass gegenüber »Outgroups« (etwa Geflüchtete, Migranten, Langzeitarbeitslose, politische und kulturelle Eliten oder »Mainstream«-Medien).

Unklar bleibt dabei zum einen, was die Autoren unter »Neoliberalismus« verstehen. Offenbar ist damit so etwas wie »marktradikal« (vielleicht in der Folge Friedrich August von Hayeks und der »Chicago Boys«?) gemeint – eine Bedeutung, die im Gegensatz zum wohldefinierten historischen Neoliberalismus der 1930er und 1940er Jahre, einschließlich des Ordoliberalismus der Freiburger Schule steht, aus der diese ökonomische Begriffsschöpfung stammt und die den Markt gerade staatlich einhegen wollte.³ Zeichnet nicht ausgerechnet der von Salmela und von Scheve verfeimte »Neoliberalismus« in Gestalt der sozialen Marktwirtschaft der deutschen Nachkriegszeit exemplarisch verantwortlich für eine Epoche der Gemeinwohlorientierung und des sozialen Ausgleichs? Einer Epoche der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, in der jeder »das Gefühl entwickeln« konnte, »nicht mehr ganz »unten« zu sein, sondern an der Fülle und dem Luxus des Daseins schon teilhaben zu können«?⁴

Inzwischen hat sich in der Umgangssprache eingebürgert, mit dem Kampfbegriff »Neoliberalismus« eine Politik der Deregulierung, Privatisierung und Einschränkung sozialer Leistungen zu bezeichnen, die in den 1970er Jahren als Gegenreaktion zur »etatistischen Sklerose« westlicher Ökonomien aufkam und mit Namen wie Magarete Thatcher und Ronald Reagan verbunden wird. In Kontinentaleuropa stehen beide Lesarten nebeneinander.

Offensichtlich hat die *ökonomische* Besserstellung der Schlechtergestellten den Aufstieg der Rechten nicht verhindert.⁵ Salmela und

3 Krieger, Tim und Nientiedt, Daniel (2022). Der Ordoliberalismus: Begriff, historische Entwicklung und gegenwärtige Debatte. In: WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium, S. 27.

4 Schelsky, Helmut (1954): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Stuttgart: Ferdinand Enke, S. 224.

5 Rawls, John (1999): A Theory of Justice. Rev. ed. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 65f.

von Scheve legen denn auch den Akzent nicht auf *absolute* materielle Not und Prekarität, sondern auf den *relativen* ökonomischen Status: Ressentiment entstehe aus dem Gefühl, im Vergleich zu anderen zurückgesetzt und entwertet zu sein. Aber auch das greift zu kurz, denn noch wichtiger ist die Veränderung des ökonomischen Status: Das Referenzszenario ist demnach nicht allein der höhere Status *anderer*, sondern der *eigene* vormalige Status.⁶

Rein ökonomische Erklärungen tragen nicht weit genug. In Ostdeutschland etwa, wo die AfD stärker ist als in westdeutschen Ländern, ist der Lebensstandard stark gestiegen (das BIP/Kopf hat sich seit 1991 im Westen ohne Berlin lediglich verdoppelt, im Osten ohne Berlin jedoch vervierfacht; auch in den letzten zehn Jahren ist das BIP/Kopf im Osten noch stärker gewachsen als im Westen: $\approx 32\%$ vs. $\approx 42\%$)⁷ und die Einkommensungleichheit ist niedriger (Gini-Koeffizient $\approx 0,26$ gegenüber $\approx 0,30$ im Westen).⁸ In den USA entschied sich 2024 eine Mehrheit gegen Einkommensumverteilung und Gleichheit für eine Politik, die Salmela und von Scheve vermutlich als »neoliberal« klassifizieren würden, obwohl diese

-
- 6 Empirisch bestätigt dies die Hertie-Studie zur intergenerationalen Statusmobilität: Junge Menschen wählen signifikant häufiger rechtspopulistisch, wenn sie im sozialen Status unter das Niveau ihrer Eltern fallen. Vgl. dazu Hertie School/University of British Columbia (2021): Downward Mobility Drives Support for Far Right in Europe, »<https://www.hertie-school.org/en/news/detail/content/downward-mobility-drives-support-for-far-right-in-europe>« (Letzter Zugriff: 03.09.2025).
 - 7 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung, Mikrozensus 2023. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Gemeinsames Statistikportal, »<https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-10-weniger-ungleichheiten/gini-koeffizient-zur-einkommensverteilung>« (Letzter Zugriff: 13.09.2025).
 - 8 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2024. Tabelle 3.1. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Gemeinsames Statistikportal, »<https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung#alle-ergebnisse>« (Letzter Zugriff: 13.09.2025).

ihnen zufolge doch gerade für Ressentiment verantwortlich sein soll.

Unabhängig davon, ob ein bestimmtes Maß an Ungleichheit gerechtfertigt erscheint oder nicht, tragen wahrgenommene oder gemessene Ungleichheit und ökonomischer Druck maßgeblich zum Aufstieg sowohl des Rechts- als auch des Linkspopulismus bei. Dabei ist zu unterscheiden zwischen vertrauten, als Teil der »natürlichen Ordnung« eingepreisten Statusunterschieden, die der Linkspopulist adressiert, und »neuen«, »modernen«, als unbekannt, bedrohlich und ungerecht wahrgenommenen Statusunterschieden, die Ansatzpunkte der Rechtspopulisten sind. Doch ökonomische Ungleichheit ist nur *eine* von vielen Ursachen für Gefühle der Unsicherheit oder des »Abgehängtseins«, die populistische Akteure aufgreifen und instrumentalisieren. Salmela und von Scheve betonen zu Recht die Angst vor Statusverlust. Doch »Status« umfasst ebenso Merkmale wie Nationalität, Ethnie, Religion, Sprache, traditionelle Geschlechter- und Familienhierarchien oder Bildung bis hin zur Erfahrung Älterer, mit den Jüngeren nicht mithalten zu können. Um dem Rechnung zu tragen, sei hier der Begriff der *multidimensionalen Prekarität* verwendet.⁹ Im Anschluss an Pierre Bourdieu umfasst sie ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital;¹⁰ anknüpfend an Axel Honneth schließt sie zudem eine moralische Dimension ein, die aus Missachtungserfahrungen und der Entwertung von Lebensweisen resultiert.¹¹ Jede einzelne Dimension eines gefühlten Statusverlusts bietet einen

-
- 9 Vgl. aber auch bei Sen, Amartya (1999): *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press und Knopf, Alfred und Butler, Judith (2004): *Precarious Life: The Powers of Mourning and Violence*. London/New York: Verso.
 - 10 Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: Kreckel, Reinhard (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
 - 11 Honneth, Axel (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp und ders. (2010): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Ansatzpunkt für Populisten, ausgeschlachtet zu werden – und wird es auch, indem sie jeweils korrespondierende Angstschemata gezielt erzeugen und in ihr begriffliches Deutungsrastrer einfügen.

Angstschemata

Obwohl Statistiken zeigen, dass die Zahl der Gewaltdelikte in Deutschland rückläufig ist, nimmt die Angst davor zu: Objektive Sicherheitsindikatoren und subjektives Sicherheitsempfinden klaffen auseinander. »Sicherheit«, so konstatiert Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul treffend, »ist nicht nur ein Fakt, sondern auch ein Gefühl«.¹²

Dieser Widerspruch zwischen Fakten und Gefühl erklärt sich dadurch, dass Emotionen wesentlich *Bewertungen* (z. B. als gefährlich) sind. Als »dichte Begriffe« sind sie nicht unabhängig von objektiven Eigenschaften der Welt; doch die evaluative Dimension einer emotionalen Bewertung bestimmt ihre Extension.¹³ Damit sind evaluativer und deskriptiver Gehalt emotionaler Wertbegriffe (wie ärgerlich, beneidenswert, empörend oder eben gefährlich), wie sie die gefühlte Wirklichkeit einer Gruppe oder Gemeinschaft strukturieren und definieren, unauflöslich miteinander verwoben. Außenstehende, die mit emotionalen Wertbegriffen einer Gruppe nicht vertraut sind, können diese daher nicht (vollständig) erfassen.¹⁴ Zudem lässt sich ein emotionaler Wertbegriff nie isoliert

12 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): Ministerin Scharrenbach und Minister Reul: Dunkelfeldstudie soll erstmalig in Nordrhein-Westfalen Gewalt gegen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer erheben, »<https://www.land.nrw/pressemitteilung/ministerin-scharrenbach-und-minister-reul-dunkelfeldstudie-soll-erstmalig-nordrhein>« (Letzter Zugriff: 03.09.2025).

13 McDowell, John (1982): Non-Cognitivism and Rule-Following. In: Holtzman, Steven und Leich, Christopher (Hg.), Wittgenstein: To Follow A Rule. London: Routledge, S. 141–162.

14 Williams, Bernard (1985): Ethics and the Limits of Philosophy. Cambridge, MA: Harvard University Press.

verstehen; er steht stets in Relation zu anderen emotionalen Wertbegriffen und bildet im Zusammenspiel mit weiteren Kategorien ein übergreifendes begriffliches Raster: das umfassende Begriffsschema einer Gemeinschaft.

Am Beispiel der Migrationsdebatte: Einwanderungsgegner und -befürworter vermögen kaum zu erfassen, was die jeweils andere Seite als Bedrohung wahrnimmt, und können daher kaum noch einen sachlichen, wahrheitsorientierten Diskurs führen. So bezeichnen Einwanderungsbefürworter die Helfer von Migranten im Mittelmeer als »Seenotretter«, während dieselben Akteure für Einwanderungsgegner »Schlepper« sind. Wer »Seenotretter« zurückweist, greift damit zugleich das Begriffsschema der Befürworter an; umgekehrt zielt die Ablehnung von »Schlepper« auf das gesamte Begriffsschema der Einwanderungsgegner. Der Streit entzündet sich an Begriffen, aber es geht um die Deutungsordnung *als Ganzes*.

Von der Angst zur Größe: Wie Populisten Abstiegsängste instrumentalisieren

Wie gelingt es dem Populisten, das Bild zu erzeugen, er sei der Einzige, der erkennt, was »das Volk will«, wer »wir« sind, und dass »wir« groß sind und immer groß waren? Wie gelingt es ihm, sich als Einzigen darzustellen, der durchschaut, was uns bedroht, und der im Besitz des Gegenmittels ist?

Die Antwort liegt in der Konstruktion und Instrumentalisierung von Angstschemata: Emotionale Schlüsselszenarien der Angst, die festlegen, was als bedrohlich gilt und wie darauf zu reagieren ist,¹⁵ werden von populistischen Akteuren bewusst selektiert, überformt und in ein umfassendes Begriffsschema integriert. Auf diese Weise gelingt es ihnen, das subjektive Sicherheitsgefühl ihrer Anhänger von objektiven Indikatoren abzukoppeln und Bedrohungen in ihrem Sinne zu inszenieren.

15 de Sousa, Ronald (1987): *The Rationality of Emotion*. Cambridge, MA: MIT Press.

Entscheidend ist dabei, so die These dieses Beitrags, ein im Kern antipluralistischer Mechanismus der *Bedrohungspolarisierung*: Nicht alle Ängste werden aufgebauscht, sondern gezielt jene herausgegriffen, die sowohl Opfer- als auch Größe-Inszenierungen stützen, insbesondere solche, vor denen die herrschende Elite angeblich keinen Schutz bietet. Andere Ängste, etwa vor Klimawandel oder Umweltzerstörung, werden hingegen relativiert und als bloße Instrumente einer manipulativen Elite umgedeutet. Darin liegt der systematische Grund für die Verschwörungslastigkeit populistischer Diskurse: Das im pluralistischen Diskurs als unanständig geltende fundamentale Untergraben von *Vertrauen* in die bestehende politische Führung, demokratische Institutionen, Wissenschaft und Wirtschaft (etwa den Bankensektor) fungiert als emotionaler Gegenpart zur geschürten Angst.

Der emotionale Mechanismus ist zweistufig. Im ersten Schritt wird die Bedrohung als unverdient oder ungerecht inszeniert und damit die Opferrolle etabliert. Im zweiten Schritt erfolgt die Umdeutung der Opferrolle in eine Position souveräner Meisterschaft: vom passiven Spielball zur überlegenen Instanz, die durchschaut, wie die Bedrohungen entstehen und wie sie zu meistern sind, d. h. die über vermeintliche Handlungskompetenz verfügt. Dieser Schritt korrespondiert mit einer heroischen Definition des »Wir« (basierend etwa auf Nationalität, Religion oder Ethnie), die die Legitimation bereitstellen soll, die Interessen des eigenen Klubs (anknüpfend an James M. Buchanan) über die anderer zu stellen.¹⁶

Im Effekt werden »negative« Emotionen wie Angst, Ohnmacht oder Scham in ein »positives« Gefühl der Größe und Überlegenheit transformiert – ein Mechanismus, der aus Angst *Angstlust* macht und an Kants Analyse des Erhabenen erinnert, wo die anfängliche Bedrohung oder Überwältigung in ein Bewusstsein der eigenen Erhabenheit umschlägt.¹⁷

16 Buchanan, James M. (1965): An Economic Theory of Clubs. In: *Economica* (New Series), Band 32, Nr. 125, S. 1–14.

17 Ausführlich in Döring, Sabine (2020): How Safe Should We Feel? On the Ethics of Fear in the Public Sphere. In: Schmidt, Sebastian und Ernst, Gerhard

Eindrucksvoll illustriert Sebastian Haffner in seiner *Geschichte eines Deutschen*, wie viele seiner Generation (zu jung, um an die Front zu müssen) den Ersten Weltkrieg nicht mit Furcht, sondern im Rahmen eines Begriffsschemas eines enthusiastischen Heroismus erlebten, getragen von der Überzeugung, Deutschland könne nur als verdienter Sieger hervorgehen.¹⁸ Dieses Schema stiftete kollektiven Sinn und emotionale Verankerung in Angstlust, die nach dem Schock der unerwarteten Niederlage in Tollkühnheit umschlug und damit den Boden für den Nationalsozialismus bereitere.

Feindseligkeit gegenüber »den Anderen« ist damit nicht der Ursprung, sondern das Ergebnis eines Prozesses, der aus Angst zunächst Opferstatus und sodann Überlegenheitsstatus generiert. Scham und Ressentiment spielen dabei zwar eine Rolle, doch sind sie *Folgeemotionen*, die erst auf der vorgelagerten Angst- und Opferinszenierung aufbauen.

Was tun?

Wenig überraschend bin ich der Auffassung, dass es ohne die Fokussierung auf die den populistischen Angstschemas zugrunde liegenden Statusverlustängste keine erfolgreiche Strategie gegen den Populismus geben kann (auch wenn es weitere wichtige Faktoren gibt wie z. B. mangelhafte Problemlösekompetenz der Regierungen oder unzureichende Partizipation). Während die Forschung Statusverlustängste bislang vor allem *diagnostiziert*, fehlt eine systematische *Strategietheorie* zum Umgang mit ihnen, zumal der Fokus meist einseitig ökonomisch bleibt, obwohl, wie gezeigt, »Status« multidimensional zu verstehen ist. Dazu soll die hier vorgelegte Analyse populistischer Angstschemas einen ersten Beitrag leisten.

(Hg.), *The Ethics of Belief and Beyond: Understanding Mental Normativity*. London: Routledge, S. 215–233.

18 Haffner, Sebastian (2000): *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*. München: DVA.

Vor dem Hintergrund der multidimensionalen Prekarität ergibt sich: Lösungen können nicht darin bestehen, begehrte Aufwertungen auf Kosten anderer zu gewähren (etwa indem Männer über Frauen, Weiße über Nichtweiße gestellt werden, »den Reichen« Reichtum entzogen wird usw.). Genau dieses Rezept exklusiver Statussicherung kennzeichnet den Populismus: Anerkennung und Aufwertung nur für den eigenen Klub.

Der bloße Appell an universalistische Werte gibt Stolz und Selbstachtung nicht zurück; vielmehr wurde die liberale Diskurshegemonie zu einem Hauptangriffsziel, das als Einschränkung der Meinungsfreiheit, ja als neuer Totalitarismus oder Verschwörung gelesen wird.

Was besorgte Liberale bislang unternommen haben, lässt sich holzschnittartig als eine Kombination aus der Anhebung des ökonomischen Status der am schlechtesten Gestellten und der Herstellung einer Diskurshegemonie in der bisherigen Form, armiert durch die Stigmatisierung rechtspopulistischer Positionen, beschreiben. Doch dies hat den Aufstieg des Rechtspopulismus offenkundig nicht zu verhindern vermocht. Die entscheidende Frage lautet daher, wie Selbstachtung und Stolz in einer Weise wiederhergestellt werden können, die dem Universalismus Rechnung trägt. Universalismus – die Gleichheit des moralischen und rechtlichen Status aller –, als zentrale Errungenschaft der Aufklärung, ist dem klassischen Liberalismus ebenso wesentlich wie die These, dass Freiheit der grundlegende politische Wert sei. Dieses übergreifende liberale Begriffsschema bedarf einer Revision, die auch jene berücksichtigt, die Macht oder Status einbüßen. Die zentrale Frage lautet: *Wie lässt sich erreichen, dass reale und gefühlte Statusänderungen nicht als Nullsummenspiel erscheinen, d. h. jeder Statusgewinn des einen der Statusverlust eines anderen ist?*

Die Herausforderung besteht darin, universalistisch verstandene Freiheit so zu gestalten, dass Status, Stolz, Anerkennung und Selbstwertgefühl nicht in destruktive Asymmetrien kippen, die »totale Verlierer« erzeugen. Rawls eigenem Ansatz folgend, sind gerechte Institutionen wesentlich daran zu messen, ob sie die Selbstachtung aller Bürger sichern, die er als »vielleicht das

wichtigste Grundgut« bezeichnet.¹⁹ Gerechtigkeit verlangt demnach Institutionen, die allen Bürgerinnen und Bürgern die realistische Aussicht eröffnen, sich selbst als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft zu begreifen.

Das Differenzprinzip ließe sich daher im Geiste Rawls' multidimensional verallgemeinern: Umverteilung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn sie den am wenigsten Anerkannten zugutekommt. Doch selbst ein Transfer aller Arten von Kapital löste nicht das Problem, dass es *relative* und nicht *absolute* Prekarität ist (und zwar nicht nur zu *anderen*, sondern auch zum *eigenen* früheren Status), die populistische Affekte nährt. Hier tritt der Grunddissens zwischen Egalitarismus und Liberalismus hervor: Der Egalitarist verwirft nicht nur materielle und politische, sondern letztlich *alle* Statusunterschiede, während der Liberale als Meritokrat den Entzug *verdienter* Unterschiede als illegitimen Freiheitseingriff zurückweist und sie wegen ihrer Anreizfunktion durchaus positiv sieht. Für ihn liegt die Aufgabe darin, die institutionellen Bedingungen zu sichern, unter denen Statusunterschiede nicht in Demütigung und Exklusion umschlagen, sondern mit der Selbstachtung aller vereinbar bleiben. Vielleicht ist der Mensch weniger darauf geeicht, sich zu vergleichen, als das bisher Gesagte nahelegt; vielleicht vermag ein *multidimensionaler Ordoliberalismus* Abstiegsängste hinreichend abzufedern und so ein multidimensionales Prekariat zu verhindern, sodass die verbleibenden Unterschiede als legitim anerkannt werden und Populisten vor leeren Rängen spielen. Darüber weiter nachzudenken, wäre in jedem Fall einen Versuch wert.

19 Rawls, John (1999): A Theory of Justice. Rev. ed. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 65f.

Die Spätphase der liberalen Demokratie?

Alexander Schwittek

Seit rund einem Jahrzehnt gehört die Diagnose einer Krise der liberalen Demokratie zum festen Repertoire öffentlicher und politikwissenschaftlicher Debatten. Spätestens seit Donald Trumps erster Wahl und dem Brexit stapeln sich Beiträge im fatalistischen Sound des Niedergangs. Schon ihre Titel sprechen Bände: *Wie Demokratien sterben*¹, *Die demokratische Regression*², *Demokratiedämmerung*.³ Der Büchermarkt für demokratische Krisendiagnosen wirkt mittlerweile übersättigt und die Debatte zunehmend erschöpft. Oft werden nur noch altbekannte Argumente variiert, ohne neue Impulse zu setzen. Wie die Krise selbst ohne absehbaren Endpunkt fortbesteht, so scheinen auch ihre Diagnostiker gewillt, den Zustand permanenter Alarmbereitschaft aufrechtzuerhalten. Je routinierter die Warnungen jedoch vorgetragen werden, desto weniger scheinen sie zur Klärung der Situation beizutragen. Der Zustand ununterbrochener Alarmbereitschaft hat selbst etwas Stabilisierendes angenommen: Er bewirtschaftet den Diskurs, ohne den politischen Trend umzukehren. Im Gegenteil: Der Stimmenanteil antidemokratischer und illiberaler Parteien wächst nach jeder Wahl weiter.

-
- 1 Levitsky, Steven und Ziblatt, Daniel (2019): *Wie Demokratien sterben*. München: DVA.
 - 2 Schäfer, Armin und Zürn, Michael (2021): *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
 - 3 Selk, Veith (2023): *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.

Folgt man den gängigen Krisenanalysen, entspringt die Gefährdung der liberalen Demokratie vor allem ihrem Inneren. Es sind antilibérale Kräfte und ihre populistischen Führungsfiguren, die wachsende Teile des Elektorats gegen die liberal-demokratische Ordnung mobilisieren. Demgegenüber wirken die Institutionen, Ideen und gesellschaftlichen Funktionseliten des Liberalismus vielerorts ermattet und defensiv. Viele Liberale kämpfen derzeit Rückzugsschlachten mit erheblichen Bodenverlusten: zentrale emanzipatorische Errungenschaften der liberalen Moderne werden schrittweise demontiert.

Der Blick dieses Essays richtet sich jedoch bewusst nicht auf die erklärten Feinde der liberalen Demokratie, sondern auf uns selbst: auf die politischen, akademischen und intellektuellen Milieus, die den Liberalismus verteidigen wollen. Denn gerade hier offenbart sich häufig eine eigentümliche, ja fatale Mischung aus normativer Selbstgewissheit bei gleichzeitiger analytischer wie praktisch-politischer Ratlosigkeit. Die zentrale Frage ist daher nicht mehr, ob sich die liberale Demokratie in einer Krise befindet, sondern ob wir bereit und fähig sind, die Ursachen dieser Krise auch in den eigenen Denkstilen, Selbstbeschreibungen und Handlungsroutrinen aufzuspüren. Dabei geht es nicht um liberale Selbstgeißelung, aber sehr wohl um ein Bewusstsein für die eigene Verstrickung in die Krise, die wir beobachten.

Aus dieser Perspektive lautet meine These: Die Krise der liberalen Demokratie ist kein vorübergehender Ausnahmezustand. Sie verweist vielmehr auf eine mögliche Spätphase dieser Ordnung, eine Phase, in der ihre inneren Widersprüche offen zutage treten und sie ohne grundlegende Selbstkorrektur Gefahr läuft, historisch zu werden. Die leitenden Fragen dieses Essays lauten daher: Befinden wir uns bereits in einer solchen Spätphase der liberalen Demokratie? Welche strukturellen, materiellen und kulturellen Voraussetzungen haben zu dieser Situation geführt? Und welches Umdenken wäre notwendig, um den Niedergang abzuwenden, bevor er unumkehrbar wird?

Vom Gipfel zur Ebene: Der Liberalismus nach 1990

Wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass wir solche Fragen verhandeln? Hatten wir die beste aller möglichen Welten nicht schon erreicht? Francis Fukuyamas »Ende der Geschichte« wurde oft als ein *happy end* vorgestellt. Es war aber als eine Warnung gedacht, an eine Gesellschaft, deren *telos* scheinbar erreicht war. Die neue Gefahr für die liberale Ordnung liegt nach Fukuyama nicht mehr in ihrem äußeren, sondern in ihrem vermeintlichen Sieg. Eine Gesellschaft, die nur noch konsumiert, kommuniziert und kooperiert, kennt – wie Nietzsches »letzter Mensch« – keine höheren Ziele mehr.⁴ Damit aber provoziert die liberale Ordnung die Rückkehr des *thymos*, jenes Bedürfnisses nach Anerkennung und Kampf, das sie selbst nicht stillen kann. Nach dem Ende der großen Erzählungen entstehen, so Fukuyama, neue, oft destruktive Formen der Selbstbehauptung. Das Brecht'sche Wort »Die Mühen der Berge haben wir hinter uns. Vor uns liegen die Mühen der Ebene« schien dementsprechend auf den Liberalismus nach 1990 besonders zuzutreffen. Der ideologische Gipfel war erklommen, der Systemkonflikt entschieden. Doch in diesem Augenblick begann die stille, ermüdende Anstrengung, die Ordnung der Freiheit auszubauen und zu bewahren, ohne einen Feind als klare Kontrastfolie. Wie sich mit den postkommunistischen Erbfolgekriegen, dem Völkermord in Ruanda und spätestens mit 9/11 zeigte, sind die Mühen der Ebene nicht weniger fordernd als die der Berge. Sie sind nur zäher und moralisch diffuser.

Der Glaube jedenfalls, die großen Kämpfe seien ausgefochten und die Ideologien überwunden, hat die Sehnsucht bei vielen hinterlassen, zu jenem imaginierten Endzustand zurückzukehren. Wir waren schon so herrlich weit bis an die Schwelle zum liberalen »Reich der Freiheit« gekommen. Eigentlich brauchten wir nur noch etwas Geduld, bis die unsichtbare Hand des Marktes und die

4 Nota bene: Im Titel der deutschen Ausgabe fehlt bis heute die im englischen Originaltitel enthaltene Anspielung auf Nietzsches »letzten Menschen«, Fukuyama, Francis (2022): Das Ende der Geschichte. Hamburg: Hoffmann und Campe.

sichtbare Hand der Demokratie ihre Segnungen weltweit etablieren würden. Den lästigen Rest – Klimakrise, Armut, Terrorismus und regionale Konflikte – glaubten wir systemintern durch kosmetische Korrekturen beseitigen zu können. In diesem Denken präsentiert sich Geschichte nicht mehr als ein offener Prozess, sondern als etwas, das idealerweise eingefroren gehört. Die Zukunft wird zum Zerrbild einer in die Ewigkeit verlängerten Vergangenheit, die als Norm und Finale deklariert wurde. Das liberale Skript, eine Mischung aus menschenrechtlichem Individualismus, repräsentativer Demokratie, Marktlogik und technokratischer Verwaltungsvernunft, sei zwar nicht perfekt, aber alternativlos und müsse deshalb kompromisslos verteidigt werden. Dieses liberale Ensemble brauchte neben seiner weltweiten Implementierung nur noch ein wenig Feinjustierung und Selbstoptimierung.

Aber dann kamen die Populisten und haben uns kurz vor dem Ziel den Boden unter den Füßen weggezogen. In manchen liberalen Analysen der Krise der liberalen Demokratie erscheint der Populismus nahezu wie eine *Deus-ex-machina*-Schöpfung. Auf einmal schwebte er auf die weltgesellschaftliche Bühne und zerstörte das fast fertige Paradies. Dass aber die liberale Ordnung selbst die Populisten hat heranwachsen lassen, wird zu selten gesehen. Als ob ökonomische Deprivation durch Globalisierung, Finanzkrise und Klimakrise exogene Schocks wären und nicht vielmehr endogene Entwicklungen. Die von diesen Krisen und globalen Trends hart getroffenen Bevölkerungsschichten sind zu Brutstätten für jene geworden, die den liberalen Konsens nicht mehr mittragen. Die antiliberalen Revolte und ihre populistischen Protagonisten sind keine Fremdkörper, sondern Kinder des Systems. Ihr Aufstieg markiert den Moment, in dem die liberalen Verheißungen von Demokratie und Marktwirtschaft auf ihre Schattenseiten prallen: den Verlust ökonomischer Sicherheit, kultureller Zugehörigkeit und sozialer Bindung.

Gegenwärtig hoffen viele Liberale in unseren Reihen, den *Status quo ante* wiederherstellen zu können. In der Retrospektive erscheinen die langen 1990er Jahre als friedliche Zeiten, in denen die innenpolitische Sorge vor allem der postdemokratischen Entleerung

politischer Teilhabe und einer schwindenden Wahlbeteiligung galt.⁵ Inmitten der zweiten Amtszeit Donald Trumps und der Wahlerfolge seiner zahllosen Epigonen auf dem europäischen Kontinent wächst die liberale Nostalgie Tag für Tag. Eine liberalere, freiere und gerechtere Zukunft scheint aus der zeitgenössischen liberalen Perspektive nicht mehr vorstellbar, geschweige denn politisch erreichbar. Die als glücklich verklärte Vergangenheit kolonisiert die Gegenwart und nährt die Angst vor einer schlechteren Zukunft. Der Liberalismus, der doch untrennbar mit der aufklärerischen Geschichtsphilosophie des Fortschritts verschmolzen sein sollte, wirkt heute eher wie ein konservatives Fossil der Fortschrittsverweigerung.

Gefangene der eigenen Alternativlosigkeit

Dabei scheint heute ein erheblicher Teil der liberalen Intelligenzija in den Fesseln eines liberalen Realismus gefangen zu sein. Der Begriff des liberalen Realismus lässt sich komplementär zu dem von Mark Fisher beschriebenen kapitalistischen Realismus verstehen.⁶ Während Fisher konstatiert, dass es heute »leichter ist, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus«, behauptet der liberale Realismus mit ähnlicher ideologischer Wucht, dass es keine vorstellbare Alternative zum Ensemble liberaler Institutionen gebe. Beide fungieren als hegemoniale Deutungsrahmen, die das bestehende System nicht nur legitimieren, sondern als natürliche Ordnung der Dinge erscheinen lassen. Während im kapitalistischen Realismus der Markt als einzig denkbare Form wirtschaftlicher Organisation gilt, funktioniert der liberale Realismus nach einem ganz ähnlichen Muster: Die liberale Demokratie wird nicht nur bevorzugt, sondern als zivilisatorisch höchste und geschichtsphilosophisch zwangsläufige politische Ordnung verstanden.

5 Pars pro toto: »Auch wenn die Demokratie nicht tot ist, die Parlamente sind es sicherlich«. In: Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch. München: C.H. Beck, S. 72.

6 Fisher, Mark (2017): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg: VSA Verlag.

Die spezifische Differenz zwischen den beiden Konzepten liegt aber darin, dass ein Ende des Kapitalismus vielleicht unvorstellbar geworden ist, ein Ende der liberalen Demokratie hingegen sehr wohl. In diesem Sinne sind wir nach wie vor in der Fukuyama-Welt verwurzelt. Dies gilt gleichermaßen für konservative Liberale des Kalten Krieges wie für die linken Dritter-Weg-Liberalen. Sie lächeln vielleicht abschätzig über Fukuyamas vulgärhegelianische Geschichtsphilosophie, schmuggeln aber unterschwellig immer wieder seine ursprüngliche These des Endes der Geschichte in Demokratie und Marktwirtschaft in die eigene Analyse. Anstatt berechtigte Kritik an der evidenten Dysfunktionalität des liberalen Skripts als Chance zur Selbstreflexion zu begreifen, verfallen wir Liberale oft in eine konservative Wagenburgmentalität. Kritik wird häufig pauschal delegitimiert oder pathologisiert. Was nicht im Horizont des Bestehenden liegt, gilt als naiv, gefährlich oder irrational. Als liberale Realisten sind wir selbstverständlich unideologisch, die vernünftige Mitte, und repräsentieren die einzig mögliche Ordnung in Anbetracht der Krisensymptome. Sowohl normativ als auch diagnostisch sehen wir uns im Recht. Dass die schwindende Zustimmung vieler Bürgerinnen und Bürger zum real existierenden Liberalismus ursächlich mit der ökonomischen und sozialen Stagnation sowie dem verbreiteten Gefühl verbunden ist, in einer »Abstiegsgesellschaft« zu leben, wird innerhalb liberaler Diskurse bislang zu selten angemessen reflektiert.⁷ Stattdessen flüchten wir uns zu oft in einen bequemen »Slop-Liberalismus«, der uns einredet, es reiche aus, unsere Werte brav vorzuleben, um die gesellschaftliche Entwicklung schon irgendwie wieder in die richtige Richtung zu drücken.⁸ Angesichts dieser weit verbreiteten liberalen Verweigerungshaltung, die eigenen Grundlagen zu reflektieren, befinden wir uns, wie Oliver Weber aufzeigt, ähnlich wie die

7 Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.

8 Schwitteck, Alexander (2025): Wider den Slop-Liberalismus. In: aevum, Ausgabe 1, S. 8–10, »<https://www.aevumquarterly.de/alexander-schwitteck-wider-den-slop-liberalismus/>« (Letzter Zugriff: 05.12.2025).

politische Elite der römischen Republik in einer Art »Krise ohne Alternative«.⁹

Die römische Lektion: Die Vorgeschichte des Endes als Warnung

Die erhellende Gegenüberstellung der heutigen politischen Situation mit der Spätphase der römischen Republik ermöglicht eine reflektierte Auseinandersetzung mit den Mustern politischer Desintegration, der Rolle charismatischer Führerfiguren und der schleichenden Erosion von Stabilität und Vertrauen in politische Institutionen. Die tiefere Tragik des Vergleichs offenbart sich aber nicht im Aufstieg cäsarischer Figuren, sondern in den Parallelen der intellektuellen und pragmatischen Impotenz der republikanischen Funktionseiten beider Ordnungen. Die »letzte Generation« der römischen Republik war unfähig, auf die lange gewachsenen politisch-institutionellen und sozioökonomischen Probleme mit Strukturreformen zu reagieren, und verschärfte durch das starre Festhalten an den *mos maiorum*, den Sitten der Väter, die Krise nur noch weiter.¹⁰ Zu diesen Problemen gehörten die immer wieder scheiternden Landreformen, die die wachsende Kluft zwischen verarmtem Plebs und wohlhabender *nobilitas* abmildern sollten, die Überdehnung des Reiches, dessen militärische und administrative Kontrolle zunehmend schwieriger wurde, sowie die Tatsache, dass die Institutionen der *res publica* weiterhin nach den Maßstäben eines Stadtstaates funktionierten, obwohl Rom längst ein Weltreich mit komplexen Provinzverwaltungen und neuen Loyalitätsbindungen zu bewältigen hatte. Angesichts dieser strukturellen Probleme könnte man annehmen, dass der Untergang der römischen Republik unausweichlich gewesen sei. Indessen war er es nicht. Historische Situationen sind immer kontingent. Politische Ordnungen brechen

9 Weber, Oliver (2024): Krise ohne Alternative. In: Merkur, Heft 905.

10 Hölkeskamp, Karl-Joachim (2009): Eine politische Kultur (in) der Krise? Die »letzte Generation« der römischen Republik. Berlin: de Gruyter.

nicht aus innerer Notwendigkeit zusammen, sondern sind in prinzipiell veränderbaren Konstellationen verfasst.

Deshalb ist die Vorgeschichte des Endes der römischen Republik lehrreich für die Gegenwart. Der hilflos moralisierende Blick auf die heutigen cäsarischen Figuren macht uns blind für die wesentliche Frage, nämlich was wir als Republikaner anders machen können. Historiker operieren ungern im Irrealis, aber für unsere Zwecke liegt genau in dieser Spekulation das produktive Element des Vergleichs. Der strukturelle Reformbedarf wird zwar auch heute vielfach erkannt, doch bleiben wir ähnlich unfähig, etwa auf sozioökonomische Problemlagen mit institutioneller und reformerischer Tatkraft zu reagieren. Zu oft verbleiben wir im Modus der technokratischen Selbstverwaltung. Hier zeigt sich erneut das Grundproblem des liberalen Realismus: die Unfähigkeit, den eigenen Möglichkeitsraum zu überschreiten. Diese Unfähigkeit spiegelt die Blindheit und Trägheit der römischen Senatoren, sich auf die Krise einzustellen, und ist ein Hinweis auf unsere eigene Selbstblockade.

Diese kommt insbesondere dann zum Vorschein, wenn man wahrnimmt, wie erwartbar und routiniert die Positionen der gesellschaftlichen und politischen Akteure zu ihren jeweiligen Bezugsproblemen sind. Wie einem Drehbuch folgend, oszillieren viele Debatten weiterhin zwischen der unterkomplexen Binarität von »mehr« oder »weniger« Staatstätigkeit. Ein Paradebeispiel, wie der Rahmen der Krise von beiden Seiten einer liberal-konservativen und einer links-liberalen Position nicht verlassen werden kann. Jeder darf dabei auf seinen bequemen Stühlen sitzen bleiben. Politische Debatten werden daher oft noch so geführt, als ob wir uns immer noch in der klassischen Industriegesellschaft befinden. Politische Programme für Digitalisierung, Klimakrise oder Migration wirken deshalb zunehmend antiquiert. Sie passen nicht zu den gegenwärtigen Problemlagen, sehr wohl aber zu der eigenen politischen Farbenlehre.

Aufgrund der geringen Kraft des konventionellen Werkzeugkastens liberaler Demokratien, Antworten auf aktuelle Problemlagen zu liefern, öffnen sich Räume für nicht-liberale Alternativen. Weltweite Beispiele illiberaler Demokratien oder autoritärer

Regime mit marktwirtschaftlicher Effizienz und weitreichenden Konsumfreiheiten zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung durchaus bereit ist, politische Freiheit gegen Stabilität, Wohlstand oder Sicherheit einzutauschen. Die Output-Dimension politischer Legitimität und ihrer Stabilisierungsfunktion ist nicht zu unterschätzen. Zu der »Krise ohne Alternative« der Funktionselite gesellt sich daher auch eine »Krise durch Alternative«.¹¹ Wahlkämpfe demokratischer Parteien, die im Modus des »mit denen wird es noch schlechter« operieren, mögen kurzfristige Wahlerfolge bescheren, aber mittel- und langfristig wird dies nicht ausreichen, um liberal-demokratische Mehrheiten und damit die *libera res publica* zu sichern. Es droht das Schicksal, in »Alternativlosigkeit zu sterben«.¹² Zwar sind die weltweit erprobten Alternativen zum »liberalen Skript« aus vielen Gründen (noch) nicht »reisefähig«, aber sie sind eine Erinnerung daran, wie prekär die eigene Lebensform im Weltmaßstab ist.¹³

Wehrhaftigkeit durch Selbstkorrektur

Der Horizont möglicher Antworten auf die Frage nach der Wehrhaftigkeit der liberalen Demokratie beginnt womöglich genau dort, wo sie am meisten schmerzt: in der Erkenntnis, dass diese Ordnung auf eigentümliche Weise in ihre eigene Krise verstrickt ist und wir selbst Teil davon sind. Sie taumelt nicht nur, weil andere sie stoßen, sondern weil wir über unsere eigenen Füße stolpern. Es wäre ein Akt liberaler Selbstbefreiung, diese Verstrickung nicht länger zu leugnen. Wer den Liberalismus heute ernst nimmt

-
- 11 Linke, Bernhard (2015): Die römische Republik von den Gracchen bis Sulla. Darmstadt: wbv Academic.
 - 12 Tibes, Otmar (2024): In Alternativlosigkeit sterben. In: Politik&Ökonomie, »<https://politischeoekonomie.com/in-alternativlosigkeit-sterben/>« (Letzter Zugriff: 05.08.2025).
 - 13 Zürn, Michael und Stiller, Fritjof (2024): Die notwendige Selbsttransformation des liberalen Skripts. In: Zürn, Michael (Hg.), Zur Kritik des liberalen Skripts. Baden-Baden: Nomos, S. 378–404.

und sein emanzipatorisches Erbe und Potenzial bewahren und weiterentwickeln will, darf ihn nicht als abgeschlossenes Kapitel betrachten. Vielmehr ist er ein Projekt im Modus der ständigen Selbstkorrektur.¹⁴

Wenn die oben entwickelte Krisendiagnose stimmt, darf die Antwort nicht bloß institutionell ausfallen. Sie muss materiell und kulturell ansetzen. Dabei muss das erste Etappenziel sein, das »Reich des kleineren Übels«¹⁵ zu verlassen und die selbstberuhigende Demokratiefolklore à la »Wir Demokraten müssen zusammenstehen« hinter uns zu lassen. Entscheidend ist, dass eine neue liberale Perspektive nicht in der veralteten Gegenüberstellung von politischer Steuerung und marktwirtschaftlicher Dynamik stecken bleibt, sondern ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass diese trotz des zwischen ihnen bestehenden Spannungsverhältnisses einander nicht ausschließen, sondern sich in einem immer wieder neu auszubalancierenden Verhältnis gegenseitig ergänzen und verbessern.

Ezra Klein und Derek Thompson haben in ihrem Werk *Abundance* kürzlich einen Weg aufgezeigt, der aus diesen falschen Alternativen herausführt. Sie fordern eine Politik, die nicht nur auf den Erhalt des Status quo setzt, sondern aktiv eine Welt des Überflusses schafft: bezahlbarer Wohnraum, klimafreundliche Energie, funktionierende Infrastruktur, Forschung und Innovation in großem Maßstab. Es ist ein Plädoyer für einen Liberalismus, der wieder baut, statt nur zu verwalten und zu flicken; der gestaltet, statt lediglich zu reagieren.¹⁶

Die »Abundance«-Agenda will unsere Denkblockaden lösen. Sie plädiert für intelligente Steuerung: Regeln, die Innovation ermöglichen, statt sie zu verhindern; staatliche Investitionen, die

14 Kolev, Stefan (2022): Giftschränker oder Schatztruhe? Warum jede Generation ihren eigenen Neoliberalismus benötigt. In: Fücks, Ralf und Manthe, Rainald (Hg.), *Liberalismus neu denken*. Bielefeld: transcript.

15 Michéa, Jean-Claude (2016): *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*. Berlin: Matthes und Seitz.

16 Klein, Ezra und Thompson, Derek (2025): *Abundance*. New York: Simon and Schuster, aber auch bereits bei Fücks, Ralf (2013): *Intelligent wachsen – Die grüne Revolution*. München: Carl Hanser.

private Kreativität freisetzen, statt sie zu ersticken. Dabei geht es nicht um das blinde Fortschrittsversprechen, sondern um eine kluge Kombination aus staatlicher Steuerung und marktwirtschaftlicher Kreativität, die aber neben diesem Schlüsselverhältnis auch mit rechtlicher Normativität, ästhetischen Ausdrucksformen, wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen und pädagogischen Vermittlungsweisen rechnet.

»Deliverism« allein wird aber nicht ausreichen.¹⁷ Zu einer Politik der Vernunft muss sich auch eine Politik des Herzens gesellen, die wir Liberale zu selten bewirtschaften. Zu der Staatskunst muss also als mindestens gleichwertiges politisches Projekt das treten, was der Philosoph Alexandre Lefebvre »Soulcraft« nennt – auf Deutsch etwa Seelenkunst. Diese betreiben die illiberalen Konkurrenten der liberalen Lebensform *par excellence*.¹⁸ Sie bieten dichte Vorstellungen eines guten Lebens und vertreten sie offensiv – sei es der amerikanische Postliberalismus, der Gemeinschaft und traditionelle Werte des Christentums betont, islamische Vorstellungen eines guten Lebens, die religiöse Pflichten und ethische Prinzipien in den Mittelpunkt stellen, oder konfuzianische Lebensmodelle, die Harmonie, soziale Verantwortung und moralische Bildung in den Vordergrund rücken.

Der Liberalismus als Lebensform, »as a way of life«, darf Lefebvre zufolge nicht mit normativer Beliebigkeit gleichgesetzt werden, sondern er stellt vielmehr die grundlegenden Voraussetzungen dafür bereit, dass Individuen ihr je eigenes Verständnis von Glück und gelingendem Leben verfolgen können.¹⁹ Er basiert auf einem Wertegerüst und Tugenden, zu denen insbesondere eine auf Respekt gegründete Toleranz, Großzügigkeit sowie die Anerkennung pluraler Lebensentwürfe zählen. Diese zielen

17 Bhargava, Deepak et al. (2023): The Death of »Deliverism« Economic policy success isn't enough. We need a more holistic approach to addressing people's fears and anxieties, »<https://democracyjournal.org/arguments/the-death-of-deliverism/>« (Letzter Zugriff: 10.09.2025).

18 Lefebvre, Alexandre (2024): From Statescraft to Soulcraft, »<https://www.emamag.com/from-statecraft-to-soulcraft/>« (Letzter Zugriff: 10.09.2025).

19 Lefebvre, Alexandre (2024): Liberalism as a Way of Life. Princeton: Princeton University Press.

jedoch nicht darauf ab, konkrete Vorstellungen des guten Lebens vorzuschreiben; vielmehr definieren sie jene institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer unterschiedliche Vorstellungen vom guten Leben koexistieren können. Gerade diese prinzipielle Offenheit begründet die anhaltende normative Attraktivität liberaler Ordnungen im Weltmaßstab. Liberale Demokratien fungieren weiterhin als Sehnsuchtsort: für Menschen, die aufgrund ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung Verfolgung erfahren, ebenso wie für jene, die aus ökonomischen Motiven nach verbesserten Lebens- und Entfaltungschancen suchen. Seine Strahlkraft speist sich somit nicht aus inhaltlicher Vorgabe, sondern aus der Garantie von Freiheitsräumen.

Die Aufgabe der liberalen Seelenkunst, also die Kultivierung der liberalen Tugenden, tritt neben die politische, ökonomische und verwaltungstechnische Staatskunst und bildet die Zwillingaufgabe für eine liberale Metapolitik. Ohne diese drohen wir uns von den Angeboten autoritärer oder illiberaler Gegenentwürfe treiben zu lassen, anstatt selbst neue Horizonte zu eröffnen. Der Aufstand der Lebenswelt lässt sich jedenfalls nicht allein auf der Ebene der Staatskunst lösen.

Durch die Kombination aus Staatskunst und Seelenkunst könnte die »notwendige Selbsttransformation des liberalen Skripts« gelingen.²⁰ Es wäre nicht weniger als eine echte Freiheitsgeste, wenn wir Liberale unsere eigenen Widersprüche nicht kaschieren, sondern sie zur Sprache bringen. Dies schafft eine Offenheit, die uns aus der falschen Alternativlosigkeit herausführt. Nur so kann sich der Liberalismus daran erinnern, dass er eine schöpferische progressive Idee ist, die in der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit seine Kategorien für die jeweilige Gegenwart neu gewinnt. Das liberale Skript ist nicht in Stein gemeißelt. Gelingt uns diese Herkulesaufgabe, so wird man die Gegenwart nicht als Spätphase der liberalen Demokratie erinnern, sondern als jene Periode, in der

20 Zürn, Michael und Stiller, Fritjof (2024): Die notwendige Selbsttransformation des liberalen Skripts. In: Zürn, Michael (Hg.), *Zur Kritik des liberalen Skripts*, Baden-Baden: Nomos, Sonderband 42, S. 378–404.

der Angriff der Illiberalität abgewehrt und der demokratische Geist erneuert wurde.

Teil II: Liberalismus in der postwestlichen Welt

Der Kampf um Europas Zukunft

Timothy Garton Ash*

Europa befindet sich am Anfang einer neuen Zeit. Der Kontinent erlebt im Moment eine heftige Auseinandersetzung zwischen zwei gegenläufigen Ideen von Europa: dem liberalen und dem illiberalen, dem internationalistischen und dem nationalistischen, dem Europa der Integration und dem der Desintegration. Welche Idee von Europa sich durchsetzt, wird von der Stärke und dem Geschick innenpolitischer Kräfte abhängen, aber auch von externen Entwicklungen, auf die die Europäer geringen oder gar keinen Einfluss haben.

Diese bislang namenlose Epoche europäischer Geschichte begann mit Wladimir Putins großangelegter Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022. Anfänge sind für die Geschichte wie auch für eine Romanze entscheidend. In den ersten sieben Jahren nach 1945 schuf der Westen unter Führung der USA so gut wie alle bedeutenden internationalen Institutionen, die bis heute existieren, darunter die UNO und die NATO. Die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl legte den Grundstein, auf dem schließlich die Europäische Gemeinschaft errichtet wurde. In den ersten sieben Jahren nach 1989 haben Europa und die USA beschlossen, die euro-atlantische Ordnung auf weite Teile der östlichen Hälfte des Kontinents auszudehnen. Dies schloss die NATO und die Europäische Gemeinschaft ein, die seitdem zur heutigen Europäischen Union vertieft wurde.

* Dieser Text wurde unter dem Originaltitel *The Fight for Europe's Future* erstmals am 28. Juni 2025 in der *Financial Times* veröffentlicht und liegt hier in leicht überarbeiteter Fassung vor.

Diese zwei sich überschneidenden Zeiträume, in denen diese Ordnung geschaffen und erweitert worden war, dann aber erodierte – also die Nachkriegszeit (d. h. nach 1945) und die Nachwendezeit (d. h. nach dem Fall der Berliner Mauer) –, kamen mit der russischen Vollinvasion in der Ukraine Anfang 2022 gleichzeitig an ihr abruptes Ende. Die Institutionen bestehen fort, aber ihr Kontext hat sich gewandelt. Wir befinden uns im Jahr fünf dieser neuen Zeit – einer Art Gegenstück zum Jahr 1949 in der Nachkriegszeit und zum Jahr 1993 in der Nachwendezeit.

Das Wort *Zeitenwende*, das Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 in seiner Rede vor dem Bundestag prägte, wird zwar auch im Englischen verwendet, gelegentlich aber auch als »turning point«, als Wendepunkt, übersetzt. Der springende Punkt ist aber, dass es sich nicht um einen Punkt handelt. Ein einzelnes dramatisches Ereignis kann eine Zeitenwende auslösen, aber es dauert Jahre, bis sich der Charakter dieser neuen Zeit ausgeformt hat – und noch länger, bis sie einen feststehenden Namen erhält. Sie möchten also wissen, was aus der *Zeitenwende* wurde? Fragen Sie 2029 noch einmal nach.

Dreifacher Schock und Espresso

Auf die Floskel vom »Weckruf« antwortet mancher spöttisch, man könne geweckt werden, aber trotzdem im Bett bleiben. Im Juni 2025, beim NATO-Gipfel in Den Haag, waren die europäischen Staats- und Regierungschefs bestrebt zu zeigen, dass sie nicht nur aufgewacht, sondern dass sie aus dem Bett gesprungen sind, schnell einen doppelten Espresso heruntergekippt haben und nun bereit sind, die historische Aufgabe anzunehmen. Tatsächlich mussten erst drei große Schocks Europa erschüttern, damit sie an diesen Punkt gelangten.

Kurz gesagt waren das der Putin-Schock, der Xi-Schock und der Trump-Schock. Einzelne Personen spielen eine wichtige Rolle für den Lauf der Geschichte, und die Charaktere und Blickwinkel der russischen, chinesischen und amerikanischen Präsidenten Wladimir Putin, Xi Jinping und Donald Trump haben erhebliche

Auswirkungen auf sie gehabt. Aber hinter jedem dieser drei Namen verbergen sich viel größere Entwicklungen.

Auf absehbare Zeit steht Europa einen revanchistischen Russland gegenüber, das entschlossen ist, so viel wie möglich von seinem einstigen Imperium wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Das Russland von heute hat eine Kriegswirtschaft, eine militarisierte Gesellschaft und eine politische Meistererzählung vom zivilisatorischen Konflikt mit dem Westen. Mit Sabotage, Brandstiftung, Cyberangriffen und großangelegten Desinformationskampagnen in den sozialen Medien führt es schon jetzt einen hybriden Krieg gegen den Westen.

In Xis China hat Putin einen mächtigen Verbündeten. Aber nicht nur China ist bereit, trotz seines brutalen, neokolonialen Kriegs gegen die Ukraine weiterhin Kooperationen mit Russland einzugehen. Das Gleiche gilt für viele weitere Groß- und Mittelmächte wie Indien, Südafrika und Brasilien. Zum ersten Mal in der Geschichte haben diese Länder die finanziellen Mittel und die Macht, um ein Gegengewicht zum Westen zu bilden. Die Gesamtwirtschaftsleistung der BRICS-Staaten belief sich 2024 nominal in US-Dollar gemessen auf mehr als die Hälfte der Gesamtwirtschaftsleistung der G7-Staaten, berechnet auf Basis der Kaufkraftparität lag sie etwa 10 Billionen US-Dollar darüber. Der Krieg in der Ukraine hat also den Europäern vor Augen geführt, dass sie bereits in einer postwestlichen Welt leben.

Der Schock aber, der die europäischen Politiker schließlich aus dem Bett holte und ihre Espressomaschinen anwerfen ließ, kam nicht aus dem Osten, nicht aus dem Süden, sondern aus dem Westen. Wie bei den ersten beiden geht es beim Trump-Schock nicht allein um den einzelnen Staatschef. Über den größten Teil des 21. Jahrhunderts hinweg haben wir die anhaltende Entwicklung beobachtet, dass die USA ihr Engagement in Europa verringern möchten, um sich auf innere Angelegenheiten konzentrieren zu können (»Nationsbildung im eigenen Land« lautete Barack Obamas Formulierung) sowie den lange angekündigten »Schwenk nach Asien« zu vollziehen. Dieser Trend wurde durch die geriatrisch-transatlantische Haltung Joe Bidens nur ein wenig überdeckt, und er

wird sich wahrscheinlich unter jedem zukünftigen US-Präsidenten fortsetzen.

Überlagert wird dieser Trend durch Trumps revolutionäre Agenda und seine MAGA-Bewegung. Seine Regierung behandelt die Ukraine nicht mehr als Verbündeten, sondern versucht sich im besten Fall daran, als ehrlicher Makler zwischen Russland und dem Opfer von dessen Aggression aufzutreten. In vielerlei Hinsicht verhalten sich Trumps USA nun nur noch wie eine weitere der transaktionalen Mächte einer postwestlichen Welt. Für das von der EU verkörperte liberale Europa stellt dies eine dreifache Herausforderung dar: geopolitisch mit Blick auf die Ukraine und die Verunsicherung, ob die US-Sicherheitsgarantien weiter gelten; wirtschaftlich, durch Zölle und wirtschaftlichen Nationalismus; und ideologisch, wegen der unverblünten Unterstützung antiliberaler Parteien in Europa.

Als Reaktion darauf ertönen in Europas Parlamenten, Kanzleien und Hörsälen kühne Reden, in denen erklärt wird, dass Europa diese Herausforderung bewältigen kann, muss und zu einer Großmacht heranwachsen wird, die in der Lage ist, unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen. Zugleich befinden sich Europas antiliberalen Kräfte im Aufwind. Erstaunlicherweise werden sie nun sowohl von Moskau als auch von Washington unterstützt.

Die USA haben sich der EU gegenüber gelegentlich ambivalent verhalten, nun aber wenden sie sich zum ersten Mal aktiv gegen sie. Wie der Historiker Mark Mazower dargelegt hat, greifen trumpistische Ideologen wie US-Vizepräsident J. D. Vance bei der Unterstützung von fremdenfeindlichen, rechtsextremen Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) auf merkwürdige Weise Europas eigene antiliberalen, nationalistischen Vergangenheit auf und schicken sie nach Europa zurück.¹ Das bleibt nicht ohne Wirkung. Eine Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR) zeigt eine beeindruckende neue Polarisierung politischer Parteien in Europa in zwei Lager. Viele nationalistische,

1 Vgl. dazu Mazower, Mark (2026): For Europe, America was the future. Now what? In: Financial Times, »<https://www.ft.com/content/4f11cdfb-ff57-49e4-a2af-f9fcacf278940> (Letzter Zugriff: 09.02.2026).

populistische Rechtsaußenparteien positionieren sich nun, einfach gesagt, als pro-Trump und antieuropäisch, die meisten liberalen, zentristischen Parteien hingegen als anti-Trump und pro EU.²

Europa mit und ohne USA?

Deshalb kommt es zu einem großen politischen Ringen zwischen diesen beiden Europas. Wenngleich es sich um ein europaweites Ringen handelt, entscheidet sich sein Ausgang in verschiedenen nationalen Arenen demokratischer Politik. Die wesentliche strukturelle Herausforderung für Europa besteht heute darin, dass die nötigen politischen Lösungen zunehmend europäisch sind, die politischen Entscheidungen jedoch nach wie vor hauptsächlich national getroffen werden. Verteidigung, Technologie, Kapitalmärkte und die digitale Öffentlichkeit erfordern Dimensionen, die nur Europa bieten kann – Ausmaße, die die EU schon jetzt in Handel und Regulationen besitzt. In einer Welt der Giganten sollte man besser selbst einer sein.

Die ausführlichen Policy-Papiere der ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und Enrico Letta haben einige der Maßnahmen dargelegt, die ein Europa ergreifen müsste, das wirklich entschlossen ist, eine unabhängige Weltmacht zu sein. Wie viel davon tatsächlich umgesetzt wird, hängt allerdings von nationalen Wahlergebnissen im Laufe dieses Jahrzehnts ab. Selbst die sogenannten Europawahlen – die Wahlen zum Europäischen Parlament – sind in Wirklichkeit die Summe mehrerer nationaler Entscheidungen.

Die Kräfteverhältnisse sind ausgeglichen. In Rumänien verlor im Mai 2025 ein antiliberaler Nationalist in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, in der Stichwahl um das Präsidentenamt in Polen am 1. Juni 2025 setzte sich der Rechtsnationalist Karol Nawrocki knapp gegen den weltoffenen Liberalen Rafał Trzaskowski

2 Vgl. dazu Krastev, Ivan und Leonard, Mark (2025): Trumps European Revolution. In: ECFR Policy Brief 594, »<https://ecfr.eu/publication/trumps-european-revolution/>« (Letzter Zugriff: 09.02.2026).

durch. Nawrocki ist nicht prorussisch, aber er ist antiliberal, antideutsch, antieuropäisch und eng mit der PiS-Partei (*Prawo i Sprawiedliwość* – Recht und Gerechtigkeit) Jarosław Kaczyńskis verbunden.

Das polnische Wahlergebnis war umstritten. Zahlreiche Beschwerden über eine falsche Auszählung der Stimmen zugunsten von Nawrocki waren eingegangen. Die Aufgabe, über die Beschwerden zu entscheiden, erhielt eine von der PiS-Partei dominierte Kammer des Obersten Gerichts, deren Legitimität die EU nicht anerkennt. Der Parlamentspräsident entschied schließlich, eine Anfechtung des Wahlergebnisses nicht weiter zu verfolgen, sondern Nawrocki zu vereidigen. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2027 ist das mächtigste Land Mitteleuropas nun zu einer Zeit der erbitterten »Koexistenz« zwischen dem antiliberalen Präsidenten Nawrocki und dem liberalen Premierminister Tusk verdammt.

Es ist durchaus denkbar, dass im Jahr 2027 Marine Le Pen vom *Rassemblement National* – oder Jordan Bardella, sollte Le Pen weiterhin rechtlich von der Kandidatur ausgeschlossen sein – Emmanuel Macron als Präsidentin Frankreichs nachfolgt und die PiS die Parlamentswahlen in Polen gewinnt, und dass 2029 die AfD und Nigel Farages Reform UK bei den Parlamentswahlen in Deutschland bzw. Großbritannien die besten Ergebnisse erzielen. Dann hätte das antiliberaler Europa die Oberhand. Es gibt jedoch auch eine andere Zukunft, in der sich die liberalen Kräfte der Mitte in einer Reihe nationaler Wahlen durchsetzen und 2029 bei den Wahlen in Deutschland, Großbritannien und Europa triumphieren.

Äußere sowie innere Faktoren werden den Ausgang beeinflussen. Als Ursula von der Leyen im Mai 2025 den Karlspreis entgegennahm, erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, dass wir ein »unabhängiges Europa« brauchen. Doch diese Rhetorik von europäischer Unabhängigkeit bestätigt ungewollt, wie abhängig der alte Kontinent auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch von den USA ist. Die vollgepackten Tagesordnungen der Gipfel von G7 über NATO bis zum Europäischen Rat in 2025 drehten sich allein darum, wie man auf Präsident Trump reagieren sollte und ihn nach Möglichkeit an Bord halten könnte.

Ein kanadischer Beamter beschrieb die Vorbereitungen für den G7-Gipfel treffend als »Ausrollen des roten Teppichs für Godzilla«.

Wie radikal Trump noch werden wird, was mit der amerikanischen Wirtschaft geschieht, ob die USA in Chaos und Gewalt versinken und ob sie einen autoritären Wahlkampf nach ungarischem Vorbild erleben werden, wer die Kongresswahlen 2026 und die Präsidentschaftswahlen 2028 gewinnen wird – all dies wird für Europa von existenzieller Bedeutung sein. Da sich viele populistische nationalistische Parteien in Europa mit Trump identifizieren und »Make Europe Great Again« rufen, beeinflusst dessen Erfolg oder Misserfolg auch ihren eigenen politischen Erfolg.

Das Amerika, das wir früher kannten, wird nie wiederkehren, aber es gibt ein breites Spektrum von möglichen Szenarien für die USA nach Trump. Im besten Fall erfordert der Aufbau europäischer Macht einen abgestimmten Übergang, also eine »Lastenverlagerung«, bei der die USA weniger tun, aber weiterhin wichtige strategische Ressourcen bereitstellen. Das beginnt mit dem Krieg in der Ukraine. Abgesehen von einigen wichtigen militärischen Grundfähigkeiten, die nur die USA liefern können (z. B. Satellitenaufklärung und Patriot-Luftabwehrraketen), wird die Frage von Erfolg oder Misserfolg von Europa abhängen.

Der Krieg wird weder mit einem vollständigen Sieg noch mit einer vollständigen Niederlage einer der beiden Kriegsparteien enden. Wie genau er ausgeht, wird von einer langen, komplexen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Europa auf der einen und Russland und dessen Partnern auf der anderen Seite abhängen. Ebenso werden sich die andauernden Kriege im Nahen Osten sowie ein möglicher Konflikt der USA und Chinas um Taiwan direkt und indirekt auf Europa auswirken.

In der Innenpolitik Europas gibt es erhebliche Gemeinsamkeiten, aber auch große nationale Unterschiede. Überall stehen Politiker oftmals hoch verschuldeter Staaten vor dem Problem, einer alternden Bevölkerung, die ein hohes Niveau von Sozialleistungen gewohnt ist, aber allergisch auf mehr Zuwanderung und höhere Steuern reagiert, zu vermitteln, dass sich etwas ändern muss. Und da haben die Regierungen noch nicht einmal mit den Anstrengungen

begonnen, um – zumindest »am Ende«, um die vielsagendste Formulierung eines Financial Times-Gastbeitrags von Merz und Macron zu verwenden – das neue NATO-Ziel zu erreichen, bis 2035 3,5 Prozent des BIP in die Verteidigung und noch einmal 1,5 Prozent in sicherheitsrelevante Infrastruktur zu investieren.³

Erhebliche Teile der Gesellschaften dort, insbesondere Menschen ohne höhere Bildung und in ärmeren Regionen, fühlen sich wirtschaftlich als auch kulturell abgehängt. Populisten lenken all diese Unzufriedenheit auf das Reizthema Migration. Zugleich befürchten junge Wähler, dass ihre Lebensaussichten schlechter sind als die ihrer Eltern. Das beginnt beim weit verbreiteten Problem unerschwinglicher Mieten. Viele von ihnen wenden sich Anti-Establishment-Parteien zu, sei es rechts oder links.

Europa als eine Summe der Lösungen

Politiker der liberalen Mitte haben Mühe, überzeugende Gegenkonzepte zu entwickeln, mit denen sie Wahlen gewinnen können. Einige der Herausforderungen, etwa die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, sollten eigentlich zu den Kernkompetenzen jener rationalen Politik gehören, auf die Liberale traditionell stolz sind. Andere, wie die Fragen nach der Rolle eines Staates im 21. Jahrhundert, was er leisten kann und was er unterlassen sollte, erfordern ein Umdenken, vergleichbar mit jenem der europäischen Sozial- und Christdemokraten nach 1945.

Bei der Migration begehen die Parteien der liberalen Mitte wiederholt den Fehler, sich die Rhetorik der extremen Rechten anzueignen (so verkündete der britische Premier Keir Starmer, dass Großbritannien riskiere, eine »Insel der Fremden« zu werden), ohne dass sie die irreguläre Migration wirklich in den Griff bekommen. Diese Kombination treibt Wähler lediglich zu den Populisten.

3 Vgl. dazu Macron, Emmanuel und Merz, Friedrich (2025): Macron and Merz: Europe must arm itself in an unstable world. In: Financial Times, »<https://www.ft.com/content/c1bf5fe8-602d-4887-a5eb-1bd247be9d54>« (Letzter Zugriff: 09.02.2026)

Sie sollten genau das Gegenteil tun: wirksam die irreguläre Migration regulieren und zugleich die positiven wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Effekte legaler Migration hervorheben. Es ist seltsam, dass die britische Labour Party scheinbar nicht in der Lage ist, das zu formulieren, obwohl auf ihren eigenen Parlamentsbänken so viele lebende Beispiele für die Vielfalt der Talente sitzen, die Einwanderung mit sich bringt.

Eine interessante Erfolgsgeschichte ist jene der sozialdemokratischen Premierministerin Dänemarks, Mette Frederiksen. Sie verbindet rigoroses Vorgehen gegen irreguläre Migration mit großzügigen Sozialausgaben und dem Verzicht auf fremdenfeindliche Rhetorik. Aber was in Dänemark klappt, muss nicht unbedingt anderswo funktionieren. Letztendlich unterscheidet sich die politische Kultur in den verschiedenen europäischen Ländern noch immer stark voneinander, sodass oft eher die spezifischen als die gemeinsamen Eigenschaften den Ausschlag geben.

Aber was an einem Ort funktioniert, lässt sich nicht unbedingt auf einen anderen übertragen. Eine zentrale Frage für Deutschland wird sein, ob die AfD, die bereits in weiten Teilen Ostdeutschlands stärkste Kraft ist, auch im bevölkerungsreicheren Westen des Landes weiter an Zuspruch gewinnen kann (ein AfD-Politiker in der ehemaligen Stahlarbeiterstadt Duisburg ließ schon Mützen mit dem Aufdruck »Make Duisburg Great Again« herstellen).

Vor Ort genauso wie global kommt es auf den Einzelnen an. Europas erfolgreichster antiliberaler Populist, Viktor Orbán, seit 2010 an der Macht, bekommt nun starke politische Konkurrenz von Péter Magyars Tisza-Partei (Tisztelet és Szabadság Párt – Respekt und Freiheitspartei). Angesichts der Natur von Orbáns Regime werden die Parlamentswahlen in Ungarn in April 2026 weder frei noch fair sein; aber wie Slobodan Milošević im Jahr 2000 am eigenen Leib erfahren musste, kann ein unpopulärer, langjähriger Amtsinhaber selbst nach einem unfairen Wahlkampf verlieren.

In Polen sind immer mehr junge Wähler frustriert von den ihrer Meinung nach endlosen Grabenkämpfen zweier mürrischer alter Männer, Kaczyński und Tusk, die seit 20 Jahren die polnische Politik prägen. In Frankreich wird nach Macrons überheblicher Entscheidung, im Jahr 2024 unnötige Parlamentswahlen anzusetzen, viel

davon abhängen, wer als Präsidentschaftskandidat gegen Le Pen oder Bardella antritt.

EU-Gründungsvater Jean Monnet hat einmal treffend bemerkt: »Europa wird in Krisen geschmiedet und die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden«.⁴ Das gilt nach wie vor, doch muss man hinzufügen, dass Europa in einer Reihe nationaler politischer Auseinandersetzungen geschmiedet und die Summe der daraus resultierenden Wahlergebnisse sein wird.

Sollte das liberale Europa auf nationaler Ebene mehrheitlich gewinnen, sollte es der Ukraine möglich sein, Putins Russland abzuwehren, und sollten sich seine transatlantischen Weggefährten in den USA bis 2029 behaupten können, besteht die Möglichkeit, dass unsere jahrelange Zeitenwende zum Beginn einer strahlenden neuen Ära in Europas Geschichte wird. Das mag unwahrscheinlich sein, aber es ist dennoch möglich.

Aus dem Englischen übersetzt von Mitch Cohen

4 Monnet, Jean (1980): *Erinnerungen eines Europäers*. München: Carl Hanser, S. 528.

Europa, Liberalismus und der Westen in zweierlei Gestalt

Jarosław Kuisz & Karolina Wigura*

Seit Donald Trump 2025 seine zweite Amtszeit angetreten hat, zeichnet sich deutlich der Eindruck ab, dass der Westen ideologisch in zwei Hälften gespalten ist. Bereits seit längerem treiben zwar Europa und die USA durch Binnendynamiken auseinander, doch in letzter Zeit hat sich dieser Prozess noch beschleunigt.

In den ersten Monaten hat die Trump-Administration Verbündeten mit Zöllen und Handelskriegen gedroht, Auslandshilfe abgebaut und den Sender »Voice of America« zum Schweigen gebracht. Präsident Trump beschimpfte im Oval Office den Präsidenten der Ukraine; ferner hielt er militärische Hilfe sowie den Austausch von Geheimdienstinformationen zurück. Amerika lehnte in der UN-Generalversammlung gemeinsam mit Russland, Nordkorea und Belarus eine Resolution ab, die den sofortigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine forderte. Trump behandelte den russischen Präsidenten Wladimir Putin als verlässlichen Gesprächspartner.

Eine außenpolitische Doktrin Trumps zeichnet sich zumindest in groben Zügen ab. Trumps Amerika strebt danach, eine Welt anzuführen, in der die großen Atommächte sich einfach nehmen, was sie nehmen können: Sie bestimmen selbst ihre Einflusssphären, die Ausdehnung ihrer Territorien und den Verlauf ihrer Grenzen. In den Augen anderer Großmächte mag Trumps Vorgehen wirtschaftlich

* Dieser Text wurde unter dem Originaltitel *The Battle for the Western Soul in Trump's Second Term* in *European Voices*, Ausgabe 06/2025, veröffentlicht und liegt hier in leicht überarbeiteter Fassung vor.

oder realpolitisch motiviert erscheinen. Doch für viele der kleineren Demokratien in Osteuropa sowie in Süd- und Ostasien ist die Trump-Doktrin eine Außenpolitik des Verrats. Seit Jahrzehnten hatten diese Staaten ihr Schicksal an ein Amerika geknüpft, von dem sie glaubten, es würde ihnen ein Fortbestehen in der Nachbarschaft Russlands bzw. Chinas ermöglichen.

Kleinere europäische Staaten erkennen diese Gefahr nur allzu gut. Dennoch lohnt es sich, zu verstehen, wie es dazu kommen konnte – und was die Vorgeschichte dieser Spaltung der westlichen Kultur ist. Die Spaltung des Westens stellt eine enorme Herausforderung für den Liberalismus dar, weil sie auf geopolitischer Ebene das Bestehen eines ideologischen Konflikts deutlich macht, der eine zeitgenössische Variante des Kalten Krieges darstellt. Diesmal verläuft der Kampf jedoch nicht zwischen Demokratie und Kommunismus, sondern zwischen Liberalismus und autoritärem Majoritarismus.

Vom Osten zum Westen

Vor genau 20 Jahren erschien eine monumentale Geschichte Deutschlands: *Der lange Weg nach Westen*. Deren Autor, Heinrich August Winkler – geboren 1938 in Königsberg –, argumentierte mit unerschütterlicher Wucht, dass Deutschland in gewisser Hinsicht nie wirklich zum Westen gehört habe.¹ Anfang des 21. Jahrhunderts jedoch, so behauptete er, könne man sagen, dass dieser schwierige, im Buchtitel benannte Weg nach zwei Jahrhunderten endlich abgeschlossen sei.

Das Buch Winklers fand große Anerkennung und wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. In der polnischen Ausgabe bekräftigte Winkler in einem neuen Vorwort seine zentrale These:

1 Vgl. dazu Winkler, Heinrich August (2000): *Der lange Weg nach Westen – Deutsche Geschichte I: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*. München: C.H. Beck und ders. (2000): *Der lange Weg nach Westen – Deutsche Geschichte II: Vom ›Dritten Reich‹ bis zur Wiedervereinigung*. München: C.H. Beck.

Deutschland sei stets kulturell an den Westen gebunden gewesen; was jedoch lange gefehlt habe, sei der politische Wille der deutschen Eliten, die wichtigste institutionelle Errungenschaft des Westens – die repräsentative Demokratie einschließlich der Gewaltenteilung – zu übernehmen. Getrieben von einem tiefen antiwestlichen Ressentiment hätten diese führenden Schichten das Land im 20. Jahrhundert in zwei katastrophale Weltkriege geführt. Erst durch die bedingungslose Öffnung Westdeutschlands gegenüber der politischen Kultur des Westens habe sich diese Dynamik zu ändern begonnen. Zeitlich sei dieser Wandel einem ähnlichen Prozess in Ostdeutschland vorausgegangen, der – so stellte Winkler fest – erst in den Jahren 1989/90 einsetzte. So also verlief, knapp zusammengefasst, der *lange Weg nach Westen*.

Aus osteuropäischer Sicht ist diese Darstellung voll von Auffälligkeiten. Sie lädt dazu ein, über die Bedeutung des Begriffs »Westen« gründlicher nachzudenken. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fand eine der folgenschwersten geopolitischen Umwälzungen in der Geschichte statt: Das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen – ein Staat von fast einer Million Quadratkilometer Fläche, der acht Jahrhunderte lang fester Bestandteil des europäischen Machtgefüges gewesen war – verschwand von der Landkarte. Dies geschah durch drei aufeinanderfolgende Teilungen, die von Preußen, Österreich und Russland vorgenommen wurden. Für die politisch führenden Stände jenes Staates – der auf der staatlichen Ordnung einer Adelsdemokratie mit Wahlkönigtum gegründet war – stand außer Frage, dass es sich bei den Angreifern nicht nur um eine imperiale Macht des Ostens handelte, nämlich Russland, sondern auch um zwei Mächte des Westens.

Mehr noch: Es waren die aufgeklärten absolutistischen Staaten, die eine zwar fehlerbehaftete, aber insgesamt funktionierende Proto-Demokratie zerstörten – einen Verbund, der dem Adelsstand im europäischen Vergleich mit die weitestgehenden Freiheiten zusicherte. In der Folge gerieten wegweisende Urkunden in Vergessenheit, die nach ihrem Gewicht durchaus neben der Magna Carta von 1215 bestehen könnten – so etwa die Konföderation von Warschau des Jahres 1573, ein grundlegender Akt der Glaubensfreiheit und der konsensorientierten Politik. Die plötzlich

vollzogene vollständige Auslöschung eines multiethnischen Staates am Ende des 18. Jahrhunderts veränderte nicht nur die geopolitische Landkarte Europas, sondern prägte auch sein kollektives Gedächtnis nachhaltig. Die geschichtliche Erfahrung dieser politischen Traditionslinie verschwand unter den Großmachtansprüchen Preußens, Österreichs und Russlands.

Beim Lesen von Winklers Werk oder auch anderen Darstellungen kommen einem diese vergessenen Geschichten wieder in den Sinn. Denn erstens war der Aufstieg Preußens direkt mit der Zerschlagung der polnisch-litauischen Union verknüpft. Das bedeutet: Der lange Weg nach Westen hat durch die Zerstörung des Westens im Osten begonnen. Der Umfang der politischen Freiheiten, die die oberen Stände in der polnisch-litauischen Union genossen, war ja unvergleichlich größer als in Preußen. Und ebenso waren sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich standesgebundene Einschränkungen der politischen Teilhabe die Norm.

Zweitens – und dies ist für die Gegenwart wohl noch relevanter – erkannten die führenden Schichten während der Aufklärung im 18. Jahrhundert eindeutig, dass überall in Europa – das heißt im gesamten Westen – zwei politische Tendenzen über Jahrhunderte hinweg in Konflikt standen: Die eine drängte auf die Ausweitung der individuellen Freiheit, die andere auf deren Einschränkung. Diese Tendenzen erhielten unterschiedliche Namen und gingen in verschiedene politische Lehren ein, aber der zugrunde liegende Grundkonflikt blieb derselbe.

Eine problematische Definition

Winklers Werk ruft den Osteuropäern in Erinnerung, dass es niemals nur einen einzigen Westen gegeben hat. Tatsächlich hat es den Westen stets mindestens zweimal gegeben. Die europäische Geschichte wurde letztlich von diesen beiden gegensätzlichen Tendenzen geprägt – zwei Entwicklungsimpulsen mit einem breiten Spektrum dazwischenliegender Positionen.

Bald zeigt sich, dass schon der Begriff »Westen« an sich problematisch ist. Um die Angelegenheit zu klären, lohnt es sich, den Blick auf eine Epoche zu verengen, in der der Begriff eine gewisse geopolitische Bestimmtheit erlangte – nämlich während des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert. Seinerzeit bezeichnete »der Westen« das geografische Westeuropa, zusammen mit den Vereinigten Staaten und einigen verbündeten Ländern wie Kanada und Australien. Politisch war er mit der liberalen Demokratie verbunden; wirtschaftlich stand er im Gegensatz zum Kommunismus und verpflichtete sich zu unterschiedlichen Ausprägungen des Kapitalismus. Dieses Verständnis wurde in Institutionen wie der NATO und dem sich entwickelnden Projekt der westeuropäischen Integration verankert, die mit den Römischen Verträgen (1957) begann.

Etwa zur gleichen Zeit, als Winklers Buch veröffentlicht wurde, versuchte ein französischer Politologe, die begriffliche Unschärfe der Idee des Westens aufzulösen. In einem knappen, aber ideell anspruchsvollen Band entwarf Philippe Nemo² eine genealogische Darstellung der westlichen Zivilisation und benannte fünf zentrale historische Entwicklungen, deren kombinierte Wirkung seiner Ansicht nach zur Entstehung des Westens führte, wie wir ihn im frühen 21. Jahrhundert kennen:

1. Die griechische Erfindung des Stadtstaates, in dem die Bürger Freiheit unter der Herrschaft des Rechts einübten, einhergehend mit der Entwicklung von Wissenschaft und geregelter Bildungswesen.
2. Die Schaffung eines umfassenden Rechtswesens in Rom, das juristische Konstrukt des Privateigentums und der individuellen Rechte der Person, sowie die Grundlegung einer humanistischen Bildung.
3. Die sowohl ethische wie eschatologische Revolution durch die Bibel, die die Leitgedanken der Barmherzigkeit jenseits von

2 Nemo, Philippe (2005) Was ist der Westen? Die Genese der abendländischen Zivilisation. Tübingen: Mohr Siebeck.

Gerechtigkeit, jenseits einer linearen, historisch verankerten Erlösungszeit einführte.

4. Die spätmittelalterliche Synthese von Athen, Rom und Jerusalem, in der die griechische Wissenschaft und das römische Recht in Einklang mit biblischer Ethik und theologisch fundierter Geschichtsauffassung gebracht wurden. Und schließlich:
5. Das Aufkommen liberaler Demokratien, in denen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft von den Grundsätzen des Pluralismus geprägt wurden, was in den meisten westeuropäischen Staaten und in den Vereinigten Staaten zu einem Entwicklungssprung führte.

Erneut sind für einen Leser in Osteuropa die Lücken dieser Darstellung sofort erkennbar – doch darum geht es hier nicht vorrangig. Wichtiger ist die sowohl bei Nemo als auch bei Winkler zu findende Bestätigung jenes Rahmens an Begriffen und Werten, der im Schatten des Eisernen Vorhangs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Sichtweise des Westens dominierte.

Der Westen wird hier als eine Kultur aufgefasst, deren krönende Errungenschaft die Theorie und Praxis der liberalen Demokratie ist – in der Form, die sie nach 1989 annahm.

Was steht da auf dem Spiel?

Nach 1989 erschien der Begriff »der Westen« vielen rund um den Globus als etwas Selbstverständliches. Selbst wenn akademische Geister Mühe hatten, eine präzise lexikontaugliche Definition zu formulieren, schien der Rest der Welt keinerlei Schwierigkeiten zu haben, auf der Landkarte die entsprechenden Länder zu benennen, wann immer der Begriff »Westen« verwendet wurde. Das Bedürfnis nach begrifflicher Klarstellung entstand jedoch plötzlich – zum ersten Mal seit dem Fall der Sowjetunion – im Jahr 2001. Der Anschlag auf das World Trade Center löste eine Flut von Büchern und Essays aus, die Versuche unternahmen, das zu erklären, wodurch sich denn eigentlich »der Westen« genau vom Rest der Welt unterscheiden sollte.

Zwar hatte es derartige Debatten bereits früher gegeben, insbesondere 1993 mit der Kontroverse um Samuel Huntingtons Buch *Kampf der Kulturen*.³ Doch erst der Terroranschlag veranlasste viele Autoren zu einem Akt der Selbstbeschreibung – zu dem Versuch, sich selbst in Abgrenzung zu einer Welt zu definieren, die ihnen soeben auf dramatische und gewaltsame Weise ihren Hass offenbart hatte. Ian Buruma und Avishai Margalit untersuchten beispielsweise das Bild des Westens, wie es in den Augen seiner Feinde erscheint, und argumentierten überzeugend, dass ein Großteil dieser intellektuellen Feindseligkeit gegenüber dem Westen aus dem Inneren des Westens selbst stamme. Das Phänomen, das sie *Okzidentalismus* nannten, hat eine lange begriffliche Vorgeschichte.⁴

Konservative Denker wie der britische Philosoph Roger Scruton zogen eine eher mehrdeutige Schlussfolgerung: Der Westen sei zwar verteidigungswürdig – allerdings nur, wenn er bereit sei, sich selbst zu reformieren. Bestimmte unter dem Banner des Westens verfolgte politische Bestrebungen, so ihr Argument, müssten eingeschränkt werden. Kurz gesagt, wenn der Westen sich selbst treu bleiben wolle, müsse er einen Prozess der Selbstbegrenzung einleiten – in den Bereichen Einwanderungspolitik, multikulturelle Toleranz, globaler Freihandel, ungezügelter Einfluss transnationaler Konzerne, Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts innerhalb der Nationalstaaten sowie durch die Eindämmung der exzessiven Herrschaft des Konsums.⁵

Mit der Zeit gewann diese auf Werteverteidigung abzielende Programmatik im Ringen mit den Idealen der liberalen Demokratie immer mehr begrifflichen Feinschliff. Sie schöpfte selektiv aus älteren ideologischen Traditionen. Sie integrierte aber auch neue Argumentationsschichten. Sie zog Honig – sei es echt gemeint oder aus bloßer Übertreibung – aus der vermeintlichen

-
- 3 Huntington, Samuel P. (2015): *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München: Goldmann Verlag.
 - 4 Buruma, Ian und Margalit, Avishai (2005): *Okzidentalismus: Der Westen in den Augen seiner Feinde*. München: Carl Hanser.
 - 5 Scruton, Roger (2007): *The West and the Rest. Globalization and the Terrorist Threat*. Washington D.C.: ISI Books.

Leistungsfähigkeit autoritärer Regime in anderen Weltteilen. Neue Kommunikationstechnologien stellten die Mittel dazu bereit. Und nach zwei Jahrzehnten begann ein fertig ausgearbeitetes ideologisches Projekt Gestalt anzunehmen, das uns an das zweite Gesicht des Westens erinnert: der Antiliberalismus des Westens im 21. Jahrhundert.

Heute zeigt sich deutlich, dass – wie in Albert Camus' *Die Pest* – die Keime des politisch Bösen immer schon in unserer europäischen und westlichen Kultur schlummerten. Einige schicken sich jetzt an, von dieser Kultur Besitz zu ergreifen. Die Bandbreite der Möglichkeiten, die liberale Demokratie heute in Frage zu stellen, reicht von der Beschneidung bestehender Freiheiten innerhalb der Demokratie selbst bis hin zum Autoritarismus – oder sogar zu einer Rückkehr des Faschismus. Dies ist der eigentliche Einsatz, der in der Auseinandersetzung mit dem europäischen und globalen Populismus auf dem Spiel steht; der Ausgang dieses Ringens bildet die folgenschwerste politische Entscheidung unserer Zeit.

Aus dem Englischen von Johannes Hampel

Libérale Demokratie im Gegenwind der Weltpolitik

Pierre Buhler

Den Liberalismus neu denken – diese Aufgabenstellung verlangt, die liberale Grundordnung zunächst in den politischen Kontext zu stellen, der ihre aktuellen Grundlinien gezeichnet hat und wohl auch weiterhin ausformen wird. Dieser Liberalismus ist verwurzelt in dem Verbund aus den USA und Europa, die ihn unter dem vereinigenden Oberbegriff »der Westen« grundlegend definiert haben. Die 1945 geschaffene internationale Ordnung räumte dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit breiten Raum ein, um sowohl die kollektive Sicherheit als auch die innere Verfasstheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Dies war insbesondere das Ziel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948. Diese lieferte während des gesamten Kalten Krieges das Leitbild der liberalen Demokratie und diente dem westlichen Lager als Kompass im ideologischen Kampf gegen das gegnerische Lager, das sich um die Vormacht UdSSR versammelt hatte.

Der Zusammenbruch des von der UdSSR verkörperten Modells im Jahr 1989 schien zwar nicht gerade das von Francis Fukuyama ausgerufene »Ende der Geschichte« einzuläuten, wohl aber den Sieg des politisch-wirtschaftlichen Liberalismus, der sich zunächst in allen Teilen der Welt als Erfolgsverheißung der Moderne durchzusetzen schien. Doch diese optimistische Vision gilt mittlerweile als widerlegt. Ab 2005 kehrte sich die Demokratisierungswelle ins Gegenteil um. Infolgedessen leben mittlerweile fast drei Viertel der Weltbevölkerung in einer autokratischen Regierungsform – sei es eine auf Wahlen gestützte Autokratie oder eine Diktatur. Im

Gegensatz dazu ist die Zahl liberaler Demokratien bis 2024 auf 29 gesunken und umfasst nun weniger als eine Milliarde Menschen.

Die Ursachen der Ernüchterung

Die Gründe für die Wahrnehmung eines Niedergangs der Demokratie sind Gegenstand anhaltender tiefschürfender Debatten. Der Historiker Pierre Rosanvallon etwa erkennt im Vertrauensverlust einen wesentlichen Faktor für die Schwächung demokratischer Grundhaltungen.¹ Ähnlich klingt es in den von der Soziologin Dominique Schnapper diagnostizierten »Desillusionierungen« an, die sie als Folge eines »grenzenlosen Verlangens nach Freiheit und Gleichheit« beschreibt – eines übersteigerten »Libertarismus« in Verbindung mit überzogenen Erwartungen, die eine Ablehnung von Autorität und Misstrauen gegenüber der repräsentativen Demokratie hervorrufen.² In diesem Sinne betrachtet Francis Fukuyama die wachsende »Vetokratie« der Bürger in den Demokratien entwickelter Länder als Hindernis für das reibungslose Funktionieren des Systems.³

Die zweite häufig angeführte Ursachengruppe in dieser Debatte betrifft die Wirtschaftsordnung, die im Zuge der Globalisierung des Handels zwar für größeren Wohlstand gesorgt hat, jedoch um den Preis wachsender Ungleichheit und des sozialen Abstiegs eines bedeutenden Teils der Gesellschaft – Entwicklungen, die durch die Finanzkrise von 2008 noch beschleunigt wurden.

Der Soziologe Marc Lazar sieht die Ursachen ferner darin, dass das westlich-liberale Modell versagt habe, Herausforderungen wie etwa Arbeitslosigkeit, Prekarisierung des Arbeitsmarktes,

1 Vgl. dazu Rosanvallon, Pierre (2017): Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens. Hamburg: Hamburger Edition.

2 Vgl. dazu Schnapper, Dominique (2024): Les Désillusions de la démocratie. Paris: Gallimard.

3 Klein, Ezra (2016): Francis Fukuyama: America is in »one of the most severe political crisis I have experienced«. In: Vox, »<https://www.vox.com/2016/10/26/13352946/francis-fukuyama-ezra-klein>« (Letzter Abruf 09.02.2026).

Wohnungsnot und schwindende Kaufkraft zu bewältigen.⁴ Hinzu kämen die Terroranschläge, die die USA und Europa in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erschütterten und ein Unsicherheitsgefühl nährten, das mit dem Islamismus in Verbindung gebracht werde, sowie die Migrationskrise, die 2015 auf dem europäischen Kontinent ihren Höhepunkt erreichte. Darüber hinaus beobachtet er Reaktionen in Form eines »politischen Misstrauens gegenüber den Institutionen, den politischen Parteien, den nationalen Eliten und der Europäischen Union« sowie eine »Krise in Fragen der Kultur und der Identität«. Diese Krise speise sich aus den Fragen, die die Europäer umtreiben – »insbesondere der, was sie eigentlich als Nation und als Europäer ausmache, vor allem mit Blick auf die Zuwanderung –, zumal die beiden wichtigsten Integrationsmodelle, das in seiner Art allein dastehende französische Modell und das multikulturelle Modell, in der Krise stecken«.

Fukuyama wiederum beschreibt die Ausprägung dieses Phänomens in den USA und stellt fest, dass ein weiterer »Störfaktor« der Aufstieg der Identitätspolitik gewesen sei – das, was man auch als »woken Liberalismus« bezeichnen könnte. Dabei sei die vormals progressive Hinwendung zur Arbeiterklasse durch gezielte Schutzmaßnahmen für eine wesentlich kleinere Gruppe marginalisierter Bevölkerungsgruppen ersetzt worden: klassifizierte Minderheiten, Migranten, nach Genderkategorien definierte Minderheiten usw.⁵

Diese Konstellation bildete den Nährboden für das Wiederaufleben eines Populismus mit alten Wurzeln, das durch ein

4 Vgl. dazu Lazar, Marc (2019): *Populismes et peuplcratie en Europe. Des métamorphoses de nos démocraties?* In: *Diploweb*, »<https://www.diploweb.com/Populismes-et-peuplecratie-en-Europe-Des-metamorphoses-de-nos-democraties.html>« (Letzter Zugriff 09.02.2026) und Diamanti, Ilvo und Lazar, Marc (2019): *Peuplecratie. Les métamorphoses de nos démocraties*. Paris: Gallimard.

5 Fukuyama, Francis (2024): *What Trump unleashed means for America*. In: *Financial Times*, »<https://www.ft.com/content/f4dbcodf-abod-431e-9886-44acd4236922>« (Letzter Zugriff 09.02.2026).

weiteres Phänomen – eine direkte Folge des Informationszeitalters – noch beschleunigt wurde: die Verwandlung des »Raumes der Informationen« sowohl in der Innenpolitik als auch in den internationalen Beziehungen. Desinformation und Manipulation sind damit zu gängigen Mitteln russischer Einmischung und Einflussnahme auf die öffentliche Meinung geworden. Die Präsidentschaftswahlen in der Republik Moldau im Herbst 2024 und vor allem danach die Präsidentschaftswahl in Rumänien im Jahr 2025 offenbarten ein spektakuläres Ausmaß russischer Übergriffe. Russland nutzte soziale Netzwerke, um einen völlig unbekannten rechtsextremen Kandidaten an die Spitze des ersten Wahlgangs in Rumänien zu befördern, woraufhin das Verfassungsgericht die Wahl annullierte. Diese geballten Aktionen beschränken sich jedoch nicht auf Wahlkämpfe, sondern sind Teil einer breit angelegten Strategie, die die Grenzen zwischen wahr und falsch verwischt und Verschwörungstheorien verbreitet.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Nationalpopulismus

Durch das Zusammenwirken all dieser Kräfte ist das Lager der Demokratien – gerade jenes, in dem die liberalen politischen Werte als am tiefsten verwurzelt galten – vom Aufstieg populistischer Kräfte erschüttert worden. Die Definitionen von Populismus variieren zwar, doch stimmen sie in den Merkmalen des Phänomens überein: dem Postulat der alleinigen Legitimität des »Volkes«, das idealisiert und den »korruptierten Eliten« entgegengestellt wird; der Legitimation durch die Wahlurne; sowie einem zugleich ausschließenden und missbräuchlichen Umgang mit den Rechten, die eine Mehrheit innerhalb demokratischer Institutionen besitzt – kurz, einem »illiberalen« Verständnis der Spielregeln der Demokratie.

Während die aufeinanderfolgenden Amtszeiten Silvio Berlusconi in Italien als erste Verkörperung eines populistischen Regierungsstils auf europäischem Boden angesehen werden können, gab es ähnliche Erfahrungen auch nach 1990 in der Slowakei, in Ungarn und in Polen. Den entscheidenden Anstoß zu einer dauerhaften Etablierung des Nationalpopulismus gab

jedoch der überwältigende Sieg der ungarischen Fidesz-Partei im Jahr 2010, der es dem Parteichef Viktor Orbán ermöglichte, die Verfassung zu ändern. Dieses Beispiel machte auch in Warschau Schule, wo Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Jahr 2015 alle Schaltstellen der Macht übernahm. Im Jahr 2016 beflügelten der Ausgang eines Referendums mit populistischem Beiklang zugunsten des Brexits im Vereinigten Königreich und noch mehr die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA eine nationalpopulistische Bewegung, die in Westeuropa bis dahin eher spärlich vertreten war. Doch 2018 pendelte Italien erneut auf diesen populistischen Kurs ein und brachte eine Koalition aus der Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung an die Macht.

Dieser Sieg sorgte bei den Europawahlen im Frühjahr 2019 für einen deutlichen Zuwachs an Sitzen und Stimmenanteilen dieser Parteien – von 16 Prozent auf 22 Prozent der abgegebenen Stimmen. Und obwohl erst der Sieg der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Geschwister Italiens) bei den Wahlen 2022 ihrer Anführerin Giorgia Meloni den Zugang zur Regierung verschaffte, verzeichnen seither praktisch alle Wahlen – ob national oder lokal – einen Aufschwung der rechtsextremen Parteien, sei es in Schweden, Belgien, den Niederlanden, Spanien, der Slowakei oder Deutschland. Zwar gelang es einem Wahlbündnis im Jahr 2023, die PiS in Polen von der Macht zu verdrängen, doch blieb diese Partei dennoch die stärkste Kraft im Parlament und errang 2025 das Präsidentenamt. Die Europawahl 2024 bestätigte eine weitere Stärkung dieses Trends, denn der Stimmenanteil dieses Lagers vollführte einen Sprung um rund 10 Prozent – von 22 Prozent auf 32–33 Prozent – und sicherte den disparaten und mitunter rivalisierenden Parteien dieses Spektrums nahezu ein Drittel der Sitze im Europäischen Parlament. In den nationalen Urnengängen führten diese Erfolge dazu, dass in Frankreich der Rassemblement National 2024 mit über einem Drittel der Stimmen zur stärksten Partei aufstieg und in Deutschland die AfD mit fast einem Viertel der Sitze im Bundestag zur zweitstärksten Kraft im Jahr 2025 wurde.

Die Neuerfindung der »westlichen Zivilisation«

Dieser Aufstieg, so spektakulär er auch ist, wurde durch das Comeback Donald Trumps in den USA im Jahr 2025 in den Schatten gestellt. Ob es sich nun um direkte Einmischungen oder die indirekten Auswirkungen des Trumpismus handelt – in Europa ebenso wie anderswo –, dieses Phänomen wird die innere Ordnung eines Teils der Welt und erst recht die internationale Ordnung neu definieren. Darin vereinen sich eine reaktionäre Ideologie, eine von den überragenden Interessen der Vereinigten Staaten (*America First*) geleitete Politik und die Rolle Trumps selbst bei der Definition dieser Interessen. Diese Kombination mag überraschen, galt doch die amerikanische Gesellschaft lange Zeit – vielleicht vorschnell – als durch einen breiten Konsens über die Werte des politisch-wirtschaftlichen Liberalismus geeint.

Auch wenn er nicht mit einem ausgefeilten politischen Wahlprogramm an die Macht gelangte, machte sich der amerikanische Präsident während seiner ersten Amtszeit (2017 bis 2021) daran, seine großen Wahlkampfthemen umzusetzen – basierend auf Nationalpopulismus, Protektionismus, Verriegelung der Grenzen für Migranten, Vorrangstellung geschäftlicher Interessen (»Transaktionalismus«) und Deregulierung. Diese Erfahrung und die Dynamik, die sie in konservativen Kreisen und deren Think-Tanks auslöste, haben zwischen der Wahl 2016 und jener von 2024 das ideologische Fundament dessen geformt, was im Zuge der Erfolge des Slogans »Make America Great Again« zur MAGA-Bewegung wurde. Diese Bewegung nutzte eine Rede Trumps im Juli 2017 in Warschau – in der er zur Verteidigung »unserer Zivilisation« aufrief, die von »Zerstörung« bedroht sei – als willkommene Einladung, eine Definition der »westlichen Zivilisation« zusammenzustückeln.

Die Zusammenführung von Elementen aus verschiedenen Strömungen zeigt Spuren eines weißen Suprematismus mit rassistischem Einschlag, eines identitären Nationalpopulismus, des traditionsverbundenen amerikanischen Evangelikalismus und eines neueren katholischen Fundamentalismus sowie einer hemmungslos-libertären Kultur. Als Verkörperung gerade dieser beiden zuletzt genannten Strömungen bot Vizepräsident J. D. Vance

im Februar 2025 in München die spektakulärste Illustration hierfür. Er schockierte sein Publikum, indem er die Hauptbedrohung als »Bedrohung von innen« bezeichnete und die Europäer dafür rügte, dass sie bei »einigen der fundamentalsten, mit den Vereinigten Staaten geteilten Werten« einen Rückschritt vollzogen hätten – nämlich durch die angeblich von europäischen Regierungen und der EU-Kommission errichteten Schranken der Meinungsfreiheit im Kampf gegen »Hassrede« oder Desinformation, in der Verfolgung von Abtreibungsgegnern usw. Anschließend begab er sich – wenige Tage vor den Bundestagswahlen in Deutschland – demonstrativ dorthin, um die Vorsitzende der rechtsextremen AfD zu unterstützen. »Der demokratische Rückschritt in Europa hat nicht nur Auswirkungen auf die europäischen Bürger, sondern beeinträchtigt zunehmend auch die Sicherheit und die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung der amerikanischen Bürger und Unternehmen«, kritisierte im Juni 2025 ein Dokument des Außenministeriums mit dem Titel »Die Notwendigkeit zivilisatorischer Verbündeter in Europa«.⁶

Einige Monate später bekräftigte die »Nationale Sicherheitsstrategie« dieses Ziel, das sich die Trump-Regierung gesetzt hatte, nämlich die »Förderung der europäischen Größe«. Der alte Kontinent und insbesondere die Europäische Union werden darin als von einem »zivilisatorischen Untergang« bedroht dargestellt, verursacht durch »Migrationspolitiken, die den Kontinent so stark verändern«, dass er »in 20 Jahren nicht mehr wiederzuerkennen sein wird«, durch »Zensur der Meinungsfreiheit, die Unterdrückung der Opposition«, durch »regulatorische Erstickung«, durch die Schwächung »der politischen Freiheiten und der Souveränität (und) die Umkehrung der Regeln der Demokratie«. Da Europa für die Vereinigten Staaten »strategisch und kulturell lebenswichtig« ist, bieten diese den Europäern ihre Hilfe an, um »ihren Kurs zu

6 Samson, Samuel (2025): The Need for Civilizational Allies in Europe. In: Bureau for Democracy, Human Rights, and Labor, State Department, 27 Mai 2025, »<https://statedept.substack.com/p/the-need-for-civilizational-allies-in-europe>« (Letzter Zugriff 24.03.2026).

korrigieren«, und setzen zu diesem Zweck große Hoffnungen auf den »wachsenden Einfluss patriotischer europäischer Parteien« und »gesunde Nationen in Mittel-, Ost- und Südeuropa.«⁷ Deutlicher kann man es nicht sagen.

Dementsprechend ist die so umdefinierte »westliche Zivilisation« aus sorgfältig ausgewählten »jüdisch-christlichen« Werten gewoben, bereinigt um alle Elemente von Liberalismus, Humanismus, Säkularismus, Permissivität, Toleranz gegenüber Vielfalt und allem, was als »woke« etikettiert werden kann. Und eben diese Ideologie haben ihre Vorkämpfer nun auf dem europäischen Kontinent zu verbreiten begonnen. Zwar hat Steve Bannon, der Trump in dessen Wahlkampf und zu Beginn seiner ersten Amtszeit beriet, bereits 2017 mit einer Organisation namens *The Movement* versucht, die extreme Rechte des Alten Kontinents zu einen, doch erst im Zuge von Donald Trumps zweitem Präsidentenwahlkampf gewann dieser Aktivismus an Schwung. Mehrere US-amerikanische Zusammenschlüsse – wie die Konferenz des Nationalkonservatismus (NatCon) und die Conservative Political Action Conference (CPAC) – wurden mobilisiert und organisierten ab Anfang 2024 Zusammenkünfte bzw. Treffen mit unterschiedlichen Führungsfiguren der europäischen Politik. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, dessen ideologische Linie Donald Trump nach eigener wiederholter Bekundung als Inspirationsquelle nutzt, ist eine Schlüsselfigur dieser Aktionen und Bündnisse, die einer unverhohlenen Einmischung in europäische Wahlprozesse gleichkamen. So erhielt der rumänische Präsidentschaftskandidat George Simion, der sich unverhohlen als »MAGA«-Kandidat präsentierte, zwischen den beiden Wahlgängen im Mai 2025 Besuch und Unterstützung vom CPAC-Vorsitzenden. Und in Polen profitierte der Präsidentschaftskandidat der PiS, Karol Nawrocki – den Trump im Weißen Haus empfangen und ausdrücklich unterstützt hatte – seinerseits bei einer von der CPAC organisierten Kundgebung

7 The White House (2025): National Security Strategy of the United States of America. In: The White House, November 2025, pp. 25–27, »<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>« (Letzter Zugriff: 24.03.2026).

wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang von der Unterstützung der US-Heimatschutzministerin Kristi Noem. Diese hatte ausdrücklich die Qualität der künftigen Beziehungen zu Präsident Trump und die Aufrechterhaltung eines US-Truppenkontingents von der Wahl des PiS-Kandidaten abhängig gemacht.

Drei Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigt sich, dass in den meisten Ländern Europas eine starke Dynamik die Wählerschaft hin zu radikalen politischen Positionen drängt – überwiegend zu rechts nationalpopulistischen Positionen, aber auch zum entgegengesetzten Rand hin – und dass diese im Widerspruch zu den liberalen Werten stehen. Diese Dynamik speist sich aus vielfältigen Ursachen innerhalb der Gesellschaften. Verstärkt wird sie durch eine europaweite Koordination der rechtsextremen Parteien, die trotz mancher Differenzen in einer gemeinsamen Abneigung gegen die Grundsätze des Liberalismus vereint sind. Die Sogwirkung des Trumpismus fügt dieser Gleichung einen neuen Faktor hinzu, indem die europäische nationalpopulistische Bewegung in ein US-amerikanisches politisches Projekt – die Neudefinition der »westlichen Zivilisation« zunächst durch das MAGA-Netzwerk – integriert wird, und nun in Form einer Politik der offenen Einmischung durch die amtierende Regierung. Die »Nationale Sicherheitsstrategie« hat in Europa zwar für Entsetzen gesorgt, wurde jedoch keineswegs einstimmig abgelehnt. Diese Initiativen wurden von einigen europäischen Regierungschefs begrüßt und finden auch die Zustimmung nationalpopulistischer Politiker, die von nationalistischen Instinkten getrieben sind und sich von diesem Rückenwind aus Amerika einen schnelleren Aufstieg zur Macht erhoffen, wie man es in Mitteleuropa gesehen hat. Welche Gefahr diese »reaktionäre Internationale« für die liberale Demokratie darstellt, zeigen die Praktiken, die in Ungarn, in Polen während der PiS-Regierung (2015–2023) und seit 2025 in den USA zu beobachten sind: politische Kontrolle über die Justiz, Missachtung der Rechtsstaatlichkeit, Unterwerfung der öffentlich

verfügbaren Medien, Aushöhlung der Pressefreiheit, Angriffe auf die akademische Freiheit ...

Die zweite Schlussfolgerung lautet, dass diese Offensive, die aus dem Inneren der Europäischen Union und der USA kommt, auch darauf abzielt, das europäische politische Projekt rückabzuwickeln – ein Projekt, das in Washington wie übrigens auch in Moskau verhasst ist und das in Europa von einer nationalpopulistischen Bewegung auf dem Weg in den Autoritarismus verworfen wird, mit der Begründung, es beschränke die nationale Souveränität – womit eigentlich die willkürliche Machtausübung gemeint ist. Dabei sind doch die Regeln, die durch Verträge festgelegt und in jedem Land ordnungsgemäß ratifiziert wurden, eindeutig. Alle Prinzipien der liberalen Grundordnung sind nämlich unmissverständlich in der Charta der Grundrechte der EU formuliert, die im Jahr 2000 in die Verträge aufgenommen und folglich mit derselben Rechtskraft ausgestattet wurde. Das Gefüge aus Verträgen und Institutionen, die mit ihrer Durchsetzung betraut sind, bildet einen starken Damm gegen die konstatierten Fehlbildungen, um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu gewährleisten – Verpflichtungen, denen sich ein Staat nur durch den Austritt aus der Union entziehen kann. Doch ist eben dieser Austritt ein Risiko, das laut regelmäßigen Umfragen in allen 27 Mitgliedstaaten der Union keine europäische Nation bereit ist einzugehen. Die europäische Einigung dient sowohl den Bürgern als auch den politischen Entscheidungsträgern Europas als politischer und moralischer Kompass. Sie ist dies auch für den Rest der Welt, wo viele mit Hoffnung und auch Neid auf dieses Vorbild blicken. Um ein solcher Kompass zu bleiben, verfügen die Hüter der Verträge – also die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) – über die Mittel zu ihrer Durchsetzung. Sie müssen davon auch Gebrauch machen!

Drittens muss schließlich durch die öffentlich vorgetragenen politischen Positionen der europäischen Staaten – seien es jene der hoheitlichen Kernbereiche wie Justiz oder innere Sicherheit, aber nicht nur diese – entschlossen gehandelt werden, um das Vertrauen der Bürger in die repräsentative Demokratie und deren Institutionen wiederherzustellen, das in einer Reihe dieser

Länder stark unterhöhlt ist. Dabei gilt es, den schmalen Grat zwischen der Wahrung der individuellen Freiheitsrechte und der Achtung der Menschenrechte sorgfältig auszubalancieren. Einigen europäischen Staaten wie Irland oder Dänemark ist es dank ihrer Politik gelungen, nationalpopulistische Parteien vom Zugang zur Macht fernzuhalten. Zwar lässt sich gewiss kein Grundmuster eins zu eins von einem Land auf ein anderes übertragen. Doch die weitere Diskussion muss anhand einer sorgfältigen, unvoreingenommenen Betrachtung all dieser Erfahrungen geführt werden. Ein solches Vorgehen scheint am ehesten geeignet, das Modell der liberalen Demokratie zu bewahren.

Aus dem Französischen übersetzt von Johannes Hampel

Unsere Demokratie in der Krise

Jacques Rupnik*

Vor 35 Jahren wurde im Zuge der Rückkehr der Demokratie die Sozialwissenschaftliche Fakultät (FSV) an der Prager Karls-Universität eingerichtet. Deren *spiritus agens* war der tschechische Soziologe Miloslav Patrusek. Er bemühte sich, einen Kreis von Dozenten zu versammeln, dem auch ich die Ehre hatte anzugehören. Ziel war es, einige Fachbereiche wiederzubeleben, so zum Beispiel die Politologie oder Politische Soziologie. Vor allem ging es jedoch darum, die mit der neu entstehenden Demokratie einhergehenden Phänomene und Prozesse zu verstehen. Diese Entwicklungen waren Teil eines internationalen Aufblühens des Wissenschaftsbetriebes, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, und können unter dem Begriff »transitions to democracy« zusammengefasst werden.

Diese Entwicklung bestimmte die Themen, Begrifflichkeiten und Theorien, auf die wir uns gestützt haben. Angefangen bei der Problematik des Dahrendorf'schen Dreisatzes für Mitteleuropa: Wahlen und eine neue Verfassung – 6 Monate; Übergang zur Marktwirtschaft – 6 Jahre; Herausbildung einer Zivilgesellschaft – 60 Jahre.¹ Diese drei Dimensionen der Transformation hin zur Demokratie waren eng miteinander verwoben, hatten aber jeweils einen anderen Zeithorizont. Der Umgang mit der Zeit war die zentrale politische Herausforderung der Transformationsphase.

* Dieser Text ist eine leicht redigierte Fassung eines Vortrags mit dem Originaltitel *Naše nynější krize demokracie*, der am 23. Juni 2025 an der Karls-Universität Prag gehalten wurde.

1 Dahrendorf, Ralf (1990): *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. München: DVA.

Ein Teil der Angehörigen der FSV traf sich im Jahr 1990 in Turin zu einem Kolloquium, das von Professor Václav Bělohradský organisiert worden war und in dessen Nachgang ein Buch mit dem Titel *Democrazie da inventare* herausgegeben wurde, oder eben die Neu-erfindung der Demokratie.²

Das war quasi gestern, in den 1990er Jahren, und was ich gerade erwähnt habe, ist keine nostalgische Erinnerung, sondern die Feststellung, dass wir uns in einer völlig anderen, geradezu gegensätzlichen Zeit befinden. Wir studieren nicht mehr die Bedingungen der Entstehung von Demokratie, sondern den Verfall und die Abkehr von Demokratie sowie das Abdriften hin zu halb autoritären Regimen oder sogenannten »illiberalen Demokratien«. Dieser aus der Politikwissenschaft stammende Begriff ist in die Politik übernommen worden, als Viktor Orbán ihn vor zehn Jahren in Ungarn für sich vereinnahmt hat.

Vor 30 Jahren ging es um die »Verbreitung von Demokratie« nicht nur in Mitteleuropa. Heute untersuchen wir wie in einer Art Vergleichsstudie ihren Rückgang und überlegen gar Möglichkeiten zu ihrer Rettung. Es genügt, sich die aktuelle Debatte über den Zustand der Demokratie in den Vereinigten Staaten anzusehen, die bis vor kurzem, insbesondere in Mitteleuropa, noch als Vorbild und Stütze der liberalen Demokratie galten. Renommiertere Akademiker, darunter Francis Fukuyama (ja, »das Ende der Geschichte«, es gibt keine Alternative zur liberalen Demokratie, verkündete er kurz nach 1989!), diskutieren heute über die Gefahr ihres nahenden Todes.³ Martin Wolf, Autor des Buches *The Crisis of Democratic Capitalism*⁴, schreibt über Trumps Machtübernahme wie über einen »Staatsstreich«. Anne Applebaum hat ein Buch herausgegeben,

2 Bělohradský Václav et al. (1991): *Democrazie da inventare: culture politiche e Stato in Ungheria e Cecoslovacchia*. Turin: Edizioni della Fondazione Giovanni Agnelli.

3 Fukuyama, Francis (2020): *Der Liberalismus und seine Feinde*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

4 Wolf, Martin (2023): *The Crisis of Democratic Capitalism*. London: Penguin.

das den aussagekräftigen Titel *Twilight of Democracy* trägt.⁵ Wenig später erschien die Fortsetzung *Autocracy, Inc.*⁶ Darin befasst sie sich mit dem aktuell weltweiten Vormarsch autoritärer Regime. Die Liste könnte ich noch weiter fortführen. Neue Forschungs- und Interessenbereiche sind zum Beispiel »democratic backsliding« und »transition to authoritarianism«.

Ich hatte eingangs davon gesprochen, dass die Gründung der FSV mit der Erneuerung der Demokratie zusammenhängt. Vor zwei Wochen hat die Universität Harvard, an der ich drei Jahre studieren durfte – eine Erfahrung, die mein Leben genau wie das vieler anderer Studierender stark geprägt hat –, eine Anordnung von Kristi Noem, Ministerin für Heimatschutz, erhalten: das Verbot, ausländische Studierende aufzunehmen. Dies ist ein nie dagewesener Eingriff und zugleich eine Mahnung, dass die Freiheit der Wissenschaft nicht irgendein veraltetes Privileg ist, sondern ein grundlegender Bestandteil einer freien und offenen Gesellschaft. Doch in dieser ehemaligen Bastion liberaler Demokratie scheint das nun keine Selbstverständlichkeit mehr.

Demokratie verbreitet sich vom Zentrum aus in Richtung Peripherie. Diese Annahme war vor 30 Jahren akademischer Konsens. Auch die Erweiterung der EU wurde oft so verstanden und präsentiert. Aber was, wenn nun dieses Zentrum selbst in Frage gestellt wird oder direkt Anteil an der Verbreitung einer populistischen Version von Demokratie hat? Kristi Noem flog einen Tag nach der Verkündung des Anti-Harvard-Dekretes nach Polen, wo sie die polnischen Wählerinnen und Wähler dazu aufrief, den Kandidaten der PiS-Partei, Karol Nawrocki, ins Präsidentenamt zu wählen: »Wenn Sie für Ihre eigene Sicherheit eine Sicherheitsgarantie der Amerikaner wollen, sollten Sie einen Präsidenten wählen, der Donald Trump nahesteht ...«

5 Applebaum, Anne (2021): Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist. München: Siedler.

6 Applebaum, Anne (2024): Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten. München: Siedler.

Die Demokratie wird von außen durch die Expansion des russischen Reiches bedroht und von innen geschwächt: Durch massiv schwindendes Vertrauen in die politischen Eliten und Institutionen sowie in deren Fähigkeit, Krisensituationen und neue Herausforderungen zu bewältigen. Für den Anstieg von Populismus und die Verbreitung »illiberaler« Demokratie sind weder Putin noch die chinesischen Kommunisten verantwortlich, auch wenn beide Mächte versuchen, diese Entwicklungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies stellt noch nicht den Beginn einer Diktatur dar, sondern den einer sogenannten »illiberalen Demokratie«: Es finden zwar Wahlen statt, jedoch sind der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung faktisch aufgehoben und die unabhängigen Medien bedroht.

Dieses Infragestellen der Demokratie besitzt eine tschechische, eine mitteleuropäische, eine gesamteuropäische sowie eine internationale Dimension. In der tschechischen Parlamentswahl im Jahr 2025 hatte man die Wahl – ähnlich wie in anderen Staaten – zwischen einer liberalen proeuropäischen Koalition und einer populistischen Koalition, bei der die Partei von Andrej Babiš »ANO« zwei mögliche Koalitionspartner hat. Die eine Möglichkeit ist die tschechische SPD, Partner von Marine Le Pen, Geert Wilders und anderen nationalkonservativen Parteien in der EU. Der Vorsitzende der Partei, Tomio Okamura, ist ein Verfechter einer »direkten Demokratie« und will die tschechische Identität und Souveränität schützen.

Die andere Möglichkeit für Babiš war, sich in dieser Parlamentswahl mit der postkommunistischen Koalition, dem Wahlbündnis »Stačilo!« (dt.: Genug! Oder: Es reicht!) zusammenzutun. Die Partei von Babiš heißt »ANO« (dt. JA), aber es ist nicht klar, wozu »Ja« gesagt wird, weil es hauptsächlich um ein »Ja« für ihn selbst geht. Ähnlich wie in der Slowakei, wo Ministerpräsident Robert Fico vor 20 Jahren die Partei »SMER« (dt. Richtung) gegründet hat, ohne zu definieren, was für eine Richtung eingeschlagen werden soll. Hier greift nun eine gewisse Definition von Populismus: Zuerst bereite Fico den ehemaligen Wählerinnen und Wählern des in den 1990er Jahren aktiven Nationalpopulisten Vladimír Mečiar eine sanfte Landung (*soft landing*). Dann bekannte er sich zur Sozialdemokratie.

Heute steht Fico Orbáns 2024 gegründetem Parteienbündnis der »Patrioten für Europa« nahe und hat 2025 sogar an der konservativen CPAC-Konferenz in Washington teilgenommen, kurz bevor er anlässlich der Feierlichkeiten am 9. Mai Wladimir Putin in Moskau einen Besuch abstattete.

Die Abkehr von der liberalen Demokratie in Mitteleuropa lässt sich auf spezifische Ursachen zurückführen. Da ist zum einen das Erbe eines halben Jahrhunderts in Unfreiheit (1940–1990); zum anderen die seit dem 19. Jahrhundert schwachen Traditionen liberaler Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft sowie die mangelnde Verwurzelung der neuen demokratischen Institutionen. Es ist jedoch wichtig, den Blickwinkel zu erweitern und zumindest die grundlegenden allgemeinen Erklärungsansätze zu erwähnen, die uns die Gesellschaftswissenschaften anbieten.

1. Sozioökonomische Gründe: Die umfangreiche wissenschaftliche Literatur betont die geschwächte Mittelschicht als »winner and loser« der Transformation. Dabei wird hervorgehoben, dass eine langfristige Stabilisierung der Demokratie ohne eine starke Mittelschicht nicht möglich ist. Barrington Moore bringt das in seinem klassischen Werk *Social Origins of Dictatorship and Democracy* (1966) folgendermaßen auf den Punkt: »No bourgeoisie, no democracy«. Doch damit meint der Historiker den Mittelstand, nicht das eine Prozent, dem zwei Drittel des globalen Reichtums gehören. Der politische Liberalismus wird demnach für die Exzesse des ökonomischen Liberalismus bestraft.⁷
2. Die zweite Hypothese bezieht sich auf das Erstarken des Nationalismus, des »Souveränismus« und der Identitätspolitik im gesamteuropäischen Kontext zunehmender mit dem Thema Migration zusammenhängender Ängste, insbesondere jedoch in den Gesellschaften Mitteleuropas, die – selbst nach dem Kalten Krieg – sehr homogen geblieben sind. Das ist eine Politik des Schutzes des eigenen Volkes und des Abschottens gegenüber einer liberalen »offenen Gesellschaft«. »Faschismus

7 Moore, Barrington (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.

droht, wenn eine Angelegenheit einer Nation in Konflikt mit den Angelegenheiten der Demokratie gerät«, schrieb der ungarische Denker István Bibó im Jahr 1944.⁸ Die »Angelegenheiten der Nation« im Konflikt mit den Angelegenheiten der von der EU vertretenen liberalen Demokratie: So formulieren diese politische Entscheidung Viktor Orbán und seine mitteleuropäischen Partner in der neuen EU-Fraktion »Patrioten für Europa«, die die Ambition haben, die Europäische Union von innen heraus zu transformieren. »Brüssel besetzen!« lautet Orbáns Prämisse.

3. Und es gibt eine weitere, eine dritte Hypothese, die von Konservativen wie dem polnischen Politologen und Politiker (eine unglückliche Kombination!) Ryszard Legutko geprägt wird. In seinem Buch *The Demon in Democracy* sieht er in den sogenannten »Kulturkämpfen« und dem angeblichen Bemühen der EU, einen gesellschaftlichen Liberalismus (also die Einbeziehung der Rechte verschiedener Minderheiten) durchzusetzen, der die traditionellen Werte Familie – Volk – Religion/Kirche aufweicht. Das ist angeblich der Hauptgrund für die aktuelle Krise unserer Demokratie.⁹

Augenscheinlich stehen die mitteleuropäischen Merkmale in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Tendenz.

Damit ist vor allem die Vertrauenskrise gemeint, die durch das Zusammenspiel der sich gegenseitig verstärkenden Trends – Technokratie und Populismus – weiter verschärft wird. Die Technokratie bemüht sich um die Entpolitisierung von Entscheidungen, die offensichtliche gesellschaftliche Auswirkungen haben. Die Anhänger des Populismus hingegen versuchen auf ihre Weise, ihre eigene Version einer politischen Umkehr, auch als »Tyrannei der Mehrheit« (Alexis de Tocqueville)¹⁰ bezeichnet, durchzusetzen. Dieser Weg führt in die »Post-Demokratie« (Colin

8 Bibó, István (1991): Deutsche Hysterie. Berlin: Insel Verlag, o. S.

9 Legutko, Ryszard (2016): *The Demon in Democracy: Totalitarian Temptations in Free Societies*. New York: Encounter Books.

10 »So lässt die Demokratie jeden nicht nur seine Ahnen vergessen, sie verbirgt ihm auch seine Nachkommen und trennt ihn von seinen

Crouch), gemeint ist damit nicht ein Leugnen von Demokratie, sondern ihre Aushöhlung (so wie »post-industriell« nicht »anti-industriell« oder »post-modern« nicht »anti-modern« heißt).¹¹

- Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Nationalismus.
- Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Totalitarismus.
- Das 21. Jahrhundert begann unter dem Vorzeichen des Populismus.

Populismus hat verschiedene Ausprägungen, aber auch einen gemeinsamen Nenner: ein gegen die korruptierten Eliten geeintes Volk, wir und »die da oben« (was in Mitteleuropa zum Erbe der kommunistischen Zeit gehört). Die Populisten verbuchen den moralischen und politischen Anspruch auf das Monopol der Repräsentation des Volkes für sich. Dieses Volk will sich auf einen starken Leader verlassen. Es schätzt seine starken Worte und das Versprechen, entschieden zu handeln. Im Gegensatz dazu steht die Gewaltenteilung mit ihren langwierigen Aushandlungsprozessen, die von ihren Bürgerinnen und Bürgern oft als Handlungsunfähigkeit ausgelegt wird. Aber das ist schon längst nicht mehr nur ein Problem Mitteleuropas.

Im größeren Kontext betrachtet, bestimmen zwei Hauptfaktoren den Zustand der Demokratie und ihrer Zukunft. Demokratie, vor allem im heutigen medialen Zeitalter der sozialen Netzwerke, unterliegt der Tyrannei der Gegenwart. Das liegt an der kommunikativen Unmittelbarkeit der sozialen Netzwerke und ihrer Fähigkeit, Emotionen zu mobilisieren, vor allem Angst und »fluide Wut« gegenüber den Eliten, dem »System«, Fremden, Europa usw.¹²

Die Politik hat ihren Blick für die Zukunft eingebüßt. Übriggeblieben ist die Verwaltung des täglichen wirtschaftlichen und politischen Betriebs. Wer meint, er hätte eine Vision, wird zum Augenarzt geschickt. Alle Utopien des 20. Jahrhunderts haben

Zeitgenossen«, in Tocqueville, Alexis de (1984): Über die Demokratie in Amerika. München: dtv klassik.

11 Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

12 Bělohradský, Václav (2007): Společnost nevolnosti. Prag: SLON.

enttäuscht, und übrig geblieben ist nur noch eine letzte, ziemlich beängstigende: Sie ist technologisch, kommt aus Kalifornien und heißt KI – künstliche Intelligenz. Wir wissen noch nicht im Einzelnen, welchen Einfluss KI auf die Demokratie haben wird, aber es ist völlig klar, dass sie den Aufschwung des Zeitalters der Postfaktizität beschleunigen wird: Relevant sind nicht mehr Fakten, sondern nur noch Narrative. Doch wie lässt sich die für die Demokratie so wichtige öffentliche Sphäre erhalten und ein sinnvoller Dialog über das öffentliche Wohl führen, wenn eine Einigung auf die Fakten unmöglich ist?

Die Demokratie muss auch ihren eigenen Raum neu definieren, also einen passenden Rahmen abstecken, in dem zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Verantwortung ihren Zweck erfüllen können. Historisch gesehen ist Demokratie ein Output des Nationalstaates. Die europäischen Nationalstaaten sind »zu klein für große Dinge und zu groß für kleine Dinge«.¹³ Es müssen neue Wege der Kommunikation zwischen dem Lokalen, dem Gesamtstaatlichen und dem Europäischen gefunden werden. Die Stärkung der europäischen Dimension der Demokratie und der Dezentralisierung werden für die Erneuerung unseres politischen Systems und für unsere Fähigkeit, unsere Nachbarschaft zu beeinflussen, von entscheidender Bedeutung sein.

In der aktuellen Situation lässt sich das an zwei Erkenntnissen illustrieren: Mit dem Krieg und der Perspektive auf Annäherung der Ukraine an die EU verschiebt sich der geopolitische Schwerpunkt der Europäischen Union gen Osten. Gleichzeitig verschiebt sich der politische Schwerpunkt der Mitgliedstaaten nach rechts. Das ist nicht mehr ein rein mitteleuropäisches, sondern ein gesamteuropäisches Problem.

Zum Abschluss dieser nicht gerade ermutigenden Betrachtungen zum Stand unserer Demokratie möchte ich jedoch einige Möglichkeiten aufzeigen, wie sich der derzeitigen Krise begegnen

13 Hoffmann, Stanley (1966): *Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe*. In: *Daedalus*, Jg. 95, Nr. 3, S. 862–915.

lässt. Es ist kein Allerheilmittel, sondern, um Hašeks Švejk zu paraphrasieren, »eine leise Hoffnung in den Grenzen des Gesetzes«.¹⁴

Die Zukunft der Demokratie ist nicht, war nie und wird niemals gesichert sein. Das liegt in ihrer Natur und Verletzlichkeit begründet. Sie ist wie ein Schiff, in das unablässig Wasser eindringt, und unsere Sisyphus-Aufgabe ist es, dieses Wasser unablässig abzuschöpfen, damit wir uns über Wasser halten. Doch das ist immer noch ein vielversprechenderer Weg als ein totalitärer Eisbrecher, der, wenn er mit etwas kollidiert, schnell und hoffnungslos untergeht.

Ein wichtiger Appell kommt aus Polen: Es ist nicht unmöglich, das Abgleiten in eine illiberale Demokratie durch die Mobilisierung der Gesellschaft über Wahlen umzukehren. »Reversibility«. Ja, die Demontage ist anstrengend und niemand verfügt über eine einfache Anleitung. Kann oder muss man außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen, um die »Konterrevolution« zu brechen, die Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán 2016 gemeinsam ausgerufen haben? Oder sich an die Regeln des Rechtsstaates halten und Veränderungen allenfalls von einer streikenden Administration, dem Präsidenten oder dem sich fest in den Händen der PiS befindlichen Verfassungsgericht blockieren lassen? Die Haupte Erkenntnis jedoch bleibt: Polen zeigt, dass das Erstarken des antidemokratischen völkischen Populismus aufgehalten und teilweise wieder umgekehrt werden kann. Die Parlamentswahlen in Ungarn im Frühjahr 2026 werden zeigen, welche eigenen Antworten die Menschen dort auf diese Fragen finden. Daher wird diese Wahl von großer Bedeutung für ganz Mitteleuropa sein.

Schließlich bleibt noch die bereits erwähnte europäische Dimension: Sie setzt denjenigen Mitgliedstaaten Grenzen, die unter dem Banner der Souveränität einen Weg der Abkehr vom Rechtsstaat eingeschlagen haben. Das trifft auf Polen zu, ebenso wie auf Ungarn und ganz aktuell auch auf die Slowakei. Wichtig ist jedoch vor allem: Egal welches kontrovers diskutierte Thema (Sicherheit, Klimawandel, Pandemie, Migration) man heute betrachtet, niemand kann ernsthaft behaupten, die Nationalstaaten wären in der Lage,

14 Hašek, Jaroslav (2015): Die Abenteuer des guten Soldaten Švejk im Weltkrieg. Stuttgart: Reclam.

diese Herausforderungen allein zu bewältigen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Verknüpfung von nationaler und europäischer Dimension der Demokratie immer mitgedacht werden muss. Hier verschmilzt die ursprüngliche Idee der Gründer des europäischen Projekts mit dem Inhalt der an dieser Universität erfolgreich gelehrt Europastudien.

Während man westlich von uns über den Niedergang der Demokratie debattiert, wird östlich von hier, in der Ukraine, ein erbitterter Kampf um das Schicksal des Landes und seiner Demokratie geführt. Das könnte unsere Bedenken relativieren: Wir wissen nicht, wie die perfekte Demokratie aussieht, aber wir wissen mit Sicherheit, was eine perfekte Diktatur ausmacht. Manchmal kann eine solche Vereinfachung, verbunden mit der Erkenntnis, dass diese demokratischen Dimensionen nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen, Impulse setzen. Impulse, die ganz Europa bewusst machen, was wirklich wichtig ist: die Werte Freiheit und Recht, welche sowohl der Demokratie als auch dem europäischen Projekt zugrunde liegen.

Aus dem Tschechischen übersetzt von Stefanie Bose

Teil III: Verteidigung der liberalen Demokratie

Wehrlose Demokratie?

Lektionen aus den USA

Jan-Werner Müller

Sind die Vereinigten Staaten eine wehrlose Demokratie? Wer das Muster der streitbaren Demokratie in Deutschland erwartet, kann leicht zu diesem Schluss kommen: So etwas wie Parteienverbote für Extremisten gibt es so gut wie gar nicht. Zu Hochzeiten McCarthys versuchte man zwar, die Kommunistische Partei der USA aus dem politischen Wettbewerb auszuschließen, musste sie aber letztlich gewähren lassen. Und Redefreiheit ist bekanntermaßen laut Verfassung fast unbeschränkt (zumindest gibt es keine Redeverbote seitens der Regierung; innerhalb der Gesellschaft sieht es bekanntlich ganz anders aus). Da kann einem leicht der Gedanke kommen, die scheinbare Wehrlosigkeit der USA ist vielleicht ein Grund dafür, dass Donald Trump mit der Autokratisierung des Landes so ungehindert voranschreiten kann.

Aber so einfach sind die Dinge nicht. Es gibt wichtige Mechanismen von Wehrhaftigkeit in der amerikanischen Demokratie. Nur haben diese (bisher zumindest) offenbar nicht gegriffen. Dieser Essay bietet Erklärungen für dieses Versagen an. Und zieht daraus auch Schlüsse für deutsche Verhältnisse, so anders letztere in vielerlei Hinsicht auch sind.

Wehrhaftigkeit gegenüber Individuen

Die klassischen Beispiele für wehrhafte Demokratie sind Parteienverbote. Das ist auch einleuchtend, da man Organisationen braucht, um politische Macht zu erringen; ohne Organisation kann man

kaum eine Demokratie von innen, auf legalem Wege zerstören. Doch auch im Grundgesetz gab es schon immer eine weitere Form von Wehrhaftigkeit, nämlich den Entzug der Grundrechte. Ein Gedanke dahinter: Einzelne können einer Demokratie auch so gefährlich werden, dass man ihnen den Zugang zu Ämtern verwehren sowie ihre Agitationsmöglichkeiten und vielleicht gar ihr Wahlrecht einschränken muss. Aus Sicht der Demokratietheorie ist dies ein besonders gravierender – ergo auch besonders rechtfertigungsbedürftiger – Schritt, fast vergleichbar dem Athener Scherbengericht, bei dem entschieden wurde, ob ein Einzelner die Polis für Jahre ganz verlassen musste. Vergleichbar ist dieser Grundrechteentzug aber auch mit einem Vorgang, der in den USA im vergangenen halben Jahrzehnt oft die Abendnachrichten beherrschte: das Amtsenthebungsverfahren – das sich eben auch als eine Form von wehrhafter Demokratie verstehen lässt, weil es weniger eine Strafe für Missetaten in der Vergangenheit darstellt als eine zukunftsgerichtete Maßnahme, um weiteren Schaden von der Demokratie abzuwenden.

Als die amerikanischen Gründerväter die Verfassung ausarbeiteten, war *impeachment* ein im englischen Mutterland seit dem 14. Jahrhundert fest etabliertes Verfahren. Es diente dem Parlament dazu, Minister anzuklagen und abzusetzen; an die Monarchen selber kam man natürlich nicht heran (zugespitzt gesagt: Man konnte fast so etwas wie Tyrannenmord versuchen, ohne jedoch dem Staatsoberhaupt ein Haar zu krümmen). In den USA fürchteten die *Founding Fathers* bekanntlich, dass der *chief executive* sich als eine Art Monarch gebärden könnte. Der Verfassungsartikel, der es verbietet, Adelstitel zu verleihen und von anderen Staaten Geschenke anzunehmen, hängt deshalb eng mit der Grundidee des Amtsenthebungsverfahrens zusammen: Es darf niemanden geben, der einem König ähnelt und de facto über dem Gesetz steht.

Das Urteil, ob eine solche Gefahr wirklich drohe, sollte allerdings nicht von Juristen gefällt werden, sondern von gewählten Politikern im Kongress – in einer Art *peer-review*-Verfahren, also einer Evaluation unter Gleichen. Das wirkt auf den ersten Blick hochproblematisch: Es würde im deutschen Kontext einem Szenario entsprechen, bei dem Parteien andere Parteien – also

unliebsame Konkurrenten – einfach verbieten könnten, anstatt die Entscheidung einer überparteilichen Institution wie dem Bundesverfassungsgericht zu überlassen.

Doch kann Karlsruhe bekanntlich nicht von sich aus Parteiverbote anstrengen, es sind letztlich in Regierung, Bundestag und Bundesrat vertretene Parteipolitiker, die entscheiden, dass eine Partei nicht mehr ein legitimer Gegner im demokratischen Spiel ist, sondern offenbar darauf abzielt, das Spiel als Ganzes zu beenden. Statt beispielsweise einer Art politischem Staatsanwalt die Pflicht aufzuerlegen, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten, überlässt man eindeutig als politisch kenntlichen Akteuren einen bedeutenden Entscheidungsspielraum (man denke daran, dass sich 2013 Bundesregierung und Bundestag *nicht* am Verbotsverfahren gegen die NPD beteiligen wollten).

Was Juristen bisweilen als »politischen Filter« bezeichnet haben, sorgt – zumindest in gefestigten demokratischen politischen Kulturen – dafür, dass die wehrhafte Demokratie auf Herausforderungen nicht überreagiert und vielleicht zu restriktiv verfährt. Denn wer mit an sich undemokratischen Mitteln die Demokratie retten will, untergräbt diese möglicherweise auch und richtet am Ende vielleicht mehr Schaden an, als wenn man dem politischen Prozess vertraut hätte. Die Hoffnung auf eine politische »Lösung« besteht bekanntlich darin, dass eine problematische Partei moderater wird oder die Bürger sich vielleicht von ihr abwenden. Ein abschreckendes Beispiel einer Republik, bei der exzessive Wehrhaftigkeit in illegitime politische Repression umschlägt, ist bekanntlich die Türkei – im Europarat die Rekordhalterin, was Parteiverbote angeht.

Ein derartiger politischer Filter spielt auch im Amtsenthebungsverfahren in den USA eine Rolle. Dieses sieht zwar im Senat wie ein Gerichtsprozess aus, bei dem der *chief justice* des Obersten Gerichtshofs den Vorsitz führt – ist aber letztlich dezidiert politisch. Manche linksliberale Kommentatoren, die auf einen Erfolg der Verfahren gegen Trump hofften, wehrten sich stets vehement dagegen, das Verfahren als »politisch« zu bezeichnen; sie fürchteten, damit sei immer gleich »parteipolitisch« gemeint und es gehe nur darum, die Legitimität der Anklagen in Frage zu stellen.

»Politisch« meint hier aber vor allem einen Appell an die Urteilskraft der Abgeordneten und Senatoren, welche entscheiden müssen, ob der Präsident sein Amt missbraucht hat – und auch in Zukunft eine akute Gefahr für die Demokratie darstellt. Repräsentantenhaus und Senat bilden idealerweise zusammen, was der deutsche Jurist Armin von Bogdandy einmal einen Einschätzungsverbund genannt hat: Wenn Akteure, die sich in vielerlei Hinsicht – nicht zuletzt parteipolitisch – unterscheiden, aber doch auch als Gleiche anerkennen, in einem Urteil übereinkommen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ihre Einschätzung sowohl empirisch plausibel als auch legitim ist.¹ Dabei sollen die Politiker gar nicht so tun, als seien sie ausgebildete Richter; denn es ist nicht entscheidend, ob die Handlungen eines Präsidenten im strikten Sinne strafbar sind. Vielmehr reicht es aus, dass ein klares Verhaltensmuster erkennbar ist, wonach der Präsident sein Amt missbraucht und von ihm auch in der Zukunft eine Gefahr für die Republik ausgehen wird. Man spricht auch von einer Mosaik-Methode: Die einzelnen Steine mögen nicht problematisch erscheinen; wenn man sie jedoch alle zusammensetzt, ergibt sich das Bild einer klaren Bedrohung.

Warum wehrlos?

In Trumps Fall war solch mühsame Arbeit eigentlich gar nicht nötig: Es ist erwiesen, dass der Präsident im Jahre 2019 zum persönlichen Nutzen Druck auf einen anderen Staatschef auszuüben suchte; allein der Versuch rechtfertigte eine Amtsenthebung. Bei dem Aufstand vom 6. Januar 2021 waren die Dinge noch klarer: Man braucht gar nicht zu meinen, Trump habe den sogenannten »Sturm auf das Kapitol« irgendwie organisiert; es reichte, dass er nicht bereit war, die ihm treu Ergebenen zurückzupfeifen, bzw. dass er sich nie von ihrer Gewalt distanziert hat.

1 Bogdandy, Armin von (2022): Strukturwandel des öffentlichen Rechts. Entstehung und Demokratisierung der europäischen Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp, S. 419.

Unter den Gründervätern hatte es erhebliche Zweifel gegeben, ob man das seinerseits für Missbrauch anfällige Instrument von *impeachment* in die Verfassung aufnehmen wolle. Einige gaben zu bedenken, man könne sich doch darauf verlassen, dass die Bürger einen Möchtegernkönig ohnehin per Wahlzettel loswerden könnten – bis ihnen klar wurde, dass ein potenzieller Tyrann auch versuchen würde, den Wahlprozess zu seinen Gunsten zu korrumpieren. Genau das versuchte Trump bekanntlich 2020 und 2021 (und auch jetzt ist er darauf aus, die Kongresswahlen 2026 zu manipulieren).

Überhaupt nicht vorhergesehen hatten die Verfassungsväter jedoch etwas, was für uns Nachgeborene selbstverständlicher kaum sein könnte: dass es in den USA eines Tages Parteien geben würde. Stattdessen wollte man, dass verdiente Gentlemen – nämlich die Wahlmänner, die es auch heute pro forma als *Electoral College* noch gibt – den Mann mit der höchsten Reputation als Präsidenten bestimmen würden. Diese Art von *peer review* – Jefferson sprach von einer »natürlichen Aristokratie« – würde aber nur funktionieren, solange das Verfahren nicht von Parteien, welche stets im Verdacht standen, Fanatiker zusammenzubringen oder perfide Sonderinteressen zu pushen, verzerrt würde.²

Bekanntlich kam alles ganz anders, als es sich die *Founding Fathers* gedacht hatten. Im frühen 19. Jahrhundert bildeten sich die ersten großen Parteien. Dass ein auf Kooperation zwischen Exekutive und Legislative angelegtes System daran nicht zerbrach, hatte vor allem damit zu tun, dass die Parteien sich als kompromissfähig erwiesen – und sich ganz grundsätzlich gegenseitig als legitime Akteure in der Demokratie anerkannten. Das ist heute nicht mehr so. Was oft pauschal als »Polarisierung« beschrieben wird, verläuft nicht symmetrisch. Die Demokraten haben zwar heute einen sehr sichtbaren linken Flügel, sind aber für europäische Maßstäbe in vielerlei Hinsicht eigentlich eine Mitte-rechts-Partei. Es sind die Republikaner, die sich in den vergangenen Jahrzehnten

2 Jefferson, Thomas (1988): Thomas Jefferson to John Adams, 28. October 1813. In: Cappon, Lester J. (Hg.), *The Adams-Jefferson Letters. The Complete Correspondence between Thomas Jefferson and Abigail and John Adams*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, S. 388.

erschreckend radikalisiert haben – und doch, aufgrund des fest gefügten Zwei-Parteien-Systems, immer noch bei vielen den Eindruck von »Mainstream« erwecken. Inhaltlich bewegen sie sich inzwischen rechts von der AfD; und in ihren Verlautbarungen sprechen viele Republikaner – wie alle Rechtspopulisten – ihren Gegnern grundsätzlich die Legitimität ab (man kennt die Rhetorik allenthalben: »Volksverräter« etc.).

Wehrhafte Demokratie als eine Form von *peer review* funktioniert nur dann, wenn die beteiligten Akteure ihre kurzfristigen parteipolitischen Interessen (und ideologischen Passionen) zurückstellen. Das verweist vielleicht auf ein grundsätzliches Paradox, das in der Vorstellung von wehrhafter Demokratie steckt und auf das Christoph Möllers hingewiesen hat. In Kontexten, in denen wehrhafte Demokratie funktioniert, ist sie wahrscheinlich gar nicht wirklich notwendig. Wenn eine demokratische politische Kultur ausreichend gefestigt ist, muss niemand Angst haben, dass die Instrumente demokratischer Selbstverteidigung missbraucht werden, um unliebsame Konkurrenten loszuwerden. Gleichzeitig würden solche gefestigten Demokratien aber auch ohne Parteiverbote und Grundrechtsentzug überleben.

Wo aber erst einmal asymmetrische Polarisierung herrscht, wird auch die wehrhafte Demokratie nicht mehr funktionieren; man traut der anderen Partei nicht mehr über den Weg; die anderen sind nicht politische *peers*, sondern eher Feinde.³ Und im spezifischen Falle einer asymmetrischen Polarisierung in einem Zwei-Parteien-System halten die Vertreter der extremistischen Partei ihrem Anführer offenbar die Treue *no matter what*; so etwas wie staatsmännisches Denken – was noch existierte, als Parteifreunde Richard Nixon zum freiwilligen Rücktritt bewegt – ist nicht mehr existent.

2019 kündigte der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, an, er werde den Prozess im Senat in enger Abstimmung mit dem Weißen Haus gestalten – ein eklatanter Bruch mit dem

3 Siehe auch Müller, Jan-Werner (2019): Einen König verhindern. In: Süddeutsche Zeitung, »<https://www.sueddeutsche.de/kultur/impeachment-trump-amerikanische-verfassung-1.4728415>« (Letzter Zugriff: 09.02.2026).

Grundgedanken der Verfassung, wonach der Kongress über der Exekutive steht und diese kontrolliert. Sogar der 2021 politisch eigentlich ausgezählte Wahlverlierer Donald Trump wurde noch von einer genügend großen Zahl von republikanischen Senatoren geschützt, um dem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen. Senatoren müssen einen besonderen Eid zusätzlich zu ihrem Amtseid schwören; darin versichern sie, in einem Amtsenthebungsverfahren unparteiisch nach Recht und Gerechtigkeit zu suchen. Man kann kaum behaupten, dass alle Senatoren diesem Eid treu geblieben wären.

Der politische Filter kann also auch zu einer politischen Mauer werden: Die Republikaner schützten Trump ohne Rücksicht auf Verluste für die Demokratie oder auch die nationale Sicherheit (oder auch die gesamte Volkswirtschaft).⁴

Was lässt sich aus alldem für deutsche Verhältnisse lernen – trotz ganz verschiedener Demokratiegeschichte und auch eines ganz anderen Parteiensystems? Ein Entzug von Grundrechten, also »individualisierte wehrhafte Demokratie« – ein zuletzt von der früheren Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff mit starken Argumenten vertretener Ansatz – ist nicht so ungewöhnlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.⁵ Aus normativer Sicht ist er sehr bedenklich – gleichzeitig gilt aber, dass hier nicht Mitgliedern einer irgendwie unbeliebten Minderheit Rechte entzogen werden, sondern Akteuren, die, gerade weil sie so mächtig sind und bereits klar gezeigt haben, dass sie zu Machtmissbrauch und Verfassungsfeindlichkeit tendieren, eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie darstellen (Beispiel aus einem ganz anderen europäischen Kontext: Berlusconi).

Aber Wehrhaftigkeit hängt immer entscheidend vom Verhalten politischer Eliteakteure ab. Manche stellen Demokratieschutz zynisch hintan; andere verkalkulieren sich schlicht (viele durchaus eher moderate republikanische Senatoren meinten 2021 offenbar,

4 Ebd.

5 Lübke-Wolff, Gertrude (2023): Wehrhafte Demokratie. Die Instrumente des Parteiverbots und der Grundrechtsverwirkung. In: VerfBlog, »<https://verfassungsblog.de/wehrhafte-demokratie/>« (Letzter Zugriff: 06.02.2026).

Trump sei eh erledigt, und mit einem Votum gegen eine Amtsenthebung könnten sie sich nochmal bei seinen fanatischen Anhängern im eigenen Wahlkreis beliebt machen).

Auch in Deutschland ist die Frage zunehmend, ob politische Eliten – hier hängt eigentlich ebenso alles an Mitte-rechts – Gesamt-über Eigeninteresse stellen können. Wer sich immer mehr inhaltlich, oder auch rhetorisch, an Rechtsaußen anpasst und gleichzeitig ein Verbotsverfahren – sei es gegen die AfD als Ganze, sei es gegen einzelne Landesverbände – und auch Rechteentzug für bestimmte Personen ablehnt, hilft mit, die Demokratie wehrlos zu machen.

Was unser Staat leisten kann – und muss

Danyal Bayaz

»Warum habt ihr damals nichts getan, als noch Zeit war?« Diese Frage könnten uns unsere Kinder in 10 oder 20 Jahren stellen. Wir können dafür sorgen, dass sie es nicht tun müssen.

Die liberale Demokratie steht vor ihrer größten Prüfung seit Generationen. Doch Krisen – und deren erfolgreiche Bewältigung – sind ihr nicht fremd. Die Nachkriegsgenerationen in Westeuropa machten die Erfahrung, dass Demokratie Freiheit und Sicherheit bedeutete. Sie war das Fundament für wachsenden Wohlstand, sozialen Aufstieg, technologischen Fortschritt und gesellschaftliche Teilhabe. Demokratie schützte vor Willkür und weckte die Hoffnung, dass die Zukunft besser sein wird als die Vergangenheit. Für viele wurde ihre Lebensgeschichte zur Erfolgsgeschichte der Demokratie.

Doch heute stößt der demokratische und soziale Staat an seine Grenzen, wenn es darum geht, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Die Globalisierung schränkt den Spielraum nationaler Politik ein. Der internationale Wettbewerb setzt Wohlfahrtsstaaten unter Druck. Bürokratie schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern blockiert auch. Der demografische Wandel wirkt sich immer stärker aus, während gebundene Mittel und Strukturen den Staat finanziell einschränken. Erderwärmung, Kriege, geopolitische Spannungen und Pandemien verlangen gleichzeitig Antworten. Soziale Medien verändern, wie sich gesellschaftliche Meinungen bilden. Sie bieten neue Möglichkeiten der politischen Beteiligung, verstärken aber auch Polarisierung und erschweren Kompromisse.

Das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform ist stabil, doch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die demokratischen Parteien nimmt ab. Autoritär-populistische Bewegungen locken mit einfachen Lösungen. Sobald sie an der Macht sind, greifen sie Pressefreiheit, Gewaltenteilung und Wissenschaft an.

Ein Staat, der die richtigen Voraussetzungen schafft

Was ist die Antwort auf diese fundamentale Herausforderung? Weder die Flucht in staatliche Allmacht noch die Kapitulation vor der vermeintlichen Ohnmacht. Wir müssen neu vermessen, was der demokratische Staat heute leisten kann und muss – und was er zivilgesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Kräften überlassen sollte, damit die liberale Demokratie erfolgreich sein kann.

Der demokratische Staat kann nicht alle Probleme selbst lösen. Eine lebendige Demokratie braucht aktive Bürgerinnen und Bürger, die einen Unterschied machen. Für den Publizisten Michel Friedman ist es ein »fundamentales Missverständnis«, dass Demokratie ein »selbstverständlicher Dienstleister für Freiheit, Selbstbestimmung, ein gutes Leben in Sicherheit, in Frieden und in Wohlstand«¹ sei. Winfried Kretschmann erinnert daran, Politik müsse das »magische Dreieck von Staat, Markt und Bürgergesellschaft«² stetig neu austarieren.

Allein steht der Staat also nicht da. Aber ihm kommt eine zentrale Rolle zu: die Voraussetzungen schaffen, damit Zivilgesellschaft und Wirtschaft ihre Vielfalt an Perspektiven und Ideen zum Nutzen der Gemeinschaft entfalten können. Das ist seine Kernaufgabe.

-
- 1 Friedman, Michel (2023): Schlaraffenland abgebrannt. Von der Angst vor einer neuen Zeit. Berlin: Berlin Verlag, S. 42.
 - 2 Kretschmann, Winfried (2024): Aus Zuversicht Wirklichkeit machen. Freiburg: Herder Verlag, S. 280.

Ein Staat, der Sicherheit stärkt

Die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen, ist die Pflicht des Staates. Unsere Kinder sollen niemals das erleben müssen, was ukrainische Kinder heute durchleben. Sie sollen aufwachsen, ohne Angst haben zu müssen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die fragile Partnerschaft mit den USA zwingen uns zum Umdenken. Deutschland und Europa stärken die Verteidigung – gerade deshalb, um sich nicht verteidigen zu müssen.

Sicherheit kostet. Doch ein Scheitern käme uns weit teurer. Kluge Verteidigungsinvestitionen können auch Innovationen antreiben, die unser tägliches Leben verbessern. Das gilt insbesondere, wenn sie zu deutlich höheren Forschungs- und Entwicklungsausgaben führen. Internet, GPS-Navigation, Abstandsradar, Digitalkameras – sie alle entstanden ursprünglich für Verteidigungszwecke und prägten später unseren Alltag.

Bei aller Dringlichkeit und Notwendigkeit brauchen wir finanzielle Vernunft. Die Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse soll helfen, um schnell handlungsfähig zu werden. Aber sie ist keine dauerhafte Lösung. Die älteren Generationen haben jahrzehntelang von der sogenannten Friedensdividende profitiert, ohne ausreichend vorzusorgen. Wir dürfen die Kosten für unsere Sicherheit nicht vollständig den Jüngeren aufbürden. Mittelfristig muss Verteidigung aus dem regulären Haushalt finanziert werden – generationengerecht!

Öffentliche Institutionen und Infrastrukturen, die Chancen ermöglichen

Keine Warteschlange mehr im Bürgeramt, sondern Behördengänge in Minuten digital erledigt. Keine ausgefallenen Züge, sondern Verkehrsnetze, die zuverlässig funktionieren. Kein lahmes Internet, wenn die Tochter für die Klassenarbeit lernt. Das ist machbar. Andere Staaten machen es vor.

Eine erstklassige öffentliche Infrastruktur ist das Rückgrat einer Gesellschaft, die optimistisch in die Zukunft schaut. Hervorragende

Kindergärten, Schulen und Unis, funktionierende Verkehrsnetze und digitale Angebote, eine gut ausgestattete Polizei und moderne Gesundheitsversorgung – eine zeitgemäße öffentliche Infrastruktur erleichtert den Alltag, hilft der Wirtschaft und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Eine stabile, an die Klimaveränderung angepasste Energieversorgung und funktionierende digitale Infrastruktur treiben Innovation und wirtschaftliche Dynamik voran. Eine starke Forschungslandschaft sichert die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. In diese Infrastruktur zu investieren und sie verlässlich bereitzustellen, ist die Kernaufgabe des Staates. Er hat sie zu lange vernachlässigt.

Angesichts knapper Mittel kann der Staat vor der Frage stehen: Sozialtransfers oder soziale Infrastruktur? Beides ist wichtig, doch gerade Menschen mit wenig Ressourcen profitieren von guten öffentlichen Einrichtungen – im Zweifel sollte ihre Verbesserung Vorrang haben. Gute Kitas schaffen faire Startbedingungen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist nicht nur gerecht, sondern klug. Denn sie ermöglichen es jungen Eltern und gerade auch gut qualifizierten Frauen, ihre Berufstätigkeit fortzusetzen – ein Baustein für ein höheres Arbeitsangebot und damit für das Wachstumspotenzial unserer Wirtschaft. Eine exzellente Schule in einem benachteiligten Viertel kann Kindern aus einkommensschwachen Familien Aufstiegschancen eröffnen.

Laut einer Studie des Münchner ifo-Instituts ist die soziale Mobilität in der Bundesrepublik in den letzten 50 Jahren deutlich zurückgegangen.³ Innerhalb einer Generation habe sich der Einfluss des Einkommens der Eltern auf Bildung und das spätere Einkommen der Kinder verdoppelt. Einer der Autoren sieht darin eine »toxische Mischung für die Chancengerechtigkeit

3 Baarck, Julia et al. (2025): Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany. In: CESifo Working Papers, »https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp12058.pdf« (Letzter Zugriff: 22.09.2025).

in Deutschland.«⁴ In der Verbesserung unserer öffentlichen Einrichtungen liegt ein entscheidender Schlüssel für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Der Sozialstaat zählt zu den wichtigen Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft und bildet das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Seine Reform ist ein Test für die vorsorgende Handlungsfähigkeit unserer Demokratie. Er soll Menschen auch künftig die Sicherheit geben, die sie brauchen, um (wieder) auf eigenen Beinen zu stehen und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten – und das deutlich einfacher und übersichtlicher als heute. Das schaffen wir nur, wenn wir wirtschaftlich produktiv bleiben und den Sozialstaat an die demografische Wirklichkeit anpassen. Dies umfasst verbesserte Erwerbsanreize, den Ausbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge und eine längere Lebensarbeitszeit. Letztere könnte an die individuelle Erwerbsbiografie angepasst werden: Akademiker werden in der Regel später erwerbstätig und sind körperlich weniger belastet.

Die Reform des Sozialstaats ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, damit sich auch die Jüngeren im Laufe ihres Lebens auf funktionierende soziale Sicherungssysteme verlassen können. Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur verhindern, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet – in jene, die sich private Lösungen leisten können, und jene, die auf marode öffentliche Angebote angewiesen sind. Wir können einen Standard schaffen, der allen zugutekommt und auf den wir stolz sein können.

Innovationen, die nachhaltigen Wohlstand schaffen

Die Stärke der liberalen Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie Wohlstand schafft – und damit von der Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft. Mehr denn je braucht es gezielte Förderung von Forschung und Innovation.

4 ifo Institut (2025): Soziale Mobilität geht zurück, »<https://www.ifo.de/presemitteilung/2025-09-05/soziale-mobilitaet-deutschland-geht-zurueck>« (Letzter Zugriff: 22.09.2025).

Hier entscheidet sich, ob unsere Kinder in einem prosperierenden oder abgehängten Land aufwachsen.

Aufstrebende Staaten investieren massiv in Wissenschaft und Technologie. Die Wertschöpfung von morgen entsteht in Spitzentechnologien: künstlicher Intelligenz, Quantencomputing, Biotechnologie, Green- und CleanTech und hochwertigen Dienstleistungen. Nur durch stetige Produktivitätssteigerungen entsteht der Wohlstand, der gerechte Teilhabe und Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Länder und Regionen wie Israel, Singapur oder Kalifornien machen vor, wie man Forschung, Entwicklung und Startups erfolgreich fördert, damit sie wachsen und groß werden können. Dazu gehört auch, bestmögliche Rahmenbedingungen für privates Kapital zu schaffen, damit es in neue Geschäftsmodelle und Innovationen investieren kann.

Ein Unternehmen wie BioNTech ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von Mut und gezielter Förderung. Als Özlem Türeci, Ugur Şahin und ihr Team in ihrem Labor den Corona-Impfstoff entwickelten, retteten sie nicht nur Millionen Leben weltweit – sie zeigten auch, was möglich ist, wenn Deutschland an seine Forscher glaubt und in sie investiert. Das Mainzer Unternehmen erhielt früh staatliche Gelder für die Grundlagenforschung, konnte durch privates Wagniskapital wachsen und brachte Deutschland an die Weltspitze der mRNA-Technologie.

BioNTech zeigt, was möglich ist. Doch solche Erfolge fallen nicht vom Himmel. Ohne Grundlagenforschung, langfristige Projekte und die Ausbildung von Fachkräften geht es nicht. Sie sind die wichtigste Ressource in unserer Wissensgesellschaft. Exzellente Forschungseinrichtungen ziehen Talente an und schaffen das Wissen, auf dem die Technologien und Unternehmen der Zukunft aufbauen. Sie zeigen, wie sich wirtschaftlicher Erfolg mit Klimaschutz und dem Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen verbinden lässt.

Wenn der Staat diese Voraussetzungen schafft, stärkt er die wirtschaftliche Basis, auf der soziale Gerechtigkeit und demokratische Legitimation ruhen. Unser Land kann in diesen Bereichen führend bleiben und muss beweisen, dass die exzellente Forschung auch in erfolgreiche Geschäftsmodelle übersetzt werden

kann. Wenn wir die richtigen Prioritäten setzen und signifikant mehr Kapital – ausdrücklich auch privates Kapital – für diesen Bereich mobilisieren, sind Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit vereinbar.

Dabei helfen marktwirtschaftliche Instrumente mehr als kleinteilige Regulierung. Die CO₂-Bepreisung ist ein Beispiel. Es stimmt: Deutschland stößt nur 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus. Aber wir können zeigen, dass Klimaschutz und Wohlstand zusammenpassen – und die Produkte und Dienstleistungen anbieten, die morgen nachgefragt werden. Es wäre deshalb ein Fehler, bei der anstehenden Erweiterung des europäischen Emissionshandelssystems auf Gebäude und Verkehr zurückzuweichen. Verlässlichkeit schafft Planungssicherheit für Unternehmen und Vertrauen. Statt am Emissionshandel zu sägen, sollten wir bestehendes Mikromanagement beim Klimaschutz überprüfen.

Ein Sondervermögen, das Zukunft finanziert

Die Einrichtung des Sondervermögens ist eine historische Chance, um in unsere wirtschaftliche Stärke zu investieren und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu stärken. Der marode Zustand unserer Infrastruktur mahnt: Das passiert, wenn wir die Zeichen der Zeit ignorieren. Die Bürger erwarten nicht, dass über Nacht alles besser wird. Sie erwarten zu Recht, dass wir endlich zügig vorankommen.

Die Verschuldung ist vertretbar, wenn sie in Zukunftstechnologien, moderne Infrastruktur, Innovation und Bildung fließt – begleitet von mutigen Reformen. Sie ist nicht vertretbar, wenn sie genutzt wird, um Spielräume im Bundeshaushalt zu schaffen, um die Mittel anderweitig zu nutzen und Reformen weiter aufzuschieben. Genau das tut die Bundesregierung, obwohl CDU/CSU und SPD das Gegenteil versprochen hatten. Jeder Euro, der in Konsum statt Innovation fließt, ist eine Hypothek auf unsere Kinder.

Bei der Verwendung der Sondervermögen muss die oberste Priorität die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Infrastruktur sein. Nicht nur künstliche Intelligenz, sondern

auch der Klimaschutz bietet enorme Chancen für Innovation, Wirtschaftswachstum, neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze. Klimatechnik ist schon jetzt ein wichtiger Zweig unserer Industrie. Ihre Produkte und Dienstleistungen werden auch in Zukunft nachgefragt werden. Es ist in unserem existenziellen Interesse, weitere Innovationen auf den Markt zu bringen.

Dabei muss und kann der Staat gar nicht alles allein stemmen. Er kann bestmögliche Rahmenbedingungen setzen, die privates Kapital mobilisieren. Die Politik kann dem Kapital eine Richtung geben – dorthin, wo es einen positiven Beitrag für uns alle leisten kann. Das Sondervermögen sollte daher dafür genutzt werden, um privates und öffentliches Kapital intelligent zu verzahnen, um beispielsweise gemeinsam Investitionen in unsere Wärmenetze konkret vor Ort zu finanzieren. Andere Länder machen außerdem vor, wie der kluge Einbezug der Kapitalmärkte bei der Altersvorsorge den demografischen Druck aus dem gesetzlichen Rentenversicherungssystem nehmen kann – ein klassisches *Win-win*.

Eine Verwaltung, die Freiräume ermöglicht

Damit Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihren Beitrag leisten können, brauchen sie eine Verwaltung, die Freiräume für Initiativen schafft – eine Verwaltung, die hilft statt hemmt; eine Verwaltung, die Standards für Bürgernähe und Effizienz setzt. Länder wie Estland, die Niederlande oder Dänemark machen es vor. Wir können es auch.

Das Problem liegt nicht nur in der schleppenden Digitalisierung, sondern auch in einer übermäßigen Verrechtlichung. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat in einem Gutachten darauf hingewiesen, dass die deutsche Verwaltungspraxis besonders juristisch geprägt ist: »Die rechtlich korrekte Einhaltung aller Verfahrensvorschriften hat höchste Priorität und die Kontrolle der Verwaltung durch Gerichte und Rechnungshöfe spielt eine wichtige Rolle.« Es sei kein Zufall, dass der Anteil der Juristinnen und Juristen in Führungspositionen der Verwaltung in Deutschland höher ist als in jedem anderen europäischen Land.

Der Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil weist darauf hin, dass der »größte Entbürokratisierungsschub durch einen Kulturwandel« entstehen könnte. In der Realität dominieren ein übertriebenes Sicherheitsdenken und grundsätzliches Misstrauen. Es sei Zeit, dass wir uns von »unserem Perfektionsanspruch verabschieden«⁵.

Der Staat kann durch Leitplanken und Regeln eine Verwaltungskultur fördern, die Kontrolle mit Vertrauen in die Lösungskompetenz von Bürgern und Unternehmen verbindet. Statt jedes Detail zu regeln, können Verwaltungen ergebnisorientierte Ziele setzen. Den Weg dorthin können sie flexibel gestalten. Wenn der Staat seinen Bürgern durch schlanke Verfahren und transparente Entscheidungen Raum gibt, sich zu engagieren, stärkt er nicht nur seine eigene Handlungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

Dieser Weg verlangt etwas von uns allen: die Bereitschaft, zu akzeptieren, dass nicht alles perfekt reguliert wird, dass wir nicht jedem Einzelfall gerecht werden können, dass nicht jedes Risiko abgesichert ist. Dieser Preis lohnt sich, um in einer sich schnell verändernden Welt handlungsfähig zu bleiben. Wir können auf die große Staatsreform warten – in der Hoffnung, dass sie nicht selbst ein Produkt übermäßiger Bürokratie wird – oder jeden Tag pragmatische Schritte unternehmen. Wir können ausloten, was machbar ist und wo Grenzen sind, wobei wir dabei auch Fehler und Widerstände in Kauf nehmen müssen. Ein Beispiel dafür ist der schnelle Bau und die Inbetriebnahme von LNG-Terminals 2022. Vereinfacht gesagt: Wer jeden Tag mit der Heckenschere arbeitet, braucht die Kettensäge nicht.

5 Bogumil, Jörg (2025): Entbürokratisierung durch Abbau der Misstrauensverwaltung und bessere Verwaltungsverfahren. In: blog politische ökonomie, »www.blog-bpoe.com/2025/08/27/entbuerookratisierung-durch-abbau-der-misstrauensverwaltung-und-bessere-verwaltungsv erfahren/« (Letzter Zugriff: 15.09.2025).

Eine Demokratie, die wir erneuern, um sie zu bewahren

Autoritäre Systeme holen wirtschaftlich auf, bleiben aber von Unfreiheit geprägt. Die liberale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft eröffnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und Wohlstand für uns und unsere Familien. Autoritäre Bewegungen schaffen Identität durch Abgrenzung und allzu einfache Antworten. Die Demokratie muss deutlich machen, dass sie eine attraktivere Form von Zugehörigkeit ermöglicht: eine, die auf Freiheit, Pluralität und Vertrauen in die Zukunft beruht.

Menschen stehen hinter der Demokratie, weil sie in ihr einen glaubwürdigen Weg zu einer besseren Zukunft sehen. Sie sollten diesen Weg auch erkennen können, wenn es schwierig wird. Darum reicht es nicht, den Staat zu verbessern. Wir müssen die demokratische Praxis so erneuern, dass sie nicht nur rational überzeugt. Sie muss auch eine emotionale Verbundenheit mit demokratischen Werten schaffen – das Gefühl, dass diese Demokratie unsere Demokratie ist, selbst wenn sie nicht perfekt ist.

Demokratie lebt davon, dass Menschen aktiv mitwirken können. Sie gewinnen Vertrauen, wenn sie erkennen, dass Veränderungen möglich sind und sie daran mitwirken. Teilhabe wird erlebbar in Bürgerhaushalten oder Bürgerräten, wo Menschen konkrete politische Empfehlungen erarbeiten. Diese Form der Partizipation ist anspruchsvoll, aber sie macht Freiheit zu einem gelebten Wert. Winfried Kretschmann hat in Baden-Württemberg eine Politik des Gehörtwerdens etabliert. Dazu gehören auch Bürgerräte, um die Beteiligung der Menschen in demokratischen Prozessen zu stärken. Auch das irische Modell der Bürgerversammlungen gilt als erfolgreiches Beispiel dafür, wie sich Demokratie revitalisieren lässt. Was können wir daraus lernen?

Genauso entscheidend ist, wie Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien miteinander umgehen. Exemplarisch sei hier das Thema Migration genannt. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet hier zu Recht, dass gegen illegale Migration vorgegangen und zugleich die Einwanderung von Fachkräften in unserem wirtschaftlichen Interesse gesteuert wird. Es gibt ein Spannungsfeld zwischen Humanität und Ordnung. Der Staat muss beidem gerecht

werden. Gerade weil das nicht einfach ist, tragen demokratische Parteien hier eine besondere Verantwortung, wie sie zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Wenn sich demokratische Akteure gegenseitig als Feinde behandeln, imitieren sie autoritäre Rhetorik und schwächen das System von innen. Die Kunst des Kompromisses ist keine Schwäche, sondern eine Stärke der Demokratie. Der israelische Philosoph Avishai Margalit bringt es auf den Punkt: »Ideale sagen uns etwas darüber aus, wie wir sein möchten. Kompromisse zeigen, wer wir sind.«⁶

Ein Weg, der Gegenwart und Zukunft versöhnt

Deutschland kann gemeinsam mit seinen europäischen Partnern beweisen: Liberale Demokratien können die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Innovation und Wohlstand, Tradition und Fortschritt schließen sich nicht aus. Deutschland kann eine Infrastruktur haben, die Maßstäbe setzt. Es kann ein Land sein, das sich verteidigen kann, um sich nicht verteidigen zu müssen. Es kann eine Gesellschaft sein, die in jedem Kind ein Versprechen auf eine gute Zukunft sieht – und dieses Versprechen auch einlöst.

Das ist möglich, wenn wir im Spannungsfeld von Gegenwart und Zukunft die richtigen Entscheidungen treffen. Der Politikwissenschaftler Peter Graf von Kielmansegg charakterisiert zukunftsverantwortliches Handeln so, dass es »der Belastung der Gegenwart um der Zukunft willen den Vorzug gibt vor der Belastung der Zukunft im Interesse der Gegenwart.«⁷ Vernachlässigen wir die Zukunft weiterhin, stehen wir in 10 oder 20 Jahren vor dramatischen Folgen – wie heute bei Verteidigung oder Infrastruktur, wo jahrzehntelange Versäumnisse uns teuer zu stehen kommen.

Dabei müssen die demokratischen Parteien sowohl links als auch rechts der Mitte ihrer Verantwortung gerecht werden. Progressive

6 Ebd.

7 Kielmansegg, Peter Graf von (2003): Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln? In: Merkur, Jg. 57 (651), S. 584.

Parteien müssen verändern, ohne die Gesellschaft zu überfordern; konservative Parteien müssen bewahren, ohne die Gesellschaft zu unterfordern. Sie müssen sich voneinander unterscheiden und zugleich die Bereitschaft zum Kompromiss zeigen, der unser Land nach vorne bringt.

Dabei sind viele kleine, realistische Schritte wirkungsvoller als große Ankündigungen. Entscheidend ist: Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir müssen glaubwürdig deutlich machen, dass die liberale Demokratie nicht das Problem, sondern die Lösung ist. Sie verlangt uns etwas ab: Mut zur Veränderung. Dafür bietet sie, was keine Autokratie kann: die Chance, hier und heute aus eigener Kraft unsere Zukunft zu gestalten – in Freiheit und Sicherheit. Die Entscheidung liegt bei uns.

Für einen Zentrismus der heterogenen Mitte

Stefan Kolev

Die Zukunft der liberalen Ordnung der Bundesrepublik, aber auch der anderen westlichen Demokratien hängt vom Überleben der politischen Mitte ab – das ist die zentrale These dieses Aufsatzes. Dabei spielen zwei Eigenschaften der Mitte eine besondere Rolle, die ihr in den vergangenen Jahren immer häufiger attestiert werden: Sie ist erstens bedrängt und zweitens zerstritten. Im Folgenden soll es darum gehen, dass weniger Streit nicht unbedingt die Lösung für die Bedrängnis wäre. Im Gegenteil: Ein Bekenntnis zur Heterogenität der Mitte, einschließlich des damit einhergehenden alltäglichen zivilisierten Streites, kann die Extreme wieder ein Stück weit in die Schranken weisen. Denn damit wäre ihr Potenzial gebannt, die Mitte immer weiter in die Enge zu treiben, indem sie bestimmte Positionen einnimmt und diese damit für die Protagonisten der Mitte kontaminiert.

Aber warum überhaupt die Mitte? Hat sie sich nicht bereits überlebt – trotz all ihrer ideengeschichtlichen Glanzpunkte von Aristoteles bis heute? Wir leben doch in einer Zeit, die sich weder auf Mitte noch auf Maß reimt.¹

Nein, die Mitte hat noch eine Chance – unter einer Bedingung. Diese lautet zunächst, dass die verschiedenen Protagonisten, die sich in der Mitte verorten, eine Identität als Zentristen entwickeln

1 Für Kontextualisierungen des Begriffs, die mit dem Verständnis in diesem Aufsatz harmonieren, vgl. Röpke, Wilhelm (1950): *Maß und Mitte*. Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch; Teufel, Erwin (2006): *Maß und Mitte: Mut zu einfachen Wahrheiten*. Lahr: Johanniss-Verlag; Münkler, Herfried (2012): *Mitte und Maß: Der Kampf um die richtige Ordnung*. Reinbek: Rowohlt.

und pflegen. Bevor man also dem Bürger verrät, ob man z. B. progressiv, liberal oder konservativ ist, muss man voranstellen: »Ich bin ein Zentrist.« Zugegebenermaßen klingt es nicht sofort attraktiv, *sexy* oder *catchy*. Aber der Begriff birgt eine Reihe von faszinierenden historischen und aktuellen Facetten, wie die Beiträge im jüngst erschienenen Sammelband von Yair Zivan sehr eindrücklich zeigen.² Zentrismus kann also ein attraktiver Begriff werden – wenn etwa im deutschen Kontext alle Vertreter der vier Bonner Parteien selbstbewusst und mit einem gewissen Stolz sagen: »Wir sind alle Zentristen.« Damit ist vor allem gemeint, dass man ein Reformist ist – und kein Revolutionär. Der Zentrist ist also jemand, der die Ordnung mit Wertschätzung für das bereits Erreichte graduell verändert und damit verhindern will, dass revolutionäre Schübe die Ordnung aus dem Gleichgewicht bringen und das »Schiff kentert«.³

Aber es kann doch nicht angehen, dass alle für etwas sind – etwa die Mitte – und dieses Etwas sinnhaft und greifbar ist, oder? Doch. Die bundesrepublikanische Geschichte bietet ein sehr deutliches Gegenbeispiel: die Soziale Marktwirtschaft. Schon im Zuge der 1950er Jahre bekannten sich die maßgeblichen politischen Parteien, aber auch alle wichtigen Akteure der Zivilgesellschaft zu ihr. Das war gerade in den frühen Nachkriegsjahrzehnten unfassbar wichtig, weil die neue Republik – anders als ihre Weimarer Vorgängerin – nunmehr ein gemeinsames Leitmotiv für ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gefunden hatte. Damit entfaltete die Soziale Marktwirtschaft ihre »irenische Formel«: Sie versöhnte die Westdeutschen mit dem Kapitalismus, ebnete die ideologischen Unvereinbarkeiten in der zunächst ideell stark polarisierten und materiell sehr ungleichen Gesellschaft ein ganzes Stück weit ein. Und dann versöhnte sie auch noch die Europäer mit den Westdeutschen im Zuge der frühen europäischen Integration, die maßgeblich von den Gründungsvätern der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig

2 Vgl. Zivan, Yair (Hg.) (2024): *The Center Must Hold: Why Centrism Is the Answer to Extremism and Polarization*. Estes Park: Armin Lear Press.

3 Vgl. Craiutu, Aurelian (2017): *Faces of Moderation: The Art of Balance in an Age of Extremes*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Erhard, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke vorangetrieben wurde.⁴ Diese überwältigende, kohäsive Wirkung hält bis heute an. Eine autobiografische Episode von einem ausgesprochen hitzigen Streitgespräch zwischen Sahra Wagenknecht und dem Verfasser dieser Zeilen kann als Beleg genommen werden: Dass man sich immerhin in der Befürwortung der Sozialen Marktwirtschaft einig war, bildete eine essenzielle Klammer – ohne sie wäre der Dialog an mehreren besonders neuralgischen Punkten wohl abgebrochen.⁵

Demnach kann die Mitte ideell breit sein – ja, sie muss es sein, wenn sich viele verschiedene Protagonisten zu ihr bekennen sollen. Das heißt also Heterogenität dieses Raums. Aber ist es nicht die Saat vom unablässigen Zwist, Krach und Streit, den wir täglich besonders stark seit der Ampelkoalition erleben und der so zermürbt, dass sich viele Bürger von der Mitte entfremdet haben? Nicht unbedingt. Dieser Aufsatz ist ein dezidiertes Plädoyer für die heterogene Mitte.

Ein zweiter kurzer autobiografischer Einschub sei erlaubt. Als der Verfasser dieser Zeilen im Herbst 1999 von Sofia nach Hamburg zum Studium der Volkswirtschaftslehre kam, fand er eine politische Ordnung vor, deren Parteien der Mitte knapp 90 Prozent der Wähler auf sich vereinigten. Wichtiger noch: Die Mitte wirkte ausgesprochen stabil und hatte eine bestechend einfache Struktur, gerade in der Wirtschaftspolitik: hier Mitte-links mit SPD und Grünen, dort Mitte-rechts mit Union und FDP. Der erste Bundestagswahlkampf, den ich miterlebte, war 2002 Gerhard Schröder gegen Edmund Stoiber – und die Mitte war unfassbar aufregend, gerade weil sie zu jedem inhaltlichen Punkt sehr ausgeprägte Spannungen aufwies und diese, mehr oder weniger zivilisiert, unter den Protagonisten der Mitte austrug. Das fesselte so viel Aufmerksamkeit, dass für den Rand kaum Platz blieb.

Bei allen Unterschieden, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgetreten sind: Ein heterogener Raum, der erneut aus den

4 Vgl. Goldschmidt, Nils und Kolev, Stefan (2026): 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft in 7,5 Kapiteln. Freiburg: Herder.

5 »Was Sie sagen, ist für mich als Osteuropäer eine Beleidigung«: Streitgespräch zwischen Sahra Wagenknecht und Stefan Kolev, Handelsblatt vom 4. Oktober 2024, S. 6–8.

deutlich unterscheidbaren Teilräumen Mitte-links und Mitte-rechts besteht, wäre heute ebenso erstrebenswert wie damals.

Was steht einer solchen Enthomogenisierung der Mitte im Wege? Zum einen die Verunsicherung bei den Protagonisten der Mitte und zum anderen die Kontaminierungsgefahr durch den Rand. Die Verunsicherung ist relativ leicht verständlich, wenn man die 20 Jahre seit der »Agenda 2010« Revue passieren lässt. Erst machte sich Gerhard Schröder mit der Agenda daran, der SPD eine Mitte-rechts-Wirtschaftspolitik aufzuerlegen, was viele Sozialdemokraten bis heute als Verrat an der DNA der Partei einstufen. Anschließend hat Angela Merkel die Union über lange Strecken an eine Mitte-links-Wirtschaftspolitik herangeführt, die ebenfalls für große Teile der Partei nicht einfach vermittelbar war. Zwar hat während der Ampelkoalition die Union den glaubhaften Versuch unternommen, sich wirtschaftspolitisch wieder als eine Mitte-rechts-Partei aufzustellen. Das erste halbe Jahr der Regierung Merz lässt aber noch Zweifel aufkommen, inwieweit dieser Versuch erfolgreich abgeschlossen wurde.

Die verunsicherten Koalitionäre der Mitte koexistieren heute im Bundestag mit einem politischen Rand, der nicht nur im quantitativen Sinne über eine Sperrminorität verfügt. Vielmehr beobachtet man seit geraumer Zeit, dass der Rand – bisher vor allem die AfD, künftig vielleicht auch die wieder erstarkte Linke – eine Eigenschaft hat, die hier frei von Polemik die Kontaminierungsgefahr genannt werden soll. Das bedeutet, dass, wenn etwa die AfD eine bestimmte Position bezieht, diese oft für die Parteien der Mitte toxisch wird und damit die Wahrscheinlichkeit steigt, diese Position zu räumen. Als Beispiele können das Streichen der plebiszitären Elemente der direkten Demokratie aus dem Grundsatzprogramm der Grünen 2020 oder die Tabuisierung der Kernenergie bei der Union und FDP im Laufe der späten 2010er Jahre genannt werden. Jahrzehntelange Positionen der Mitte werden also geräumt – nicht nur, aber auch, weil das plötzlich »AfD-Positionen« seien.

Die Kontaminierungsgefahr birgt zwei große Risiken. Zum einen verliert die Mitte dadurch ihre jahrzehntelange Diskurshoheit, weil der Zuschnitt der Diskurse nunmehr durch die Positionierung des Randes bestimmt wird. Zum anderen hat es besonders der

Mitte-rechts-Raum in seiner Neufindung schwer, weil bei jeder Übereinstimmung einer Position mit der AfD sehr schnell der Vorwurf kommt, dass dies nicht Mitte-rechts, sondern schlicht rechts sei. Dass Mitte-rechts etwa eine restriktivere Migrationspolitik als diejenige der Mitte-links-Parteien fordert, war jahrzehntelang normale demokratische Praxis – heute führt es zu Massendemonstrationen und dem Vorwurf, man habe die Mitte verraten. Das Differenzierungsvermögen, dass rechts von Mitte-links nicht einfach ein homogener rechter Raum beginnt, sondern zunächst Platz für zentristische Positionen da ist, die von Mitte-links unterscheidbar sind, scheint regelmäßig zu fehlen.⁶

Die Mitte hat also noch eine Chance – eine bedingte Chance in einem knappen Zeitraum. Denn wenn zu unserer aktuellen Fragilität eine makroökonomische Krise wie etwa eine französische Staatsschuldenkrise hinzukommt, wird es so richtig brenzlich. Die Mitte braucht die breit geteilte und stolz vorgetragene Identität aller Zentristen, die sich zur Ordnung bekennen und ständig um das Vertrauen der Bürger für ebendiese Ordnung ringen. Die Reformer müssen diagnostisch radikal sein, also zu den Wurzeln der Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft durchdringen und diese klar benennen. Anders als die revolutionären Extremisten haben die Reformer aber optimistische Therapien, die nicht den Niedergang der Ordnung heraufbeschwören, sondern die Bedingungen aufzeigen, unter denen die Ordnung ihre Probleme wird lösen können. Essenziell ist hierbei, dass es um Therapien im Plural geht – ein Teilraum der Mitte hat also nicht von vornherein die Patentlösung. Stattdessen stehen, wenn wir bei den beiden traditionellen Teilräumen verbleiben, die therapeutischen Vorschläge von Mitte-links und Mitte-rechts im Wettbewerb um die Gunst der Bürger. Und ja, dieser Wettbewerb bedeutet Streit. Wenn aber nach dem Streit die Bereitschaft zum Kompromiss erkennbar wird und anschließend, auf der Grundlage des Kompromisses, das gute

6 Vgl. Speich, Mark (2025): Warum Mitte-rechts gebraucht wird. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. September 2025, S. 10; Kolev, Stefan (2025): Das Scheitern der Ampel: Zur Unvereinbarkeit zweier Staatsverständnisse. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 2025, S. 16.

Regieren, muss es einem nicht bange um die Mitte sein. Zentristen sind mutige Menschen – und auch der Mut zur Unterscheidbarkeit muss wieder verstärkt Teil ihrer Inhalte und Rhetorik werden.

Rechtlich frei, gesellschaftlich umkämpft

Meinungsfreiheit an der Konfliktlinie zwischen Liberalismus und Populismus

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Die Grundprinzipien der Aufklärung wie Freiheit, Toleranz und das Vertrauen in individuellen wie gesellschaftlichen Fortschritt bilden bis heute das Wertefundament des Liberalismus. Sie haben politische Theorien geprägt und Eingang in moderne Verfassungen gefunden. Zur Meinungsfreiheit etwa heißt es in Artikel 5 des Grundgesetzes in bemerkenswerter Klarheit: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten [...] Eine Zensur findet nicht statt.« Und weiter: »Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre«.¹

Warum also besteht überhaupt Anlass, Meinungsfreiheit neu zu denken? Weil sich die Welt, in der diese Prinzipien einst formuliert wurden, grundlegend verändert hat. Locke, Voltaire und Montesquieu schufen ein Wertefundament, kannten aber keine Smartphones, sozialen Medien und künstliche Intelligenz. Auch die Verfasser des Grundgesetzes konnten sich die heutige Kommunikationsrealität und damit unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht vorstellen. Die sich stetig wandelnden Formen von Kommunikation stellen die Prinzipien der liberalen Demokratie vor neue Herausforderungen. Selbst zentrale Grundsätze des Liberalismus

1 Bundesrepublik Deutschland (1949): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundesgesetzblatt, Art. 5.

wie die Meinungsfreiheit müssen in einer pluralen Gesellschaft fortlaufend gesellschaftlich diskutiert und neu ausgelegt werden.

Dieser Aushandlungsprozess gewinnt an Bedeutung, da sich in westlichen Gesellschaften eine Transformation vollzieht. Die traditionellen Lager von linker und rechter Politik, die sich vornehmlich über Umverteilungsfragen definierten, lösen sich auf. Sie werden von einer neuen Konfliktlinie überlagert: zwischen liberalen Demokraten auf der einen und populistischen Bewegungen auf der anderen Seite. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung darüber, wie offen, global integriert und individualistisch eine Gesellschaft sein darf – oder wie geschlossen, national ausgerichtet und kollektivistisch sie sein sollte.

Bemerkenswert ist, dass in beiden Lagern eine tief verwurzelte Sorge um die Meinungsfreiheit vorherrscht. Auf der populistischen Seite speist sich diese Sorge maßgeblich aus dem Gefühl eines kulturellen und politischen Kontrollverlusts. Globalisierung, Migration, liberale Eliten und »Woke-Kultur« erscheinen in ihrer Wahrnehmung als Symptome eines Niedergangs, der traditionelle Werte und die öffentliche Ordnung bedroht. Aus dieser pessimistischen Weltsicht ergibt sich das Narrativ, man dürfe »nichts mehr sagen«, ohne von einer »Cancel Culture« ausgegrenzt zu werden. Der Staat ebenso wie Teile der Zivilgesellschaft und der Medien, so die Erzählung, seien längst von linker Ideologie durchdrungen und agierten zunehmend repressiv. Dass zentrale Figuren wie Donald Trump oder Viktor Orbán ihrerseits durch Angriffe auf unabhängige Medien, die Aushöhlung rechtsstaatlicher Institutionen und den Einsatz staatlicher Macht gegen Andersdenkende die Meinungsfreiheit einschränken, wird dabei geflissentlich übersehen. Die Sorge um Meinungsfreiheit wird so zum Kampfbegriff, der dazu dient, autoritäre Tendenzen in den eigenen Reihen zu kaschieren.

Das liberale Lager wiederum sieht gerade in diesen Entwicklungen die größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit. In Deutschland sind wir an diesem Punkt (noch) nicht angelangt, aber auch hier muss die Verrohung des öffentlichen Diskurses, insbesondere gegenüber Personen des öffentlichen Lebens, jedem Demokraten Sorge bereiten. Immer häufiger werden Politiker, Journalisten, Wissenschaftler oder Aktivisten zur Zielscheibe von

Hass und Drohungen. Die zunehmenden physischen Angriffe auf Kommunalpolitiker zeigen, dass Worte in Gewalt umschlagen können. Aus dieser Perspektive wird die Meinungsfreiheit vor allem durch ein Klima der Angst bedroht, das bestimmte Stimmen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Die Folge ist eine schleichende Selbstzensur.

Rechtliche Freiheit, subjektive Unsicherheit

Ganz gleich, mit welchem politischen Blick man auf die jeweiligen Ängste schaut: Dass viele Menschen überzeugt sind, um die Meinungsfreiheit stehe es nicht gut, lässt sich empirisch kaum von der Hand weisen. Laut einer jährlich erhobenen Allensbach-Umfrage glauben nur noch 40 Prozent der Befragten, dass man seine Meinung in Deutschland frei äußern könne.² Dieses Unbehagen erwächst nicht in erster Linie aus realen juristischen Einschränkungen. Im Gegenteil: Durch seine Grundsatzentscheidungen, etwa beim Lüth-Urteil (1958) oder beim Soldaten-sind-Mörder-Urteil (1994), hat das Bundesverfassungsgericht den Raum für Meinungsäußerungen stetig erweitert.³ Gleichwohl gibt es einen erheblichen Teil der Bevölkerung, der mit Sorge auf mögliche Konsequenzen blickt, wenn er sich äußert. Dieses Auseinanderfallen von rechtlicher Realität und subjektivem Gefühl ist ein zentrales Phänomen unserer

-
- 2 Petersen, Thoma et al. (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International. Allensbach/Zürich: Institut für Demoskopie Allensbach/Media Tenor International, »www.mediatenor.com/images/library/reports/Freiheitsindex_2023.indd%20-%20Freiheitsindex_2023_web.pdf« (Letzter Zugriff: 02.08.2025).
 - 3 Bundesverfassungsgericht (1958): Urteil des Ersten Senats vom 15. Januar 1958 – 1 BvR 400/51 (LüthUrteil). – BVerfGE 7, 198 ff. Karlsruhe: Bundesverfassungsgericht; Bundesverfassungsgericht (1995): Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 1995 – 1 BvR 1476/91 (Soldaten sind Mörder). – BVerfGE 93, 266. Karlsruhe: Bundesverfassungsgericht.

Zeit und eine besorgniserregende Entwicklung – unabhängig davon, ob man diese Sorgen teilt oder nicht.

Natürlich war die Auslegung der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik nie unumstritten. Ob es um Aussagen wie »Soldaten sind Mörder« ging oder um Schmähkritik an Politikern wie im Fall der Böhmermann-Affäre – als liberales Grundprinzip bewegte sich auch die Meinungsfreiheit stets in einem Spannungsverhältnis: auf der einen Seite das Streben nach größtmöglicher individueller Freiheit, auf der anderen der Schutz der persönlichen Würde.⁴ Dennoch gaben in den Allensbach-Umfragen der 1970er Jahre mehr als 80 Prozent der Westdeutschen an, sie könnten ihre Meinung frei äußern – ein Wert, der heute unerreichbar scheint.⁵

Für dieses Gefühl gibt es diverse Gründe. Viele Menschen empfinden ihre Meinung nicht mehr als wertvollen Diskussionsbeitrag, sondern als etwas sehr Persönliches, das sie nur noch in sicheren Räumen äußern möchten. Die Diskussionskultur ist rauer geworden; wer sich äußert, wird schnell einem Lager zugeordnet – besonders bei vermeintlich identitätsstiftenden Themen wie Migration. Das führt zu höheren sozialen Kosten für die Beteiligung am Diskurs. Außerdem sind die Anforderungen für eine fundierte Teilnahme am öffentlichen Meinungsaustausch gestiegen. Wo früher der »gesunde Menschenverstand« genügte, wird inzwischen faktisches Wissen verlangt.

Hinzu kommt ein kultureller Wandel: Die Grenzen des Sagbaren werden heute häufiger und schneller neu verhandelt – etwa durch #MeToo, Black Lives Matter oder gendersensible Sprache. Für viele wirkt diese Dynamik wie ein Verlust von Freiheit, tatsächlich handelt es sich aber um einen intensiven Aushandlungsprozess in

4 Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Jan Böhmermanns Erdogan-»Schmähkritik« wird zum Politikum. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. »https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/MuM_19_B%C3%9B6hmermann%20Aff%C3%A4re.pdf« (Letzter Zugriff: 02.08.2025).

5 Fallert, Max (2024): Wer hat Angst, seine Meinung zu sagen?, »<https://www.mdr.de/wissen/podcast/challenge/meinungsfreiheit-sanktionen-selbstzensur-100.html>« (Letzter Zugriff: 02.08.2025).

einer diverseren und offeneren Gesellschaft. Dass dieser Prozess anstrengender ist als früher, ist Ausdruck gestiegener gesellschaftlicher Reflexionsfähigkeit, nicht ein Zeichen von Repression.

Gleichzeitig gibt es Tendenzen, die auf eine schleichende Erosion liberaler Toleranz gegenüber polemischen Kommentaren hindeuten. Wenn der Vizekanzler hunderte Strafanzeigen stellt – etwa wegen einer Beleidigung als »Schwachkopf« – oder ein rechter Zeitungsredakteur für ein satirisches Meme der Innenministerin zu einer Geldstrafe und sieben Monaten auf Bewährung verurteilt wird, stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.⁶ Auch wenn es selbstverständlich das Recht eines jeden Menschen ist, Strafanzeige zu stellen, kann die demonstrative Nutzung dieses Instruments durch öffentliche Akteure dem Geist der Meinungsfreiheit zuwiderlaufen. Die Abschaffung von Paragraph 188 des Strafgesetzbuches, der Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung von Personen des öffentlichen Lebens mit besonders hoher Strafe bedroht, könnte dieser Tendenz entgegenwirken. Beleidigungen sind gegen jede Person strafbar, auch gegenüber Politikern. Machtkritik muss ausgehalten werden. Sonderregelungen braucht es nicht.

Zugleich muss die Vorgeschichte dieser Entwicklung berücksichtigt werden. Spätestens seit dem rechtsextremistisch motivierten Mord des CDU-Politikers Walter Lübcke besteht im liberalen Lager Konsens darüber, dass Hass entschiedener bekämpft werden muss. Politiker sind aber – einschließlich der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel, die selbst häufig Strafanzeigen wegen Beleidigungen stellt – keine sakrosankten Figuren. Doch wenn ihnen mit Gewalt oder Bedrohung begegnet wird, kippt der Diskurs. Die Kriminalstatistik zeigt, dass dies immer häufiger der Fall ist.

6 ZDFheute (2024): Nach Beleidigung: Habeck stellt Strafantrag. Mainz: ZDF, »<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/habeck-beleidigung-plattform-x-ermittlungen-100.html> (Letzter Zugriff: 03.08.2025); Legal Tribune Online (2025): »Deutschland-Kurier«-Chefredakteur zu Bewährungsstrafe verurteilt. Karlsruhe: Wolters Kluwer Deutschland, »<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/ag-bamberg-nancy-faeser-meme-verleumdung-oeffentlicher-person-meinungsfreiheit>« (Letzter Zugriff: 02.08.2025).

Digitale Plattformen als Machtfaktor

Ein wesentlicher Faktor, der die Bedingungen für gelebte Meinungsfreiheit verändert, ist der technologische Wandel. Die Algorithmen großer Digitalplattformen verstärken vor allem polarisierende und emotional aufgeladene Beiträge, weil diese mehr Interaktionen versprechen. Diese Plattformen sind längst zu zentralen Akteuren der politischen Kommunikation geworden, agieren aber ohne demokratische Legitimation oder Orientierung am Gemeinwohl. Da es an wirksamen Transparenz- und Rechenschaftspflichten mangelt, können autoritäre Akteure den öffentlichen Diskurs gezielt manipulieren, Desinformation verbreiten und so das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben.

Natürlich hindern diese Mechanismen zunächst niemanden daran, frei zu reden. Doch Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes geht über das vor allem in den USA vorherrschende Verständnis von »Free Speech« hinaus. Während dort in erster Linie der Akt des Sprechens – auch in extremen Formen und mit nur wenigen Ausnahmen wie obszöner Rede oder unmittelbaren Gewaltaufrufen – geschützt wird, stellt das Grundgesetz die Meinung in den Mittelpunkt. Es schützt nicht nur das Recht, eine Meinung zu äußern, sondern ebenso die Möglichkeit, sie sich überhaupt zu bilden. Meinungsfreiheit ist daher enger gefasst als eine schrankenlose Redefreiheit, weil sie nicht jede Äußerung schützt, zugleich aber umfassender, weil sie über die bloße Äußerung hinaus auch die Voraussetzungen freier Meinungsbildung wahrt. Genau diese Voraussetzungen werden geschwächt, wenn der Informationsraum durch algorithmische Verzerrungen, Propaganda oder Manipulation verformt wird. Transparenz und Zugang zu verlässlichen Informationen sind deshalb kein Beiwerk, sondern die Grundlage, ohne die Meinungsfreiheit nicht bestehen kann.

Diese Dynamiken führen zu einem Dilemma: Während liberale Vertreter für klare Regeln zur Begrenzung manipulativer Praktiken im digitalen Raum eintreten, deuten populistische Akteure solche Maßnahmen als staatliche Zensurversuche. Liberale Politik muss daher so gestaltet werden, dass sie staatliche Übergriffe verhindert, Angriffe auf Personen des öffentlichen Lebens abwehrt

und zugleich ihre freiheitssichernde Funktion auch gegenüber privaten Plattformen wahrnimmt – ohne autoritären Kräften dabei argumentative Steilvorlagen zu liefern. Dafür braucht es kein neues Verständnis von Meinungsfreiheit, wohl aber eine geschärfte liberale Perspektive, die sich auf das Grundprinzip der Machtbegrenzung rückbesinnt.

Die klassische liberale Skepsis gegenüber staatlicher Regulierung bleibt berechtigt. Jede Einschränkung von Meinungsfreiheit – sei sie noch so gut gemeint – birgt die Gefahr politischer Instrumentalisierung. Begriffe wie »Hassrede« sind oft vage, ihre juristische Abgrenzung unscharf. Ein liberaler Staat darf deshalb Meinungsfreiheit nicht paternalistisch schützen wollen, sondern muss den offenen Streitraum sichern. Das Strafrecht bietet einen Rahmen: Es greift dort, wo Äußerungen Rechtsgüter wie die Menschenwürde oder Persönlichkeitsrechte verletzen. Doch im Graubereich zwischen Geschmacklosigkeit und Straftat ist nicht primär der Staat gefragt, sondern die Gesellschaft. Wo das Strafrecht endet, beginnt der öffentliche Diskurs. Durch ihn entstehen die Grenzen des Sagbaren, nicht allein durch Gesetze. Wer sie überschreitet, muss mit Widerspruch und sogar sozialer Ächtung als Korrektiv rechnen. Das ist gelebter Meinungsaustausch.

Damit dieser Diskurs gelingen kann, braucht es klare Rahmenbedingungen. Digitale Plattformen müssen demokratisch kontrollierbar sein – nicht inhaltlich, aber strukturell. Der Digital Services Act (DSA) ist ein Versuch, der Macht dieser Plattformen Grenzen zu setzen. Seine Bedeutung geht somit über ein einfaches Regulierungsinstrument hinaus. Er stärkt die Infrastruktur der demokratischen Öffentlichkeit. Wenn Plattformen verpflichtet werden, ihre Moderationspraxis offenzulegen, Algorithmen transparenter zu machen und Forschern Einblicke in die Datennutzung zu gewähren, dann schützt das nicht nur vor Machtmissbrauch, sondern sichert die Voraussetzung, dass die Bürgerinnen und Bürger sich fundiert eine eigene Meinung bilden können. Solche Mechanismen sind im besten Sinne liberal: Sie fördern die Machtkontrolle, ohne die Meinungsfreiheit zu beschneiden.

An den Debatten um den Digital Services Act wird deutlich, wie wichtig es ist, die Meinungsfreiheit gegen Vereinnahmungen

zu verteidigen. Populisten nutzen ihn als Kampfbegriff und kritisieren das Gesetz als Zensur, während auf Plattformen wie X systematisch bestimmte Perspektiven – beispielsweise LGBTQ-Inhalte – durch algorithmische Herabstufung unterdrückt werden. Für liberale Politik folgt daraus erstens, sich nicht in destruktive Kulturkämpfe hineinziehen zu lassen, sondern nüchtern zu prüfen, wo tatsächlich Freiheit bedroht ist. Zweitens müssen die liberalen Demokraten Transparenz und Rechenschaft als zentrale Pfeiler einer freiheitlichen Ordnung selbstbewusst vertreten.

Sollten sich Plattformen mit monopolistischer Stellung diesen Kontrollmechanismen entziehen, bleibt das Kartellrecht als urliberales Instrument der Machtkontrolle. Es schützt nicht nur Märkte, sondern auch die demokratische Öffentlichkeit. Die Entflechtung dominanter Plattformen darf kein Tabu sein – nicht als erste Maßnahme, aber als letztes Mittel, wenn demokratische Teilhabe dauerhaft gefährdet ist.

Wo Meinungsfreiheit gelebt wird

Schließlich gilt es, den gesellschaftlichen Raum jenseits der digitalen Plattformen im Blick zu behalten. Die polizeiliche Kriminalstatistik 2024 verzeichnet einen Anstieg politisch motivierter Hasskriminalität um 28 Prozent auf insgesamt 21.773 Fälle.⁷ Das Strafrecht allein greift hier zu kurz. Was es braucht, ist Zivilcourage und eine Streitkultur, die Kritik von Hetze unterscheiden kann, Toleranz nicht mit Beliebigkeit verwechselt und Widerspruch nicht mit Unterdrückung gleichsetzt. Meinungsfreiheit entfaltet sich nicht von allein. Sie besteht nur, wenn sie gelebt, anderen zugestanden und verteidigt wird, sobald sie bedroht ist.

Deshalb muss demokratische Streitkompetenz nicht nur eingefordert, sondern auch frühzeitig vermittelt werden. Schu-

7 Bundeskriminalamt (2024): Politisch motivierte Kriminalität. Wiesbaden: Bundeskriminalamt, »https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.htm« (Letzter Zugriff: 04.08.2025).

len und Bildungsräumen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch demokratischer Streitkultur. Dort sollte gelernt werden, wie man kontrovers diskutiert und für eigene Überzeugungen eintritt, ohne andere zu diffamieren. Meinungsfreiheit beginnt nicht erst im Verfassungsrecht, sondern im Klassenraum. Wer dort nicht lernt, andere Meinungen auszuhalten, wird es auch im Netz nicht können.

Die Vordenker der Aufklärung wie Kant oder Voltaire sahen Meinungsfreiheit nicht als bequeme Selbstverständlichkeit, sondern als Zumutung – als Schutzschild gegen Tyrannei und als Einladung zum vernünftigen Streit. Wer angesichts der heutigen Kommunikationsrealitäten über Liberalismus spricht, darf nicht nur von Rechten und Freiheiten reden, sondern muss auch über Verantwortung sprechen. Verantwortung für den Raum, in dem Meinungen sichtbar werden und Widerspruch erfahren können. Liberalismus neu zu denken, heißt daher nicht, seine Prinzipien aufzugeben, sondern sie gegen neue Bedrohungen zu verteidigen. Die Meinungsfreiheit gehört nicht dem Staat, nicht den Plattformen und nicht dem lautesten Krawallmacher. Sie gehört allen. Und sie beginnt mit dem Mut, sie zu ermöglichen.

Zur wehrhaften Demokratie

Sonja Eichwede

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich von ihrer Gründung an als »wehrhafte Demokratie«. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik oder angesichts der Erfahrung, dass die Weimarer Demokratie auch von innen heraus zerstört wurde, formulierte das Grundgesetz die Aufgabe, die demokratische Ordnung auch gegen potenzielle Feinde im eigenen Land zu schützen. Die Offenheit der freiheitlichen Demokratie galt es mit ihrer Verteidigungsfähigkeit zu verbinden. Ja, die Offenheit sollte ihre Verteidigung sein, was in den Regeln des Grundgesetzes seinen Niederschlag fand. In der heutigen Zeit, in der Populismus, Desinformation und politische Verdrehungen einen so gefährlichen Aufschwung verzeichnen, gewinnt die Rückbesinnung darauf, was Demokratie ausmacht, eine lebensnotwendige Bedeutung und ist aktueller denn je.

Widerstandsfähigkeit beginnt nicht durch Gesetze – sondern in den Köpfen

Oft genug wird die Widerstandsfähigkeit eines demokratischen Systems primär oder gar rein institutionell verstanden. Ohne Zweifel sind die Gewaltenteilung, arbeitende und Lösungen findende Parlamente, ein verlässliches Rechtswesen und Justiz sowie natürlich auch die »vierte Gewalt« – eine freie Presse – unabdingbar. Zudem ist es von außerordentlicher Bedeutung, dass die Resilienz von Demokratie und Rechtsstaat und damit der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch vor Feinden von innen bereits im Grundgesetz angelegt ist, auch durch ein Verfahren zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von

Parteien, welches aufgrund des Stellenwertes von Parteien unter besonders hohe Voraussetzungen gestellt ist.

Demokratie ist nicht einfach der sogenannte »Volkswille«, sondern eine Ordnung, die die Freiheit jeder einzelnen Bürgerin oder jedes einzelnen Bürgers gewährleistet und in Einklang mit den Interessen anderer, schließlich auch der Gesellschaft insgesamt zu bringen versteht.

So zwingend der institutionelle Rahmen – so unerlässlich sind die Menschen, die die Demokratie leben wollen. Die beiden Seiten bedingen sich. Es sind unsere Überzeugungen, unsere Erfahrungen und Erwartungen, unsere Kultur, die das verfassungsrechtliche Rahmenwerk erst zum Gelingen bringen. So sind die »informellen« Fundamente in uns so wichtig wie die »formellen«, die durch Institutionen und Gesetze vorgegeben werden. Eine freiheitliche Demokratie muss mehr sein als ein Regelwerk – so wichtig dieses ist, Demokratie, wenn sie gelingen will, ist eine Lebensform. Sie dient uns Menschen, aber sie muss von uns gemacht werden. Sie verlangt von uns allen aktive Mitgestaltung, Toleranz, Vertrauen in die Vielfalt von Meinungen und die Bereitschaft zur Verantwortung. Demokratie lebt in ihrem Kern von der Möglichkeit, ja von der Chance, auch anders zu denken. Darin liegen ihre Stärke und ihre Widerstandsfähigkeit und auch ihre Überlegenheit gegenüber sämtlichen autoritären Versuchungen oder Regimen.

Pluralität und Interessen

Nun ist die Vielfalt von Meinungen kein moralischer Appell, sondern die Realität. Jede Gesellschaft und erst recht unsere moderne ist kein einheitliches Gebilde, sondern lebt von sehr unterschiedlichen Interessen, von wirtschaftlichen, regionalen, beruflichen, persönlichen, weltanschaulichen und in unserem Einwanderungsland auch von der Herkunft. Sie bedingen nicht nur divergierende Wahrnehmungen, sondern auch handfeste Gegensätze, die ebenfalls zu unserer Gesellschaft gehören. In ihnen liegt fraglos ein Konfliktpotenzial, aber auch ein Auftrag und ein Ansporn, der uns nach vorne treibt. Wie wir von der Vielfalt

leben, so müssen wir oft genug nach einem Interessenausgleich suchen. Der Sozialdemokrat Hans Koschnick nannte die Fähigkeit zum »Kompromiss« ein (wenn nicht: das) Wesenselement der Demokratie. Sie hebt die Vielfalt nicht auf, um ein Handeln zu ermöglichen, das sie gerade schützt.

Demokratie und Leistung

Das ist ein neues Stichwort. Eine Demokratie, die sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzt, muss auch handeln. Sie lebt von Leistung. Es gehört zu den historischen Aufgaben unserer Generation, dass wir in und mit unserer demokratischen Ordnung die gewaltigen Probleme unserer Zeit angehen und Perspektiven aus den vielfältigen Defiziten und Blockaden heraus entwickeln. Wir können dies nicht allein über staatliche Maßnahmen, Investitionen oder Impulse, so wichtig sie sind, sie müssen begleitet werden durch ein Anpacken jeder und jedes Einzelnen. Wichtig dabei ist von politischer Seite, dass bürokratische Hürden abgebaut werden, um Anpacken und Ideen auch ermöglichen zu können. Zur Vielfalt, Lebensfreude und zum Erfolg der Demokratie gehören ebenso die Leistungsfreude und eigene Gestaltungsmöglichkeiten von uns Bürgerinnen und Bürgern.

In Deutschland wurde dies wiederholt geschafft. Beim Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg, in der Ära Willy Brandts mit einer Öffnung nach innen und außen und allem voran nach der Wiedervereinigung mit einer unglaublichen Leistung vieler Menschen in Ostdeutschland, die sich mit sehr viel Einsatz und Arbeit neue Existenzen aufbauen mussten. Heute, schon Jahrzehnte nach der Einigung des Landes, müssen wir eine neue Stimmung des Aufbruchs schaffen. Insofern hängen auch wirtschaftlicher Erfolg und die gelebte Demokratie eng zusammen. Der Glaube daran, dass es durch eigenes Tun für die kommende Generation bergauf gehen kann, ist essenziell. Es gilt, demokratische Offenheit, politische Handlungsfähigkeit und Leistungswillen zu einem positiven Zukunftsentwurf zusammenzuführen.

Baustellen der Demokratie

Die Probleme sollen und können nicht wegdiskutiert werden. Abwendung von Politik oder Politikverdrossenheit gab es immer wieder (»wir hier unten, die da oben«, »die machen, was sie wollen« etc.). Nie wurde dies aber so aggressiv und bewusst aus dem politischen Raum selbst genutzt wie heute von der AfD.

Sie nutzt dies, um die Gesellschaft zu spalten und das Vertrauen in die freiheitliche demokratische Grundordnung und politische Akteure wie staatliche Institutionen weiter zu schwächen und befeuert dies zusätzlich mit Falschinformationen, Hass und Hetze im Internet, was sie absurderweise als Ausdruck der Meinungsfreiheit deklariert. Hier liegen große Herausforderungen vor uns. Denn auch demokratischer Diskurs muss geschützt und klare Grenzen zwischen Meinungsfreiheit und Hassrede gezogen werden.

Dabei ist zu beachten, dass die Forderung, unsere Demokratie wehrhaft zu gestalten, in ihrem Ursprung auf ihre Verteidigung gegen Feinde im Innern zielt. Doch besitzt sie auch eine internationale Komponente in der Abwehr autoritärer oder aggressiver Staaten, die unsere Demokratie von außen schwächen oder gar zerstören wollen. Dies war ein Aspekt in der Hochphase des »Kalten Krieges« und gilt heute wieder mehr denn je, indem sich der russische völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine mit einer entfesselten Dynamik und zusätzlichen hybriden Bedrohungen des Putinschen Russlands gegen die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung verbindet. Am Rande sei notiert, dass nicht wenige der Feinde unserer Demokratie im eigenen Land die russische Aggression herunterspielen. Eine Nähe zwischen antidemokratischen Kräften im Innern und Außen ist unübersehbar.

Leben wir am Ende eines Zeitalters, das sich an dem Begriff der Freiheit orientierte? Die Politikverdrossenheit als Türöffner für autoritäre Demagogen? Offenbar gewinnen in der globalen Vernetzung Gefühle der Undurchschaubarkeit, ja des Kontrollverlusts an Gewicht. Offenbar verhelfen Ängste des Ausgeliefertseins dem Nationalen zu neuem Reiz. Europa erscheint heute vielen nicht mehr als gemeinsame Chance, obgleich wir doch alle davon

profitieren. Zugleich erscheinen die Versäumnisse vergangener Jahrzehnte in der Modernisierung unseres Landes erdrückend.

Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, nun zu handeln und die Investitionen in Infrastruktur und Köpfe als Investitionen in unsere Demokratie zu verstehen. Wir müssen Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zeigen und für die Demokratie begeistern.

Dafür müssen wir auch den demokratischen Diskurs im Internet fördern und alle Mittel nutzen, um unsere wehrhafte Demokratie vor ihren Feinden zu schützen.

Wir müssen stetig gemeinsam an unserer Demokratie und ihrem Leistungsvermögen arbeiten – in der Politik und darüber hinaus. Die Chancen liegen in uns selbst.

Die liberale Demokratie in liberaler Klugheit verteidigen

Karen Horn

Die liberale Demokratie erscheint gegenwärtig so angefeindet und gefährdet wie lange nicht. Dabei gab es in den 1990er Jahren, in Generationen gerechnet also erst gestern, ihre systemische Überlegenheit zu feiern. Doch nun ist sie von feindlichen Diktaturen bedroht, allen voran von Russland, das in seinem Angriffskrieg auf die Ukraine demonstriert, was nach seinen Vorstellungen auch im Rest Europas mit der liberalen Demokratie geschehen soll. Im Inneren verliert sie derzeit ebenfalls an Substanz und Rückhalt. In den Vereinigten Staaten, einst Vorbild und Schutzmacht aller liberalen Demokratien, entwickelt sich ein faschistoides Willkürregime. In den Staaten Europas sind unterdessen interne rechtspopulistische Kräfte im Vormarsch, gestärkt durch hybride Unterwanderungsmanöver aus dem feindlichen Ausland.

An beiden Fronten, mit Blick nach außen wie nach innen, ist die Ratlosigkeit groß: Wie ist diese Entwicklung aufzuhalten? Und – was nicht dasselbe ist – wie ist sie aufzuhalten, ohne dass die liberale Demokratie sich selbst verliert? Also ohne dass sie, in die Enge getrieben, die persönliche oder politische Freiheit der Menschen immer weiter einschränkt, im Widerspruch zu ihrem eigenen Credo? Ohne dass sie, misstrauisch geworden gegenüber einer irrational erscheinenden Bevölkerung, ihr das Recht auf demokratische Partizipation erschwert?

Das Dilemma des Liberalismus

In diesen Fragen artikuliert sich die aktuelle Bedrängnis der liberalen Demokratie ebenso wie, tiefergehend, das grundsätzliche Dilemma des Liberalismus schlechthin: Im Gegensatz zu anderen politischen Philosophien schließt er kategorisch aus, seine Ziele auf dem Wege des Zwangs durchzusetzen. Der Selbstwiderspruch wäre zu groß und der Glaubwürdigkeitsverlust fatal. Schon die Geschichte zeigt, dass sich die liberale Demokratie niemals mit illiberalen Mitteln erzwingen lässt. Die Französische Revolution 1789 hat deutlich gemacht, dass nach einem gewaltsamen Umbruch – und sei dieser noch so sehr auf das Ziel der Freiheit gerichtet – keine Freiheit in Frieden folgen kann. Frankreich versank in der Finsternis einer brutalen »Terreur«, und Robespierre, glühender Bewunderer Rousseaus, endete schließlich auch selbst auf dem Schafott. Die Saat des Freiheitsgedankens ging erst viele Jahre, Kriege und Republiken später wirklich auf.

Dass sich die liberale Demokratie per Definition selbst die Hände bindet, ist unbequem. Diese Selbstbindung ist eine Zumutung für Menschen, die mit den politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zuständen im Land schon lange unzufrieden sind und ersehnen, dass endlich etwas geschehen möge, und zur Not auch mittels eines »starken Mannes« am Ruder. Sie ist auch eine Zumutung für Puristen, die das Prinzip der Freiheit in großer intellektueller Schärfe durchdeklinieren und in ihrem radikalen Utopismus nicht erkennen, dass sich die Warnung des liberalen Philosophen Adam Smith auch auf sie bezieht: Die Menschen lassen sich nicht ohne Schaden von übereifrigen Ideologen herumschieben wie Schachfiguren auf dem Schachbrett der Gesellschaft, denn jeder Mensch hat nun einmal ein eigenes Bewegungsprinzip.¹

1 Smith, Adam (1759/1982): *The Theory of Moral Sentiments*, Indianapolis: Liberty Fund, VI.ii.2.17.

Ein liberales Ethos

In seiner moralphilosophischen Hauptschrift *The Theory of Moral Sentiments* stellt der schottische Philosoph Smith dem fiebrig in seine jeweilige Ideologie verliebten »Man of system« – in Smiths Tagen waren es nur Männer – den umsichtigen, nachdenklichen, wägenden »Man of humanity« gegenüber.² Einer solchen Person ist bewusst, dass gesellschaftliche Entwicklungen Zeit brauchen und dass Zwang im Regelfall kein legitimes, geschweige denn erfolgversprechendes Mittel der Politik darstellt. Erst kürzlich hat der Politikwissenschaftler Joshua L. Cherniss in seinem Buch *Liberalism in Dark Times* ein solches liberales Ethos für die Gegenwart als eine Haltung ausbuchstabiert, die sich jede grobe Rücksichtslosigkeit versagt und stattdessen stets nach Ausgleich sucht. Dieser Liberalismus wird durch seine Offenheit für Kritik, seine Bereitschaft zu langem Ringen und dauernder Mühsal temperiert.³ Ohne ein solches kongeniales Ethos ist Liberalismus nicht zu praktizieren.

Liberale müssen sich letztlich mit der Hoffnung bescheiden, dass in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft, deren Mitglieder vor dem Recht und an der Wahlurne gleich sind, am Ende doch das bessere Argument oder Programm gewinnt. Statt auf den beherzten, machtvollen, stringenten Durchgriff müssen sie auf behutsame, konsensfähige, korrigierbare Maßnahmen setzen. Das gilt auch schon deshalb, weil liberale Demokraten spätestens seit den Schriften des Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich Hayek und des Philosophen Karl Popper verinnerlicht haben, dass gesellschaftliche Entwicklungen »komplexe Phänomene« sind, die eine gänzlich andere evolutive Dynamik entfalten können, als man erwarten mag – weshalb sie sich auch kaum steuern lassen.⁴

2 Ebd., II.ii.3.11.

3 Vgl. Cherniss, Joshua L. (2021): *Liberalism in Dark Times: The Liberal Ethos in the Twentieth Century*. Princeton: Princeton University Press, S. 8.

4 Vgl. Hayek, Friedrich (1967): *Die Theorie komplexer Phänomene*, in: ders. (2007): *Wirtschaftstheorie und Wissen*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 188–212, und Hayek, Friedrich (1974): *Die Anmaßung von Wissen*, in: ders.

Dieses Ethos stellt erhebliche Anforderungen an die Tugend der Klugheit, die unter anderem der Mäßigung den Weg bereitet. Die Klugheit zählte in der Antike zu den Kardinaltugenden; erst der deutsche Aufklärer Immanuel Kant spaltete sie gedanklich von der Moral ab und machte sie zu einem pragmatischen Dienstleister der anderen Tugenden. Bei Adam Smith hingegen ist die Klugheit (»prudence«) noch jene unverzichtbare Tugend, die das privatwirtschaftliche Verhalten jedes einzelnen Menschen ebenso steuern sollte wie die politischen Entscheidungen des aufgeklärten Souveräns. In seinem Buch *The Wealth of Nations*,⁵ dessen Veröffentlichung sich 2026 zum 250. Mal jährt und das als Gründungsdokument der klassischen Nationalökonomie gelten kann, übernimmt sie die Rolle des aus der *Theory of Moral Sentiments* bekannten »unparteiischen Beobachters«, einer imaginären Abspaltung vom handelnden Subjekt. Diese fungiert als Impulskontrolle und sorgt dafür, dass der Mensch das Wohl anderer Personen ebenso berücksichtigt wie die langfristigen Folgen seines Tuns. Unparteiischer Beobachter und Klugheit sind die Anwälte von Gemeinwohl und Nachhaltigkeit.⁶

Die Klugheit ist eine anspruchsvolle Tugend, umso mehr, weil sie unter Ungewissheit zum Tragen kommen muss. Sie steht damit vor der Herausforderung, zwischen konkurrierenden, womöglich einander sogar widersprechenden, aber vernünftigen Positionen eine Balance herzustellen. Dabei kommt naturgemäß nicht immer das Erhoffte heraus. Und manchmal mag auch die Schnelligkeit des politischen Handelns wichtiger sein als die beste Art und Weise; hier gilt es wieder abzuwägen und eine Balance zu finden. Als Prüfstein für eine freiheitliche Politik in den heutigen Zeiten einer von außen wie von innen bedrohten liberalen Demokratie mag deshalb die aufklärerische Maßgabe auf den ersten Blick vielleicht

(2007): Wirtschaftstheorie und Wissen. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 87–98, sowie Popper, Karl (1945/2003): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2. Bd. Tübingen: Mohr Siebeck.

5 Smith, Adam (1776/1981): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Indianapolis: Liberty Fund.

6 Horn, Karen (2025): The Impartial Spectator's Counterpart in Adam Smith's *Wealth of Nations*. In: *Social Philosophy and Policy* 42(2), S. 274–294.

allzu simpel erscheinen, dass Maßnahmen zu ihrer Verteidigung möglichst klug, also dem Gemeinwohl förderlich und in ihrer Wirkung nachhaltig konzipiert sein müssen. Doch gerade in ihrer abstrakten Einfachheit liegt ihre Kraft. Diese Kraft reicht auf jeden Fall dafür aus, nachgerade berserkerhafte, unkluge Maßnahmen zurückzuweisen oder sie gleich zu unterlassen – und das ist nicht wenig.

Klugheit als Prüfstein

Konkret lassen sich der Verteidigung der liberalen Demokratie einige Maßnahmen zurechnen, die der deutsche Gesetzgeber gegen Ende der zurückliegenden Legislaturperiode, schon nach der Bundestagswahl, in letzter Minute beschlossen hat. Mit sicherheitspolitischem Blick nach außen ist dies vor allem die Entscheidung, Verteidigungsausgaben jenseits der Größenordnung von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus der Schuldenbremse zu entlassen. Mit Blick nach innen ist es unter anderem der stärkere Schutz des Bundesverfassungsgerichts als oberste Instanz der dritten Gewalt im Staat vor einer politischen Einflussnahme, die das Gericht schwächen würde, eingedenk der Entwicklung in Polen, Ungarn, Israel, Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Für diese beiden Initiativen, die hier als Beispiele genannt seien, gab es respektable Gründe. Die Legitimität – wenn auch nicht die Legalität – des gesetzgeberischen Vorgehens, noch in der alten Zusammensetzung das künftige Parlament gegen dessen voraussehbaren Willen zu binden, war hingegen zweifelhaft. Dasselbe gilt mit Blick auf die Frage, ob es, wenngleich im Rahmen des formal Zulässigen, mit Blick auf die politische Kultur in Deutschland und die ständige Selbstinszenierung der AfD als Opfer der »Altparteien« klug war, sich in derart trübes Gewässer zu stürzen. Mit einem weiteren Erstarken der extremen Rechten, zu dem es als Gegenreaktion ihrer sich düpiert fühlenden Gefolgschaft kommen kann, ist niemandem gedient. Liberale Demokraten müssen sich selbst versagen, was sie bei anderen bekämpfen.

Im Hinblick auf Klugheit im Sinne von Gemeinwohlorientierung und Nachhaltigkeit kann man außerdem auch noch füglich über die Ausgestaltung der Maßnahmen im Detail streiten – und so wurde auch tatsächlich intensiv gestritten, wie es die Demokratie schließlich erlaubt und es im Interesse des kollektiven Erkenntnisgewinns sogar erhofft ist. Für die Nachhaltigkeit der Finanzierung der allzu lange grob vernachlässigten deutschen Verteidigungsfähigkeit wäre es beispielsweise aus ökonomischer Sicht vorteilhaft gewesen, wenn sich der Gesetzgeber für einen höheren Anteil zunächst aus dem regulären Bundeshaushalt zu deckenden Ausgaben entschieden hätte. Und für das Karlsruher Gericht hätte man sich unter anderem gewünscht, dass das Parlament die zur Richterwahl notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat verfassungsfest macht, statt sie einfachgesetzlich geregelt zu lassen.

Eine größere Dosis an liberaler Klugheit ist auch im Zusammenhang mit der immer wieder aufkommenden Debatte über ein Verbotsverfahren gegen die AfD geboten, wie es nunmehr die Sozialdemokraten auf den Weg bringen wollen. Wer ein Verbot verlangt, denkt dabei sicherlich an das Gemeinwohl und sehnt sich danach, die durch den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei im Orkus der Geschichte verschwinden zu sehen. Aber erstens ist nicht klar, ob es in einem solchen Verfahren überhaupt zu einem Verbot per Urteil des Bundesverfassungsgerichts käme; die Karlsruher Praxis ist hier zurückhaltend. In der Geschichte der Bundesrepublik ist es erst in zwei Fällen zu Parteiverboten gekommen, beide in den Anfangsjahren der noch jungen liberalen Nachkriegsdemokratie. Sie betrafen 1952 die Sozialistische Reichspartei und 1956 die stalinistische KPD. Drei Verfahren scheiterten.

Auch nachhaltig wäre ein Verbot wohl kaum. Rechtlich darf es zwar keine Rolle spielen, dass die AfD inzwischen schon sehr groß und einflussreich ist – im Herbst 2025 steht sie nach verschiedenen Meinungsumfragen bei etwa einem Viertel der Stimmen. Doch die politische Klugheit muss das politische Gewicht in Rechnung stellen. Denn es ist zu erwarten, dass im Fall eines Verbots viele Wähler die grundgesetzliche Ordnung Deutschlands, die berühmte »freiheitlich-demokratische Grundordnung«, als eben gerade

nicht liberal und demokratisch, sondern vielmehr als autoritär wahrnehmen und zudem das Vertrauen zum höchsten Gericht verlören. Die Glaubwürdigkeit der liberalen Demokratie nähme dann erst recht Schaden. Für ihren Fortbestand in Deutschland könnte eine solche Entwicklung fatal sein.

Arbeit an der eigenen Attraktivität

Um der AfD Wind aus den Segeln zu nehmen, muss schlicht und ergreifend ihre in der Mitte des politischen Spektrums verankerte Konkurrenz an ihrer Attraktivität arbeiten. Die liberale Tugend der Klugheit sollte eine stärker konsensorientierte politische Kultur befördern, und es wäre viel gewonnen, wenn die Vertreter der Parteien der Mitte pfleglicher miteinander umgingen als zu Zeiten der Ampelkoalition und auch unter der Neuauflage von Schwarz-Rot. Das bessere Argument soll gewinnen, nicht das penetrantere Geschrei. Die Klugheit verlangt auch ein professionelleres politisches Handwerk. Es darf nicht zu schweren Pannen kommen, wie sie dem Habeck'schen Ministerium in der Ausgestaltung des Heizungsgesetzes unterliefen, den Ampelparteien in ihrer Unfähigkeit, sich auf einen Haushalt zu verständigen, oder dem noch nicht gewählten neuen Bundeskanzler Friedrich Merz mit dem noch im alten Bundestag zur Abstimmung gestellten »Zustrombegrenzungsgesetz« und der stillen Vereinnahmung der Grünen für Änderungen an der Schuldenbremse. Elementare Klugheit legt auch nahe, den Staat dezentraler zu organisieren, ihn administrativ zu entschlacken und damit leistungsfähiger zu machen; die Arbeiten der »Initiative für einen handlungsfähigen Staat« um Julia Jäkel, Thomas de Maizière, Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle bieten dafür gute Ansatzpunkte.⁷

Außerdem bedarf die Politik einer besseren Kommunikation in die jungen Wählergruppen hinein – auch mittels sozialer Medien. Die nachvollziehbare Abscheu vor Hass und Hetze im

7 Jäkel, Julia et al. (2024): Initiative für einen handlungsfähigen Staat, Abschlussbericht. Freiburg/Basel/Wien: Herder.

Netz kann für Parteien in der Mitte des politischen Spektrums keine Rechtfertigung sein, sich dort vermeintlich vornehm, in Wahrheit aber einfallslos zurückzuhalten. Sie überlassen damit das Feld nur den Extremen, wie der Aufstieg sowohl der AfD als seit dem letzten Wahlkampf auch der Linken belegt. Aber beherzteres Mittun bedeutet nach Maßgabe der Klugheit nicht, jeden Wildwuchs im Netz zuzulassen. Es gilt weiter an einer möglichst ausgewogenen, die Meinungsfreiheit intakt lassenden Regulierung der sozialen Medien zu arbeiten. Sie sollte nicht so sehr auf die – strafrechtlich ohnehin mögliche – Unterbindung bestimmter individueller Äußerungen zielen als vielmehr auf die technischen Algorithmen im Hintergrund. Denn diese sind es vor allem, welche die kollektive Meinungsbildung verzerren und so dazu beitragen, die liberale Demokratie zu unterminieren. Gerade aus liberaler Sicht ist eine solche Arbeit an den Regeln ein klares Gebot der Klugheit: Denn Liberalismus bedeutet nicht *Laissez-faire*, sondern die beharrliche Stärkung und Pflege einer zur Sicherung der Freiheit geeigneten Rahmenordnung.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Danyal Bayaz ist seit Mai 2021 Finanzminister des Landes Baden-Württemberg. Von 2017 bis 2021 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort war er Mitglied im Finanzausschuss, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und vertrat seine Fraktion im Wirecard-Untersuchungsausschuss. Nach seinem Studium der Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim promovierte Bayaz über Finanzmärkte und absolvierte einen Forschungsaufenthalt als Fulbright-Stipendiat an der Cornell University in New York. Er war als Berater bei der Boston Consulting Group tätig.

Pierre Buhler ist ein französischer hoher Beamter und Karriere-diplomat. Er lehrt Internationale Beziehungen an der Sciences Po Paris, war von 2012 bis 2016 französischer Botschafter in Polen und von 2017 bis 2020 Präsident des Institut Français. Er war Professor an Hochschulen (an der Hertie School of Governance in Berlin und am College of Europe, Natolin) sowie Autor wissenschaftlicher und publizistischer Beiträge.

Sabine Döring ist Professorin für Philosophie und Staatssekretärin a. D. Im Frühjahr 2026 erscheinen ihr Buch *Wissenschaftsfreiheit in der liberalen Demokratie* sowie ein gemeinsam von ihr und Thomas Sturm herausgegebener Band *Emotions, Rationality, and Nationalism: Challenges to the European Project*. Im Anschluss folgt ihr »Opus Magnum« zu einer liberalen Theorie des Gemeinwohls.

Sonja Eichwede ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und unter anderem zuständig für Innen- und Rechtspolitik. Zuvor war sie seit ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag rechtspolitische Sprecherin der Fraktion. Seit 2020 ist sie Richterin im Landgerichtsbezirk Neuruppin, das Richteramt ruht seit Oktober 2021. Von 2017 bis 2019 unterrichtete sie Polizei- und Beamtenrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie war zudem von 2018 bis 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestagsbüro von Dagmar Ziegler.

Ralf Fücks ist einer der Gründer und Direktor des Zentrums Liberale Moderne in Berlin, einem Think-Tank und Diskussionsforum zur Erneuerung der liberalen Demokratie. Zuvor war er 21 Jahre lang Vorstand der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung und Senator in Bremen. Er publiziert in deutschen und internationalen Medien zu Fragen ökologischer Transformation, politischer Strategie und internationaler Politik. Zu seinen Buchveröffentlichungen gehören *Intelligent wachsen – Die grüne Revolution* (2013) und *Freiheit verteidigen* (2017).

Timothy Garton Ash ist emeritierter Professor für Europastudien an der University of Oxford und Senior Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations (ECFR) und zuletzt Autor von *Europa: Eine persönliche Geschichte* (Hanser 2023). Zudem schreibt er eine vielbeachtete Kolumne zu internationalen Themen für *The Guardian*, die in Europa, Asien und Nord- und Südamerika weit verbreitet ist. Er ist Mitglied des ECFR-Rats.

Karen Horn lehrt ökonomische Ideengeschichte an der Universität Erfurt. Ihre Interessen liegen an der Schnittstelle von Volkswirtschaftslehre, Philosophie, Politik und Geschichte, mit Schwerpunkt auf den Denkern des Liberalismus in seinen diversen Ausformungen. Sie ist Mitherausgeberin und Chefredakteurin der »Perspektiven der Wirtschaftspolitik«, eines wissenschaftlichen Journals des Vereins für Socialpolitik, editiert die *Gesammelten Schriften des deutschen Ökonomen Herbert Giersch* und führt die

operativen Geschäfte der von ihm gegründeten Stiftung. Zudem ist sie Mitinitiatorin und Koordinatorin des internationalen akademischen Netzwerks für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie NOUS.

Stefan Kolev ist wissenschaftliche Leiter des Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin. Er ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Kolev ist Beiratsmitglied der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sowie Research Fellow des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitutes. Er ist Mitherausgeber des ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des Journal of Contextual Economics – Schmollers Jahrbuch. Kolev forscht zur Geschichte des ökonomischen Denkens und zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft.

Jarosław Kuisz ist Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin, Chefredakteur der polnischen Online-Wochenzeitung *Kultura Liberalna* und Associate in Russian and East European Studies (REES) an der Oxford School of Global and Area Studies der Universität Oxford. Er ist Mitautor von *Posttraumatische Souveränität: Ein Essay über Ostmitteleuropa* (Suhrkamp, 2023; BPB, 2024) und Autor von *The New Politics of Poland*, das von *Foreign Affairs* zu einem der besten Bücher des Jahres 2024 gekürt wurde. Derzeit arbeitet er an einem Buch mit dem Titel *Gegen den liberalen Defätismus. Wie man Populisten besiegt* (Suhrkamp, erscheint 2027).

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger war von 1992 bis 1996 sowie von 2009 bis 2013 Bundesministerin der Justiz. Sie gehörte 23 Jahre dem Deutschen Bundestag an. Insgesamt 13 Jahre führte sie die FDP Bayern als Vorsitzende und gehörte 21 Jahre dem Präsidium der FDP an, zuletzt als stellvertretende Bundesvorsitzende. Zwischen 2018 und 2024 amtierte sie als erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen und von 2019 bis 2023 als Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Seit elf Jahren gehört sie dem Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an, seit sieben Jahren als dessen stellvertretende Vorsitzende.

Yascha Mounk ist ein deutsch-US-amerikanischer Publizist und Politikwissenschaftler, der als Associate Professor für Internationale Beziehungen an der Johns Hopkins University in Baltimore lehrt. Er ist Senior Fellow am SNF Agora Institute derselben Universität, Senior Fellow im Council on Foreign Relations und seit April 2023 Mitglied des Herausgeberrates der Wochenzeitung *Die Zeit*. Als freier Publizist schrieb er unter anderem für die *New York Times*, *The Wall Street Journal*, *Foreign Affairs*, *Slate*, *The Atlantic* und *Zeit Online*. Er unterhält auch einen Podcast »The Good Fight«.

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte in Princeton. Zu seinen Publikationen zählt *Furcht und Freiheit: Für einen anderen Liberalismus* (Suhrkamp, 2019). 2026 erscheint sein Buch über Architektur und Demokratie.

Jacques Rupnik ist Professor am CERI der Sciences Po in Paris und Gastprofessor am Europakolleg in Brügge. Er ist Experte für ost- und mitteleuropäische Geschichte und europäische Integration.

Alexander Schwittek ist politischer Referent/Fellow beim Zentrum Liberale Moderne im Programmteam Liberale Demokratie. Gleichzeitig promoviert er an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn am Lehrstuhl für Praktische Philosophie und Philosophie der Antike. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der Geschichte und Theorie des Liberalismus und Republikanismus sowie in der Rechts- und Staatsphilosophie Immanuel Kants.

Karolina Wigura ist Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin und Associate an der Oxford School of Global and Area Studies. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Ideengeschichte, insbesondere zu Emotionen, Vergebung und kollektiven Emotionen in der Politik. Sie ist Autorin mehrerer Bücher, darunter *Posttraumatische Souveränität. Ein Essay* (Suhrkamp, 2023; BPB, 2024) sowie *Gegen den liberalen Defätismus* (Suhrkamp, erscheint 2027). Wigura war Stipendiatin am Wissenschaftskolleg zu Berlin, an der Robert Bosch Academy, am Institute for Human Sciences in Wien sowie am St Antony's College der University of Oxford. Zudem

schreibt sie regelmäßig für The Guardian, The New York Times, Die Zeit und andere internationale Fachzeitschriften.

Jan Zielonka ist Professor für Europäische Politik an der Universität Oxford und Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig, Cà Foscari. Zuvor hatte er Lehraufträge an der Universität Warschau, in Leiden und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz inne. Seine Arbeit bewegt sich zwischen den Bereichen Internationale Beziehungen, Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Theorie. Zielonka hat achtzehn Bücher verfasst, darunter *Konterrevolution: Der Rückzug des liberalen Europas* (Campus, 2019, ausgezeichnet mit dem UACES-Preis 2019 für das beste Buch über Europa und übersetzt ins Italienische, Deutsche, Polnische, Estnische und Koreanische).

